


196. Sitzung, Montag, 24. Oktober 2022, 08:15 Uhr

 Vorsitz: *Esther Guyer (Grüne, Zürich)*
Verhandlungsgegenstände

- | | |
|--|-----------|
| 1. Mitteilungen | 2 |
| Antworten auf Anfragen | |
| Ratsprotokolle zur Einsichtnahme | |
| Zuweisung von neuen Vorlagen | |
| 2. Eintritt neues Mitglied Kantonsrat | 4 |
| für Thomas Honegger | |
| KR-Nr. 362/2022 | |
| 3. Rettungsschirm Axpo: Ist der Kanton Zürich ein
verantwortungsvoller Eigentümer? | 5 |
| Dringliche Interpellation Beatrix Frey (FDP, Meilen), Lorenz
Habicher (SVP, Zürich), Yvonne Bürgin (Die Mitte, Rüti) vom
19. September 2022 | |
| KR-Nr. 333/2022 | |
| 4. Internationale Anbindung des Wirtschaftsraumes Zürich
durch direkte Zugverbindungen | 35 |
| Motion Thomas Schweizer (Grüne, Hedingen), Felix Hoesch (SP,
Zürich), Thomas Wirth (GLP, Hombrechtikon) vom 20. April
2020 | |
| KR-Nr. 167/2020, Entgegennahme, Diskussion | |
| 5. Befristete Unterstützung von Energieerzeugung mittels
Wärme-Kraft-Koppelungs-Anlagen in Kombination mit
erneuerbaren Energien mit Fördermitteln aus dem
Rahmenkredit nach § 16 EnerG | 48 |

Postulat Ann Barbara Franzen (FDP, Niederweningen), Sandra Bossert (SVP, Wädenswil), Konrad Langhart (Die Mitte, Stammheim) vom 15. Juni 2020

KR-Nr. 211/2020, RRB-Nr. 922/23. September 2020
(Stellungnahme)

6. Das Potenzial einheimischer Solarenergie besser nutzen..... 60

Motion David John Galeuchet (Grüne, Bülach), Franziska Barmettler (GLP, Zürich), Nicola Siegrist (SP, Zürich), Daniel Sommer (EVP, Affoltern a. A.), Manuel Sahli (AL, Winterthur) vom 6. Juli 2020

KR-Nr. 267/2020, RRB-Nr. 1008/21. Oktober 2020
(Stellungnahme)

7. Verschiedenes 74

Fraktions- und persönliche Erklärungen

Neu eingereichte parlamentarische Vorstösse

1. Mitteilungen

Geschäftsordnung

Ratspräsidentin Esther Guyer: Ich hoffe, Sie hatten schöne Ferien, die nächsten werden dann an Weihnachten sein. Aber jetzt haben wir noch etwas zu tun in der Zwischenzeit.

Wünschen Sie das Wort zur Geschäftsliste? Dies ist nicht der Fall. Wir fahren fort wie vorgesehen.

Antworten auf Anfragen

Ratspräsidentin Esther Guyer: Der Regierungsrat hat uns die Antworten auf fünf Anfragen zugestellt:

- KR-Nr. 206/2022, Energieeffizienz von Rechenzentren
Daniel Heierli (Grüne, Zürich), Benjamin Walder (Grüne, Wetzikon), Florian Meier (Grüne, Winterthur)
- KR-Nr. 207/2022, Festlegung Potenzialflächen für Feuchtgebiete und Gesamtplanungssperimeter
Jörg Kündig (FDP, Gossau), Stephan Weber (FDP, Wetzikon)
- KR-Nr. 258/2022, Politisch gefärbter Unterricht in der Stadt Zürich von Links gefordert

*Erika Zahler (SVP, Boppelsen), Christian Müller (FDP, Steinmaur),
Erich Vontobel (EDU, Bubikon)*

- KR-Nr. 335/2022, Unfälle mit E-Trottinett im Kanton Zürich
*Hans-Peter Amrein (parteilos, Küsnacht), Lorenz Habicher (SVP,
Zürich)*
- KR-Nr. 337/2022, Ausstiegshilfe für Menschen in der Prostitution
*Janine Vannaz (Die Mitte, Aesch), Sonja Rueff-Frenkel (FDP, Zü-
rich)*

Ratsprotokolle zur Einsichtnahme

Auf der Webseite des Kantonsrates sind einsehbar:

- Protokoll der 190. Sitzung vom 12. September 2022, 8.15 Uhr
- Protokoll der 191. Sitzung vom 19. September 2022, 8.15 Uhr
- Protokoll der 192. Sitzung vom 26. September 2022, 8.15 Uhr
- Protokoll der 193. Sitzung vom 26. September 2022, 14.30 Uhr
- Protokoll der 194. Sitzung vom 3. Oktober 2022, 8.15 Uhr
- Protokoll der 195. Sitzung vom 3. Oktober 2022, 14.30 Uhr

Zuweisung von neuen Vorlagen

Zuweisung an die Kommission für Planung und Bau:

- **Änderung der Allgemeinen Bauverordnung und der Ver-
kehrerschliessungsverordnung**
Vorlage 5859
- **Planungs- und Baugesetz**
Vorlage 5860

Zuweisung an die Geschäftsprüfungskommission:

- **Beschluss des Kantonsrates über die Jahresberichte und den
Nachweis der Einhaltung der negativen Zweckbindung der Kir-
chensteuern der juristischen Personen 2020 der Evangelisch-re-
formierten Landeskirche, der Römisch-katholischen Körper-
schaft und der Christkatholischen Kirchgemeinde sowie über die
Kenntnisnahme der Jahresberichte 2020 der Israelitischen Cul-
turgemeinde und der Jüdischen Liberalen Gemeinde**
Vorlage 5861

Zuweisung an die Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt:

- **Staatsbeitrag an die Elektrifizierung der Buslinien 69 und 80 in
der Stadt Zürich**
Vorlage 5862

Zuweisung an die Finanzkommission:

- **Beschluss des Kantonsrates über die Genehmigung eines Beitrags aus dem Gemeinnützigen Fonds an die Stiftung Fotomuseum Winterthur für das Projekt «Neubau und Sanierung Fotomuseum Winterthur», Antrag an den Kantonsrat**
Vorlage 5863
 - **Betriebsbeitrag 2023–2027 aus dem Gemeinnützigen Fonds an die Zoo Zürich AG**
Vorlage 5864
- Zuweisung an die Kommission für Wirtschaft und Abgaben:
- **Steuergesetz, Änderung, elektronische Verfahren und weitere Anpassungen an das Bundesrecht**
Vorlage 5865

2. Eintritt neues Mitglied Kantonsrat

für Thomas Honegger

KR-Nr. 362/2022

Ratspräsidentin Esther Guyer: Wir dürfen heute ein neues Ratsmitglied begrüßen, und zwar anstelle von Thomas Honegger, Greifensee. Die Direktion der Justiz und des Innern hat uns folgende Verfügung zukommen lassen.

Ratssekretär Pierre Dalcher verliest die Verfügung der Direktion der Justiz und des Innern vom 6. September 2022: «Ersatzwahl eines Mitglieds des Kantonsrates für die Amtsdauer 2019 bis 2023 im Wahlkreis XII, Uster.

Die Direktion der Justiz und des Innern, gestützt auf Paragraph 108 des Gesetzes über die politischen Rechte vom 1. September 2003, verfügt: Als Mitglied des Kantonsrates im Wahlkreis XII, Uster, wird für den zurücktretenden Thomas Honegger (Liste 05, Grüne) als gewählt erklärt:

*Julian Andrea Croci, geboren 1995, Informatiker,
Gemeinderat, wohnhaft in Dübendorf.»*

Ratspräsidentin Esther Guyer: Ich bitte, den Gewählten eintreten zu lassen.

Julian Croci, die Direktion der Justiz und des Innern hat Sie als Mitglied des Kantonsrates als gewählt erklärt. Bevor Sie Ihr Amt ausüben können, haben Sie gemäss Paragraf 4 des Kantonsratsgesetzes das Amtsgelübde zu leisten.

Ich bitte, die Eingänge zu schliessen. Die Anwesenden erheben sich. Ich bitte den Ratssekretär, das Amtsgelübde zu verlesen.

Ratssekretär Pierre Dalcher verliest das Amtsgelübde: «Ich gelobe als Mitglied dieses Rates, Verfassung und Gesetze des Bundes und des Kantons Zürich zu halten, die Rechte der Menschen und des Volkes zu schützen und die Einheit und Würde des Staates zu wahren. Die Pflichten meines Amtes will ich gewissenhaft erfüllen.»

Ratspräsidentin Esther Guyer: Julian Croci, Sie leisten das Amtsgelübde, indem Sie mir die Worte nachsprechen: «Ich gelobe es.»

Julian Croci (Grüne, Dübendorf): Ich gelobe es.

Ratspräsidentin Esther Guyer: Ich danke Ihnen und heisse Sie herzlich willkommen. Sie können Ihren Platz einnehmen. Sie können wieder Platz nehmen, die Eingänge können geöffnet werden.

Das Geschäft ist erledigt.

3. Rettungsschirm Axpo: Ist der Kanton Zürich ein verantwortungsvoller Eigentümer?

Dringliche Interpellation Beatrix Frey (FDP, Meilen), Lorenz Habicher (SVP, Zürich), Yvonne Bürgin (Die Mitte, Rüti) vom 19. September 2022

KR-Nr. 333/2022

Ratspräsidentin Esther Guyer: Es beantwortet die dringliche Interpellation mündlich der Baudirektor, Regierungsrat Martin Neukom, den ich hiermit herzlich begrüsse.

Regierungsrat Martin Neukom: Stromproduzenten im In- und Ausland verkaufen ihren Strom oftmals bis zu drei Jahre im Voraus. Dieser Vorgang des Im-Voraus-Verkaufens oder -Kaufens nennt man «Hedging», und der Vorteil dieses Hedgings ist die Planbarkeit auf beiden Seiten. Sie können in Ihrer Buchhaltung und in Ihrer Finanzplanung bereits mit

Strom rechnen, den Sie zu einem bestimmten Preis kaufen oder verkaufen. Das hat sowohl für die Produzenten wie für die Konsumenten Vorteile, deshalb macht man dies. Vielfach wird dies über die Börse abgewickelt. Und an der Börse, an der Strombörse beispielsweise in Leipzig, ist es so, dass da Sicherheiten verlangt werden. Diese Sicherheiten, die verlangt werden, sind vergleichbar mit einer Mietkaution: Damit Sie die Wohnung erhalten, müssen Sie einige tausend Franken hinterlegen. Wenn Sie die Wohnung zurückgeben, dann kriegen Sie dieses Geld wieder zurück.

Warum verlangt die Börse solche Sicherheiten? Ganz einfach: Wenn die Börse solche Verträge abschliesst und dann ein Produzent ausfallen würde oder ausfällt, dann muss die Börse entsprechend den Strom irgendwo anders einkaufen. Deshalb verlangt die Börse als Sicherheit jeweils die Differenz zwischen dem vertraglich abgeschlossenen Betrag, dem Preis, und dem aktuellen Marktpreis. Das wird «Margin» genannt und dieses Margin wird täglich ausgeführt. Jeden Tag müssen also alle Marktteilnehmer diese Margins neu hinterlegen, wenn der Strompreis beispielsweise steigt. Normalerweise sind das sehr kleine Beträge und es ist auch nicht eine sehr grosse Diskussion. In der aktuellen Lage, ausgelöst durch den Krieg in der Ukraine, werden diese Beträge hingegen derart gross, dass sie für Marktteilnehmer – nicht nur die Axpo (*Schweizer Energiekonzern*), sondern auch andere in ganz Europa – zu Risiken für die Liquidität führen. Was mir noch wichtig ist zu unterscheiden in diesem Moment: Wir müssen unterscheiden zwischen einer Firma, die ein Liquiditätsproblem hat, und einer Firma, die ein Profitabilitätsproblem hat. Und hier scheint mir, dass das in der politischen Diskussion oftmals verwechselt wird.

Jetzt, in dieser Lage haben die Axpo und auch einige andere grosse Stromerzeuger in ganz Europa ein Liquiditätsproblem. Sie sind grundsätzlich hoch profitabel, weil die Strompreise hoch sind. Aber sie haben vorübergehend zu wenig Liquidität, und deshalb besteht trotzdem eine Gefahr der Insolvenz. Es ist also nicht so, dass grundsätzlich ein Geschäftsmodell nicht funktioniert und eine Firma seit längerem rote Zahlen schreibt.

Ich komme zu den Fragen, zur ersten Frage der Interpellation: War der Regierungsrat zum Zeitpunkt der Beantwortung der genannten Anfragen über den Antrag der Axpo an den Bund informiert? Selbstverständlich nicht. Nein, natürlich nicht, sonst hätten wir ja etwas gesagt. Die Beantwortung der Anfragen 144/2022 und 148/2022 hat der Regierungsrat am 24. August dieses Jahres beschlossen. Zu diesem Zeitpunkt wusste auch der Verwaltungsrat der Axpo noch nicht, dass er zu einem

späteren Zeitpunkt dann den Rettungsschirm beantragen wird, respektive dass die Situation sich so ändert, dass ein Rettungsschirm nötig wird. Am 26. August, also zwei Tage später, wurde angekündigt, dass die Nordstream-1-Pipeline erneut unterbrochen wird. Dies hat erneut zu einem extremen Anstieg der Strompreise geführt. Der Strompreis war vorher schon sehr hoch und innerhalb eines Tages hat sich der Strompreis für das Jahr 2023 nochmalig verdoppelt. Sie müssen sich das vorstellen: Das ist das 20-fache des Niveaus vom August 2021. Diese Ereignisse bewogen den Verwaltungsrat der Axpo dazu, am 2. September dieses Jahres dem Bundesrat Antrag auf den Rettungsschirm zu stellen. Selbst zu diesem Zeitpunkt, als dem Bundesrat der Antrag für den Rettungsschirm gestellt wurde, verfügte die Axpo noch über eine Liquidität von 2 Milliarden Schweizer Franken. Aus meiner Sicht ist das ein sehr, sehr grosser Betrag. Warum hat die Axpo trotzdem den Rettungsschirm beantragt? Weil man befürchtet hatte, dass sich die Marktsituation weiter verschlechtert.

Zweite Frage: Weshalb hat der Regierungsrat die Situation falsch eingeschätzt? Ich glaube, der Regierungsrat hat die Situation gar nicht so falsch eingeschätzt, wenn man die Antwort auf diese Anfrage liest. In der Frage 4 steht beispielsweise: Bei einem nochmaligen extremen Anstieg der Strompreise kann nicht ausgeschlossen werden, dass die Axpo den vom Bundesrat geplanten Rettungsschirm in Anspruch nehmen muss. Und leider ist genau das passiert: Die Strompreise sind nochmalig angestiegen und deshalb hat die Axpo schlussendlich den Rettungsschirm in Anspruch nehmen müssen respektive noch nicht in Anspruch genommen; ich komme gleich noch dazu.

Frage 3: Wie beurteilt der Regierungsrat das Geschäftsmodell, namentlich das Handelsgeschäft und das Risikomanagement der AXPO, aus heutiger Sicht? Wir müssen diesbezüglich unterscheiden zwischen dem Verkauf der inländischen Stromproduktion – das passiert nämlich auch an der Börse in Leipzig – und dem sogenannten Origination. Origination ist das reine Auslandsgeschäft, da kauft die Axpo Strom am einen Ort und verkauft ihn am anderen Ort wieder. Das Liquiditätsproblem ist nicht durch das Origination-Geschäft entstanden, das Liquiditätsproblem ist durch die Absicherung der inländischen Produktion entstanden, im Kerngeschäft der Axpo, nämlich der Stromproduktion. Dies wurde in der politischen und in der medialen Debatte oftmals vermischt. Um diesbezüglich Transparenz zu schaffen, plant der Regierungsrat, zusammen mit dem Kanton Aargau und weiteren Eignern, eine externe Prüfung der Geschäftsführung der Axpo, um hier der Öffentlichkeit gegenüber aufzeigen zu können, was hier wirklich passiert ist.

Ich komme zur Frage 4: Wie beurteilt der Regierungsrat das Liquiditätsmanagement der Axpo im Vergleich zur BKW (*Bernische Kraftwerke AG*), die auf die Inanspruchnahme des Rettungsschirms verzichtet? Nun, ich muss ehrlich sagen, diese Frage hat mich ein bisschen enttäuscht, Frau Kantonsrätin Frey-Eigenmann. Als Freisinnige sollten Sie den Unterschied kennen zwischen Markt und Monopol. Die BKW ist eine Firma, die zu sehr grossen Teilen im Monopolbereich tätig ist – ja, es ist so. Das heisst, die BKW kann den Strom, den sie produziert, direkt an ihre Endkunden verrechnen. Und kein Wunder, hat sie dabei sehr, sehr tiefe Risiken und somit auch keine Liquiditätsprobleme, ganz im Gegensatz zur Axpo: Die Axpo hat fast keine gebundenen Kunden, nur ganz wenige über die CKW (*Centralschweizerische Kraftwerke AG*). Die Axpo muss ihren Strom am freien Markt verkaufen, und es ist so, am freien Markt sind logischerweise die Risiken grösser. Die Axpo produziert mit 25 Terawattstunden pro Jahr am meisten Strom in der Schweiz. Die Axpo ist mit Abstand die grösste Stromerzeugerin der Schweiz, und deshalb ist es nicht per se erstaunlich, dass die Axpo die erste Firma ist, die hier den Rettungsschirm beantragt. Wichtig ist mir an dieser Stelle zu betonen: Die Axpo hat den Rettungsschirm beantragt, es ist bis zum jetzigen Zeitpunkt noch kein Geld vom Bund zur Axpo geflossen. Das heisst, die Kreditlinie des Bundes wurde bisher nicht beansprucht.

Zu den Fragen 5, 6 und 8, da wird die Frage gestellt: Findet es der Regierungsrat richtig, dass die Axpo Risikoabsicherung bei der Schweizer Stimmbevölkerung respektive beim Bund sucht und nicht bei ihren Eigentümern? Ja, der Regierungsrat findet das so richtig. Seit März dieses Jahres gibt es eine Arbeitsgruppe zwischen der Baudirektion und der Finanzdirektion, die sich Gedanken zu dieser Thematik macht, Margin Calls und Rettungsschirm. Wir stehen auch in einem engen Austausch mit dem Kanton Aargau diesbezüglich. Wir haben alle Vor- und Nachteile schon im März dieses Jahres intensiv diskutiert, eruiert und abgewogen, und wir sind zum Schluss gekommen, dass kantonale Rettungsschirme rechtlich extrem schwierig umzusetzen wären, politisch extrem schwierig umzusetzen wären, auch technisch kaum machbar wären, und dass es ein sehr hohes Risiko gäbe, dass diese scheitern würde. Finanzdirektor Ernst Stocker und ich haben uns daher sehr engagiert auf Bundesebene dafür eingesetzt, dass es eine nationale Lösung gibt, weil wir beide zur Überzeugung gelangt sind, dass eine kantonale Lösung nicht sinnvoll wäre respektive sehr, sehr hohe Risiken mit sich bringen würde. Die Gründe, warum eine kantonale Lösung für einen Rettungs-

schirm sehr, sehr schwierig sind, liegen darin, dass es darum geht, innerhalb von 48 Stunden für eine grosse Stromfirma Beträge, die grösser sind als 1 Milliarde Franken, bereitzustellen. Das ist im Kanton Zürich wegen des Finanzreferendums schlichtweg gar nicht möglich. Sie kennen die Referendumsfrist, sie beträgt 60 Tage. Wenn es pressiert, muss die Axpo Liquidität innert ungefähr 48 Stunden haben. Weiter wäre die Schaffung von Rettungsschirmen in neun unterschiedlichen Kantonen politisch sehr, sehr riskant gewesen, auch im internationalen Vergleich. Wenn wir uns anschauen, was im Ausland passiert ist: Es sind die Rettungsschirme immer auf nationaler Ebene beschlossen worden. Ich nenne Österreich, Deutschland, Frankreich, Schweden, Finnland, Tschechien und Dänemark, von diesen habe ich Kenntnis. Alle diese Länder haben auf nationaler Ebene einen entsprechenden Rettungsschirm für eine oder mehrere Stromfirmen beschlossen. Auch aus dieser Sicht – das zeigt auch die Dimension dieses Problems – ist es sinnvoll, dass hier auch der Bund einspringt.

Zur Frage, ob in Zukunft noch weitere Mittel nötig sein werden: Aufgrund der extrem unsicheren Lage an den Märkten ist es kaum möglich, hier eine Aussage zu machen.

Zur Frage 7: Welche Forderungen stellt der Kanton Zürich als Miteigentümer an die Axpo, damit die Kreditlimite des Bundes nicht beansprucht werden muss? Das ist ganz klar, das haben wir schon sehr, sehr klar früh deutlich und klargemacht, dass das Risiko dieses frühzeitigen Stromverkaufs, also dieses Hedging mit dem Margining, das muss gemindert werden. Das heisst, es war auch unsere Erwartung, dass die Axpo keine neue solche Geschäfte macht, und die Axpo hat diese Massnahmen am Anfang dieses Jahres auch bereits umgesetzt und keine neuen Hedging-Verträge an der Börse mehr geschlossen, um die Liquidität zu schonen. Gleichzeitig hat sie auch ihre Investitionen grundsätzlich zurückgefahren, um die eigene Liquidität zu schonen. Sie hat sehr grosse Mengen an Fremdkapital beschafft, sie hat also sehr viel unternommen, all das, was wir auch als Eigentümer verlangt haben.

Frage 9: Sind die aktuellen Eigentümer- und Governance-Strukturen noch geeignet, um auf die Herausforderungen in einem kompetitiven und volatilen Marktumfeld zu reagieren? Nun gut, hier läuft ja bereits einiges. Seit 2016 läuft das Projekt «Eigentümerinteressen klären». Zwei Schritte wurden bereits abgeschlossen. Der eine Schritt ist die Entpolitisierung und die Verkleinerung des Verwaltungsrates der Axpo. Seither gibt es zweimal jährlich ein Treffen zwischen allen Eignern und Teilen des Axpo-Verwaltungsrates und der Axpo-Führung zum Austausch zu aktuellen Themen. Ein weiteres Teilprojekt kennen Sie auch,

das ist die Ablösung des NOK-Gründungsvertrages (*Nordostschweizerische Kraftwerke AG*) mit gemeinsamer eigener Strategie. Dieses Geschäft ist im Kantonsrat noch hängig (*Vorlage 5813*). Besten Dank.

Beatrix Frey (FDP, Meilen): Herzlichen Dank, Herr Baudirektor, für die Antworten, die Sie auf unsere dringliche Interpellation gegeben haben. Ich kann Sie beruhigen: Wir kennen den Unterschied zwischen Markt und Monopol, und wir können auch ein Profitabilitätsproblem von einem Liquiditätsproblem unterscheiden. Wir sind uns also sehr bewusst, dass die Situation an den Strommärkten ausserordentlich ist und dass der Liquiditätsengpass der Axpo auf die umfassenden Sicherheiten zurückzuführen ist, welche die Strombörse fordern, Sie haben das ausgeführt. Und wir sind uns auch bewusst, dass die Chancen gut stehen, dass die hinterlegten Sicherheiten wieder vollumfänglich an die Axpo zurückfliessen werden. Genau aus diesem Grund können wir nicht verstehen, dass der Kanton Zürich als grösster Eigentümer es zulässt, dass sich die Axpo unter den Rettungsschirm des Bundes flüchtet, anstatt mit dem Eigentümer eigenverantwortlich und selbstbestimmt eine Lösung zu suchen. Wie oft haben wir nicht zuletzt in diesem Rat moniert, dass private Unternehmen risikoreich geschäften und, wenn es dann brenzlich wird, den Staat um Hilfe rufen. Und jetzt ist also der stolze Wirtschaftskanton Zürich nicht in der Lage, die Axpo zusammen mit den Miteigentümern zu unterstützen, sondern mutet den jurassischen und Tessiner Steuerzahlenden zu, die Risikoabsicherung im gleichen Umfang mitzutragen wie die Steuerzahlenden aus den Trägerkantonen, die jahrelang von den Dividenden der Axpo profitiert haben. Das finden wir peinlich und auch ein denkbar schlechtes Signal.

Von wem kann man denn in Zukunft noch risikoadäquates Geschäften und Eigenverantwortung verlangen, wenn der Bund jetzt sogar kantonale Betriebe retten muss? Statt seine Eigentümerversantwortung wahrzunehmen, nimmt der Kanton Zürich in Kauf, dass künftig die Bundespolitik die Geschicke der Axpo massgeblich mitbestimmt. Denn es ist absehbar, dass dieser Rettungsschirm zum Anlass genommen wird, um den Energiemarkt noch stärker zu regulieren. Und das Argument, man habe nicht rasch genug handeln können oder man hätte nicht rasch genug handeln können, weil die Rechtslage zu komplex sei, das scheint uns auch etwas fadenscheinig. Dass die Axpo durch ihre Geschäftstätigkeit mit internationaler Ausrichtung zahlreichen Risiken ausgesetzt ist und mit der zunehmenden Strommarktliberalisierung auch die finanziellen Risiken für die Aktionäre zunehmen, das hat der Regierungsrat

bereits 2016 in seiner Eigentümerstrategie festgestellt. Die Diversifikation der Axpo in den Dienstleistungsbereich und namentlich in den Handel hat er in seiner Eigentümerstrategie nicht nur mitgetragen, sondern explizit begrüsst. Und dass er trotz zahlreicher Anfragen und Vorstösse aus dem Kantonsrat bis heute offensichtlich keinen Notfallplan entwickelt hat, zusammen mit den Eigentümern, ist unverständlich. Der Kanton Zürich ist Alleineigentümer einer systemrelevanten Bank (*Zürcher Kantonalbank*), der er eine umfassende Staatsgarantie gibt. Bei Ausbruch der Covid-Krise (*Corona-Pandemie*) konnten innert weniger Wochen Kreditausfallgarantien von mehreren hundert Millionen Franken geleistet werden. Und bei der Axpo nun sehen sich der Kanton Zürich und seine Miteigentümer nicht imstande, innert nützlicher Frist wenigstens einen Teil der Risikoabsicherung zu übernehmen? Das finden wir doch eher ein Armutszeugnis.

Wir erwarten, dass der Regierungsrat in Bezug auf die Axpo unverzüglich eine Risikoabschätzung und Notfallplanung an die Hand nimmt. Und wenn er zum Schluss kommen sollte, dass der Kanton Zürich die mit der Axpo-Beteiligung verbundenen Risiken nicht tragen kann oder will, dann soll er sich im Rahmen der Eigentümerstrategie für eine Anpassung des Geschäftsmodells oder für eine Veräusserung der Beteiligung starkmachen. Nichtstun ist für uns keine Option.

Lorenz Habicher (SVP, Zürich): Schriftliche Vorbereitungen sind bei einer dringlichen Interpellation oder bei der Beantwortung der dringlichen Interpellation hier im Rat eigentlich eher hinderlich. Denn man hat sich auf etwas vorbereitet und manchmal kommt es anders als gedacht. Die Antworten des Regierungsrates könnten durchaus überraschen, aber heute hat die Regierung nicht wirklich überrascht, hielt sich der Baudirektor doch mehrheitlich an den Foliensatz der Axpo, der auch am EKZ-Parlamentariertag (*Elektrizitätswerke des Kantons Zürich*) vom 4. Oktober 2022 vorgestellt wurde.

Die Information der eigenen Kantone nach der Beantwortung von Frage 1 bekommt die Note «mangelhaft», denn es wurden ziemlich alle überrascht und man hat aus den Medien erfahren, wie es denn wirklich läuft. Hier bin ich als Ex-Swissair-Mitarbeiter (*Schweizer Fluggesellschaft*) ein gebranntes Kind und fühle mich ein bisschen an die Hunter-Strategie der Swissair erinnert. Auch da war alles in Ordnung, auch da hat man die Sache immer heruntergespielt, und am Schluss war es dann vorbei mit lustig.

Zur Energieversorgung: Unter dem Titel «Rettungsschirm» haben die eidgenössischen Räte einen Finanzrahmen zur Unterstützung systemkritischer Unternehmen der Elektrizitätswirtschaft im Falle von Liquiditätsproblemen beschlossen; dies in der Herbstsession mit insgesamt 10 Milliarden Schweizer Franken, davon 4 Milliarden Schweizer Franken zuhanden der Axpo. Und diese Axpo hat ja, bevor dieser Beschluss in den eidgenössischen Räten getätigt wurde, schon angefragt, damit die Liquidität so sichergestellt oder ihnen diese Garantie gegeben wird. Die Frage, ob der Bund anstelle der Eigentümerkantone einspringen soll, ist somit auch beantwortet. Schon bevor der Rettungsschirm auf Bundesebene eingeführt, offiziell eingeführt wurde, wurde das Geld ja schon abgeholt oder beansprucht; eben nicht beansprucht, sondern nur bereitgestellt. Bei der Abhängigkeit der Axpo von Kreditlinien, um die Handelstätigkeit an der Börse abzusichern, stellt sich natürlich die Frage der produzierten, der verkauften, der versprochenen und finanziell garantierten elektrischen Leistung. Wenn man schaut, wie die Axpo aufgestellt ist, dann hat sie Tätigkeiten in Produktion und Vertrieb in über 30 Ländern. Und in über 40 Ländern ist sie im Handel tätig, das heisst, der Handel ist da ein bisschen übervertreten. Die Zukunft des Handelsgeschäfts, vor allem die Tätigkeiten von Axpo-Töchtern in London, New York und Singapur, ist mehr als zu hinterfragen. Hier stimmt es natürlich schon, dass bei allen Börsengeschäften dieses Hedging mit finanziellen Mitteln unterlegt werden muss und das Risiko auch im Inland anfällt. Das ist so, aber man darf sich schon fragen: Ist es richtig, dass die Axpo weltweit im Handel tätig ist und sozusagen nur in Europa in Produktion und Vertrieb? Man könnte hier die Frage stellen, ob das Geschäft nicht auf ein europäisches Geschäft zu reduzieren sei, um die Risiken somit auch zu minimieren.

Somit kommen wir zur Sicherstellung der Versorgungssicherheit: In einer Mangellage in Europa ist es wichtig, dass diese Märkte spielen. Und dass die Versorgungssicherheit der Schweiz nicht einfach losgelöst von den europäischen Mitspielern abgesichert werden kann, ist auch klar. Hier möchte ich sagen: Wie weiter mit 21 Tochtergesellschaften und dem Handelsgeschäft? Wie weiter mit der Führung? Denn wenn man nur beruhigt und schlussendlich nicht das Vertrauen zurückgewinnt, dann ist die Position von CEO Christoph Brand zu hinterfragen. Ich danke für die Aufmerksamkeit.

Rosmarie Joss (SP, Dietikon): Wir beschäftigen uns heute mit der Axpo. Die Axpo ist ein wichtiges, grosses, strategisches Investment des Kantons Zürich. Man sollte, wenn man über die Axpo diskutiert, zwei

Sachen unterscheiden: die inhärenten Risiken, die der Strommarkt mit sich bringt, und spekulative Geschäftspraktiken.

Der Strommarkt ist ein Terminmarkt. Das ist auch nicht a priori schlecht, sonst würden nämlich die Strompreise jetzt noch wesentlich verrückter spielen. Die Schweiz hat einen teilliberalisierten Strommarkt. Wir Linken haben zusammen mit den Gewerkschaften ja immer jedwelche Marktliberalisierung im Strommarkt bekämpft. Vor 20 Jahren kam das EMG (*Elektrizitätsmarktgesetz*) zur Abstimmung, es forderte eine Vollliberalisierung. Dank uns wurde das abgelehnt, und ich denke, heute sind alle dankbar, denn sonst hätten jetzt auch die Kleinstkunden Probleme mit explodierenden Strompreisen. Nun ist es aber so gekommen, dass es eben doch eine Teilliberalisierung gab. Und mit dieser müht sich eben die Axpo ab. Wie Martin Neukom erwähnt hat, hat die Axpo nur mit den CKW direktgebundene Kunden. Wie es zur Trennung von den Kantonswerken kam, die ja auch direkte Eigentümer der Axpo sind, das war eine Wechselzeitgeschichte: Zuerst wollte die Axpo nicht, da waren nämlich die Strompreise an der Börse gut. Dann wollten die Kantonswerke wie die EKZ nicht mehr, und jetzt haben beide verloren. Die Liberalisierung hat da nicht nur goldene Früchte getragen. Also ist die Situation für die Axpo jetzt so: Sie muss den Strom verkaufen. Das kann man entweder an der Börse machen oder over the counter. Beides hat seine eigenen Risiken: Bei der Börse hat man das Risiko, dass es dann plötzlich sehr grosse Liquiditätsforderung geben kann, bei over the counter kann es sein, dass die Gegenpartei bankrottgeht und man dann plötzlich seinen Strom nicht mehr verkaufen kann, den man eigentlich verkaufen wollte. Auch für den Gang an die Börse gibt es gute Gründe.

Solche Probleme stellen sich einfach, wenn man es mit einem dysfunktionalen Markt zu tun hat, und wir haben es zurzeit mit einem dysfunktionalen Strommarkt zu tun. Das führt zu absurden Situationen, das führt zu einem absurden Liquiditätsbedarf. Und da muss man sich schon fragen, als Politik müssen wir uns fragen: Ist der heutige Strommarkt so richtig aufgestellt? Ist er richtig aufgestellt für die Versorgung der Schweiz, für die Versorgung von Europa mit langfristigem, nachhaltigem Strom? Ich nehme an, diese Frage wird sich auch die EU stellen, und ich hoffe, dass dort auch bald Besserung in Sicht ist bezüglich des Liberalisierungsglaubens im Strommarkt und man wieder etwas zu Vernunft kommt.

Was wir hier in der Schweiz brauchen, ist eine Wiederannäherung von Produktion und Verbrauch. Das haben wir ja in einem dringlichen Postulat (*KR-Nr. 331/2022*) gefordert. Es ist auch eine Wiederannäherung

der Politik mit diesen strategischen Beteiligungen, damit der Verwaltungsrat wieder politischer besetzt wird, das ist auch etwas, das wir mit einem dringlichen Postulat (*KR-Nr. 332/2022*) fordern.

Es geht darum, dass man kritisch auf die Geschäftspraktiken der Axpo schaut. Wir können ihr keinen Platz für ihre riskanten Anlagen in Übersee geben, wie eben erwähnt. Es kann nicht sein, dass kritische Sachen vermengt werden, Handelsgeschäfte in Übersee mit versorgungsrelevanten Tätigkeiten in der Schweiz. Wir müssen hier eine Trennung machen, und bei den Handelsgeschäften braucht es klare Limiten. Wir haben ein grosses Glück: Wir waren bei der NOK-Gründungsvertragsablösung unbequem. Wir haben nicht nur einfach genickt und abgesehen, deshalb haben wir dieses Geschäft noch im Kantonsrat, deshalb können wir darüber diskutieren. Und ich bin der Meinung: Wenn man jetzt die ganzen Entwicklungen der letzten Monate anschaut, dann braucht es hier Nachbesserungen. Es braucht Nachbesserungen bei der Eigentümerstrategie. Es braucht wahrscheinlich auch Nachbesserungen bei den Statuten, damit eben spekulative Geschäfte in Übersee strukturell nichts mehr mit der Kernversorgung der Schweiz zu tun haben. Das heisst, wir müssen jetzt als Kanton Zürich die Möglichkeit nutzen, wir müssen mit unseren Schwesterparteien in anderen Kantonen aktiv werden, damit hier korrigiert wird, damit die Axpo langfristig aufgestellt wird für eine gesunde Versorgung der Schweiz mit guter, einheimischer Energie und diese nicht am Markt verspekuliert wird. Wir haben heute, so glaube ich, eine gute Chance, das zu machen. Die Märkte werden weiter verrücktspielen, schauen wir, dass wir sie unter Kontrolle kriegen. Danke.

Franziska Barmettler (GLP, Zürich): Wir befinden uns in einer Krisensituation und es ist gut, dass der Bund so rasch handeln und einen Rettungsschirm für die Axpo aktivieren konnte. Es ist weiter wichtig, dass wir unsere Kapazitäten für das Krisenmanagement einsetzen können. Eine unkoordinierte Vorstossflut zu produzieren, wie dies etwa die unheilige Allianz von SVP und SP getan hat, ist hingegen wenig sinnvoll. Jetzt hat jede Krise ja auch etwas Gutes, und nutzen wir doch jetzt die Chance, Klarheit herzustellen.

Für die Grünliberalen ist es zentral, dass wir lernen und nun nicht einfach zur Tagesordnung übergehen. Wir begrüssen es sehr, dass der Regierungsrat die externe Prüfung nun einleitet und Transparenz schaffen will. Diese ist nötig, damit wieder Vertrauen hergestellt werden kann. In diesem Bericht soll unter anderem aufgearbeitet werden, wie es zu einem Liquiditätsengpass kommen konnte. Weitere für die GLP zent-

rale Aspekte sind eine Untersuchung der Handelsrisiken sowie die Vereinbarkeit des Handels mit dem öffentlichen Auftrag. Aber auch die Risiken im Zusammenhang mit den Kernkraftwerken im Besitz der Axpo gilt es endlich offen zu legen. Basierend auf dem Bericht, ist der Kanton Zürich als Eigentümer gefordert, allenfalls strategische und operative Konsequenzen zu ziehen.

Schliesslich wäre aber bei der ganzen Sache auch etwas Selbstkritik durchaus angezeigt. Das haben wir bei den Ausführungen des Regierungsrates schon etwas vermisst. Haben wir unsere Verantwortung als Eigner genügend wahrgenommen? Haben wir uns mit der Risikoabsicherung beschäftigt und diese auf zu starke Preisaufschläge geprüft? Sind wir uns im Klaren, welchen Auftrag wir der Axpo geben wollen? Es wäre schön, diese Fragen nun gemeinsam anzugehen, auch wenn bald Wahlen bevorstehen.

Thomas Forrer (Grüne, Erlenbach): Die Interpellation zeigt: Die FDP, die SVP und die Mitte wirken ein bisschen nervös. Sie greifen in der Energiepolitik gegenwärtig nach jedem Strohalm, um von den echten Problemen und den wahren Ursachen unserer Krise abzulenken. Denn sie wissen, dass sie, die jahrzehntelang die Energiepolitik bestimmt haben und es auf Bundesebene immer noch tun, zutiefst an den gegenwärtigen Problemen beteiligt sind. Sie fragen deshalb nicht etwa nach den energiepolitischen Zusammenhängen, die überhaupt möglich machten, dass die Axpo eine Kreditlinie von 4 Milliarden beantragen mussten. Nein, sie fragen lieber danach, warum die Regierung am 24. August 2022, zwei Wochen davor, noch nichts von dem Antrag wusste beziehungsweise wissen konnte. Und ich frage Sie: Was nützt das der Bevölkerung? Was nützt das der Energieversorgung, wenn Sie der Regierung falsche Vorwürfe machen? Aber das Interessante ist, geschätzte Bürgerliche, Sie entziehen mit Ihren Voten der gegenwärtigen Regierung das Vertrauen. Das ist die Regierung, in der Sie selber die Mehrheit stellen, und ich denke, das sollten sich die Wählerinnen und Wähler bei den nächsten Wahlen doch mal noch merken.

Man kann am Konstrukt der heutigen Axpo viel kritisieren. Am problematischsten ist aber, dass die Axpo, anders als die anderen Stromproduzentinnen in der Schweiz, keine festen Abnehmerinnen hat. Sie muss den Strom auf dem Markt verkaufen und nicht mehr wie einst an die eigenen Kantone und deren Werke. Das hat uns in die paradoxe Situation geführt, dass der Kanton Zürich zwar zu 36 Prozent an einem Stromkonzern beteiligt ist, aber sein eigenes Versorgungsunternehmen,

die EKZ, den Strom woanders einkauft. Dieses Problem hat einen Namen und hat einen Urheber: Es heisst «Teilliberalisierung des Strommarktes» und ist ein zentrales Element der bürgerlichen Strompolitik. Dadurch haben wir sehr viel aus unseren Händen gegeben. Die Bürgerlichen haben mit der Teilliberalisierung für einen Investitionsstau im Inland gesorgt, weil grosse Investitionen bei den sehr volatilen Energiepreisen auf einmal zu riskant geworden sind. Das Resultat sehen wir heute. Wir sind beim Strom inzwischen von Importen abhängig, und das rächt sich genau dann, wenn den Deutschen das Gas für die Stromproduktion ausgeht und ein Grossteil der französischen AKW in Revision ist.

Der Markt mag ja einiges regeln, aber nicht in der Krise. Da versagen manchmal die Märkte, und genau dieses Risiko hätten wir bei der Grundversorgung mit Energie nie eingehen dürfen. Wie hat sich die Axpo, die erst noch an gefährlichen und finanziellen hochriskanten AKW beteiligt ist, denn abgesichert? Mit dem Handelsgeschäft, das wissen wir alle. Darum wundert es mich, dass die Bürgerlichen sich hier jetzt die Augen reiben und die Regierung fragen, wie sie dieses Handelsgeschäft beurteilt. 12 Milliarden Franken hat die Axpo im abgeschlossenen Geschäftsjahr umgesetzt, das ist fünfmal so viel wie mit dem selber produzierten Strom. Wir sehen also: Nicht etwa der Verkauf, geschätzte SP, von Wasserkraftwerken ins Ausland ist das eigentliche Problem, sondern das Klumpenrisiko durch die Axpo Solution, auf das übrigens Hans-Peter Amrein immer wieder, und zwar spätestens seit 2017, aufmerksam gemacht hat. Das Resultat dieses Klumpenrisikos sind jetzt genau die 4 Milliarden Franken des Rettungsschirms durch den Bund. Ja, geschätzte Bürgerliche, Gewinn und Risiko, das sind eben Zwillinge, und um genau dieses Risiko zu mindern, haben wir Grünen zusammen mit den meisten Fraktionen im Postulat 331/2022 verlangt, dass die EKZ wieder primär von der Axpo erneuerbaren Strom beziehen soll. Dass die FDP nicht bei den Unterzeichnenden ist, ist bezeichnend, aber wenig überraschend. Es geht darum, einen stabilen Absatz für den Axpo-Strom wiederherzustellen. Das Handelsgeschäft der Axpo ist ja kaum von öffentlichem Interesse. Im öffentlichen Interesse hingegen sind ein klarer Versorgungsauftrag für die Axpo, der Ausbau der erneuerbaren Stromproduktion im Inland und für uns Grüne selbstverständlich der Atomausstieg. Daran müssen wir jetzt arbeiten. Die Krise ist die Zeit für eine Wende in der Axpo-Politik.

Yvonne Bürgin (Die Mitte, Rüti): Besten Dank, Herr Baudirektor für die ausführliche Beantwortung der Fragen. Ich habe die dringliche Interpellation mitunterzeichnet, weil uns die Axpo Bauchschmerzen bereitet, und dies nicht zum ersten Mal. Nein, dies hat sie immer wieder und dem Kantonsrat wurde dann jeweils vom Regierungsrat ein Beruhigungsmittel verabreicht, mit schönen beschwichtigenden Worten. Ich erinnere mich noch gut an zwei Interpellationen im Jahre 2015: «Finanzielles Grossrisiko Axpo?» (*KR-Nr. 105/2015*) von Robert Brunner (*Altkantonsrat*) oder «Neuausrichtung der Geschäftstätigkeit der Axpo und entsprechende Risikotreiber» (*KR-Nr. 212/2015*) von Hanspeter Amrein. Das waren damals die Titel und es ging um Milliardenabschreiber der Axpo infolge Wertberichtigung von kumulierten 3 Milliarden Franken wegen zu tiefer Strompreise. Wir haben damals intensiv diskutiert, wie gefährlich Marktverwerfungen sein können. Versprochen wurde uns vom Verwaltungsrat der Axpo Besserung mit einer strategischen Neuausrichtung. Und unter der Federführung des Kantons Zürich wurde versprochen, die Eigentümerinteressen mit der neuen Eignerstrategie zu klären. Wir sind nicht nervös, Herr Forrer, wir Interpellanten sind einfach schon länger im Rat und wir möchten Verantwortung übernehmen. Umgesetzt wurde nämlich in der Zwischenzeit nur die Entpolitisierung des Verwaltungsrates, ein grober Fehler, wie sich heute herausstellt.

Auch heute hören wir beschwichtigende Worte. Hat der Regierungsrat die Situation falsch eingeschätzt? Aus Sicht der Mitte nimmt Herr Neukom die Situation auf jeden Fall auf die zu leichte Schulter. Immerhin, was das Geschäftsmodell und das Risikomanagement betrifft, wird nun eine externe Prüfung der Geschäftsführung der Axpo angestrebt. Das ist zu begrüßen. Wir haben auch gehört, dass jetzt eine Arbeitsgruppe der Finanzdirektion und der Baudirektion ihre Arbeit aufnimmt. Das ist doch ein wenig beruhigend. Als Miteigentümer der Axpo hat der Kanton Zürich eine wichtige Verantwortung. Diese Verantwortung kann nicht einfach auf den Verwaltungsrat abgeschoben werden, und halbjährliche Treffen sind einfach nicht genug. Herr Neukom ist hier gefordert, die Interessen des Kantons Zürich stärker wahrzunehmen. Der Rettungsschirm des Bundes ist wahrscheinlich unausweichlich gewesen in der jetzigen Situation. Nichtsdestotrotz müssen wir unsere politische Kontrolle über die Axpo verbessern und uns den dringenden Fragen stellen zu Versorgungssicherheit, Stärkung des Axpo-Konzerns in einem schwierigen wirtschaftlichen Umfeld und die finanziellen Risiken für den Kanton Zürich. Wir dürfen uns diesmal nicht mit einfachen Antworten zufriedengeben, sondern wir müssen dranbleiben.

Die Mitte wird zusammen mit der Axpo-Allianz – das ist keine unheilige Allianz, liebe GLP, sondern eine wichtige Allianz – ihre Verantwortung wahrnehmen. Mit der Vorlage 5813 und den beiden dringlichen Postulaten, wie von Rosmarie Joss schon erwähnt, wird diese Möglichkeit geboten. Mit der Ablösung des NOK-Gründungsvertrags müssen wir die richtigen Korrekturen vornehmen, damit die Axpo uns nicht nochmals oder nicht immer wieder zu so starken Bauchschmerzen führt. Besten Dank.

Daniel Sommer (EVP, Affoltern a. A.): Einen Schirm über jemanden zu halten, der ohnehin schon bis auf die Knochen nass ist, kommt höchstens Komikern in den Sinn. Tragisch wird eine solche Hilfeleistung jedoch, wenn es sich um einen Konzern handelt, den man mit Steuergeldern aus dem Wasser ziehen will. Zu lachen gibt es also beim Fall Axpo tatsächlich nicht viel, denn unsere Versorgung mit Strom ist systemrelevant, und zwar für das ganze Land ebenso wie für uns. Ist eine sichere Stromversorgung nicht mehr gewährleistet, betrifft dies also auch den wirtschaftsstärksten Kanton. Der Fall Axpo zeigt uns jetzt zweierlei klar und deutlich auf:

Erstens: Systemrelevante Einrichtungen gehören unter die Kontrolle der Öffentlichkeit, «entweder – oder» gilt auch für die Idee der unternehmerischen Freiheit. Auch wenn der Baudirektor heute den Mittelbedarf der Axpo mit Liquiditätsproblemen und Sicherheitsleistungen begründet, kann es einfach nicht angehen, dass ein Konzern sofort unter die staatlichen Fittiche watschelt, wenn er ins Taumeln gerät.

Zweitens: Der Bund und vor allem wir als Kanton haben es verschlafen, die richtigen Rahmenbedingungen für ein systemrelevantes Unternehmen zu setzen. Bessere Aufsicht und mehr Einflussmöglichkeiten sind offenbar dringend nötig. Die Interpellanten fragen: Sind wir ein verantwortungsvoller Miteigentümer der Axpo? Die Antwort ist ebenso klar wie kurz: Nein, das sind wir nicht. Hinzufügen könnte man «zumindest nicht so, wie wir jetzt aufgestellt sind». Und dummerweise sind wir an der verfahrenen Situation nicht ganz unschuldig. Denn wir waren in den letzten Jahren unfähig, eine einheimische Energieversorgung sicherzustellen. Und das wiederum veranlasste die Axpo dazu, in ausländische Produktionsanlagen zu investieren. Resultat: Die Axpo wurde von einem Kraftwerk- und Netzbetreiber zu einem Energiehändler. Wir schauten zu und glaubten, die unsichtbare Hand von Adam Smith (*schottischer Philosoph, Begründer der klassischen Nationalökonomie*) werde es dann schon richten. Aber weil die Selbststeuerung der Wirtschaft über Angebot und Nachfrage auf dem Markt nicht funktionierte,

muss nun der Bund helfen, und das ist ein Skandal. Denn wir Zürcherinnen und Zürcher sowie die Steuerzahlenden acht weiterer Kantone sind die Eigentümer und haben deshalb auch für Probleme und Unterlassungen einzustehen, ganz so wie andere Eigentümerinnen und Aktionäre von Unternehmungen. Jetzt reaktionsschnell mit dem Finger auf unsere Regierung zu zeigen, ist trotzdem etwas billig. Denn obwohl in der Verantwortung stehend, sind ihr nicht alle Versäumnisse und Fehleinschätzung allein anzulasten. Wir als Parlament sitzen im genau gleichen Boot. Und wenn wir aus Schuldzuweisungen nicht herauskommen und alle ans Ruder wollen, werden bestimmt alle nass. Darum ist jetzt kühles Blut gefragt, und wir sollten uns fragen, was für eine sichere, ausreichende und vorwiegend aus einheimischen Quellen bestehende Stromversorgung unternommen werden muss. Dabei kristallisieren sich drei vordringliche Handlungsbereiche heraus, der erste betrifft die Ausgestaltung von Aktionärsbindungsvertrag und Eigentümerstrategie der Axpo: Bei der anstehenden Ablösung des NOK-Gründungsvertrags steht uns ein erster Hebel zur Verfügung. Der zweite dringende Handlungsbedarf ist bei der strategischen Kontrolle über die Axpo auszumachen. Es führt kein Weg daran vorbei, dass so schnell wie möglich wieder Vertretungen des Kantons und der EKZ im Axpo-Verwaltungsrat nicht nur durch fachlich ausgewiesene, sondern auch politisch kontrollierte Vertretungen wahrgenommen werden. Die Ankündigung des Baudirektors, zusammen mit dem Kanton Aargau eine Prüfung der Geschäftsführung der Axpo in die Wege zu leiten, begrüßen wir daher ausdrücklich. Und der dritte Handlungsbedarf stellt sich bei der Frage, welche Massnahmen zu ergreifen sind, damit die stromproduzierenden Unternehmen mit kantonaler Beteiligung Investitionen in erneuerbare Energie primär im Inland statt im Ausland tätigen. Krisen haben nur dann einen Sinn, wenn sie auch Tief- und Langzeitschläfer aller Parteien aufwecken können. Der Stand-by-Modus genügt nicht, um ein Unternehmen vor dem Untergang zu bewahren. Eine sichere Stromversorgung ist systemrelevant. Daher muss das Volk wieder mehr in die Entscheidungen eingebunden werden.

Manuel Sahli (AL, Winterthur): Wir und auch die Axpo befinden sich im Moment mitten in einer Stromkrise, in einer Krise, die das Produkt eines künstlich geschaffenen Marktes ist. Und hier will ich gerade zu Beginn auch sagen: Zu meiner politischen Zeit war es die AL, die diese ganze Liberalisierung beziehungsweise schlussendlich Teilliberalisierung auch von Anfang an bekämpft hat. Nun ja, die Teilliberalisierung ist gekommen, zumindest für Verbraucher über 10'000 – oder 100'000?

– Kilowattstunden. Damit kam der Axpo ein Teil ihrer Aufgabe beziehungsweise ihrer Abnehmer abhandeln. Sie suchte, um hier ein bisschen geschichtliche Aufarbeitung zu betreiben, ausgestattet mit einer Staatsgarantie – und die Staatsgarantie ist hier wieder der Grund, warum wir das jetzt diskutieren – neue Tätigkeitsfelder. Und wo fand sie diese? Diese fand sie im Trading, in einem Hochrisikogeschäft. Das ist, wie wir vorhin gehört haben profitabel, solange es funktioniert, aber auch sehr risikobehaftet, was man auch gut an ein paar Zahlen sehen kann beziehungsweise man auch schon vor einem Jahr hätte sehen können. Denn bereits im September 2021 hielt die Axpo Terminkontrakte von 50 Millionen und damit zwölfmal so viele wie im Vorjahr. Und dass die Axpo immer grösser wurde, darauf haben wir in diesem Parlament auch schon aufmerksam gemacht. Zwischen 2015 und 2021 verdoppelte sich der Personalbestand. Als ich das gelesen habe – es war mir vorher auch nicht bewusst –, fühlte ich mich ein bisschen an die Finanzkrise 2008 erinnert, als man in «Inside Paradeplatz» (*Online-Medium*), um hier gleich auch die Quelle anzugeben, gelesen hat, dass hier ja üppige Boni gezahlt werden, in 15 Fällen über 1 Million Franken Boni. Und da fragt man sich natürlich schon: Kann denn das gut gehen? Kann eine Axpo Trading Solutions, kann dieses Geschäft, das mit solch hohen Boni operiert, auf Dauer gut gehen?

Nun ja, für uns ist hier einfach ein systemisches Problem vorhanden beziehungsweise das System ist das Problem. Die Teilliberalisierung ist das Problem. Die Axpo ist hier mitten drin, segelt hart am Wind, und hier muss für uns auch angesetzt werden. Wenn wir gerade beim Segeln sind: Ja, der Regierungsrat gehört hier an Bord, ans Steuer. Wir fragen uns: War er zu weit weg? Ist ihm bewusst gewesen, was hier genau abläuft, dass die Axpo jetzt so tief drinsteckt, dass hier offenbar wirklich die Bilanzen explodieren? Oder kam das, so wie es uns allen scheint, ziemlich überraschend? Uns würde es nicht wundern. Der Regierungsrat selbst ist ja allein schon vielbeschäftigt. Und dass er nicht mal im Verwaltungsrat drin hockt, nun ja, dass das dann ziemlich schnell gehen kann, das ist uns allen bewusst. Übrigens ist es für uns, um das auch gleich noch zu erwähnen, dann eher Nebensache oder Nebengeplänkel, wer denn nun die Staatsgarantie geleistet hat, ob der Bund oder die Kantone. Das ist schlussendlich kein Problem der Eigentümer, sondern es ist ein Problem des Systems. Denn schlussendlich haben wir hier einen freien Markt, der eben nicht frei ist, sondern systemrelevant. Die Grundversorgung muss gewährleistet werden und wir müssen jetzt quasi jene retten, die auf dem freien Markt agieren, die

sind jetzt hier in den grössten Schwierigkeiten. Daher ist auch klar, wohin der Weg jetzt gehen muss, zusammen natürlich mit der Axpo. Es braucht mehr Kontrolle. Man muss jetzt auch der Axpo mehr auf die Finger schauen und es braucht wieder mehr Kontrolle und mehr Steuerung in der heutigen Zeit für die Energiewende und so weiter. So können wir nicht weiter verfahren und da wiederhole ich jetzt nochmals unsere Grundforderungen: Ja, beim System, hier muss dringend genauer hingeschaut werden. Der Regierungsrat muss auch wieder näher dran sein, er gehört in den Verwaltungsrat. Wir schauen, wie es weitergeht. Danke.

Hans-Peter Amrein (parteilos, Küssnacht): Die durch die Interpellanten gestellte Frage lautet: «Rettungsschirm Axpo: Ist der Kanton Zürich ein verantwortungsvoller Eigentümer?» Nein, geschätzte Damen und Herren und hoch verehrte Interpellanten, der Kanton Zürich und der Regierungsrat, wie auch die grosse Mehrheit von Ihnen, vertreten durch fachlich hochqualifizierte Mitglieder in der AWU, der Aufsichtskommission über die wirtschaftlichen Unternehmen, waren, was die Axpo betrifft, keine verantwortungsvollen Eigentümer. Sie haben zugeschaut – oder waren Sie blind? –, solange es gut lief. Und jetzt, wo es scheinbar nicht mehr so gut läuft, reichen Sie die vorliegende dringliche Interpellation ein. Ich zitiere aus der regierungsrätlichen Antwort auf meine Anfrage Nummer 160/2015 unter dem Titel «Die Axpo und ihre Handelsaktivitäten via die Axpo Trading»: «Der Energiehandel dient der Absicherung von offenen Positionen, zum Beispiel frühzeitiger Verkauf des erzeugten Stroms am Terminmarkt, und der kurzfristigen Bewirtschaftung des Portfolios am Spotmarkt. Zusätzlich wird das beim Axpo-Konzern vorhandene tiefgreifende Marktverständnis für den Eigenhandel und den Bereich Origination, massgeschneiderte Dienstleistungen im Handelsbereich für Kundinnen und Kunden, genützt. Eigenhandel und Origination tragen einen wesentlichen Beitrag an den Unternehmenserfolg bei.»

In der Antwort auf die Interpellation 212/2015 Amrein/Liebi (*Altkantonsrat Roger Liebi*) unter dem Titel «Neuausrichtung der Geschäftstätigkeit der Axpo und entsprechender Risikotreiber» und im Besonderen die Handelsaktivitäten der Axpo Trading AG und anderer Töchter in Strom, Heizöl, Erdgas, Erdöl, Frachtraten, Biomasse, Emissions-, Grünen- und Energie-Effizienz-Emissionszertifikaten sticht folgende Antwort der Regierung ins Auge, ich zitiere wieder: «Die Axpo Holding ist eine privatrechtliche AG. Die Haftung des Kantons als Aktionär der

Axpo Holding beschränkt sich nach heutiger Rechtslage auf seinen Anteil am Aktienkapital.» Und weiter: «Der Kanton kann nicht zu einer zusätzlichen Kapitaleinlage verpflichtet werden. Es besteht keine Staatsgarantie für die Axpo Holding, entsprechend stellt die Beteiligung in der Axpo Holding kein Klumpenrisiko für den Kanton dar. Für die Strategie der Axpo Holding ist in erster Linie der Verwaltungsrat verantwortlich.» Und weiter: «Der Axpo-Konzern verfügt über einen ausgezeichneten Leistungsausweis in den Sparten Energiehandel und Origination sowie gesamtheitliches Risikomanagement» et cetera, et cetera. Auf die Anfrage 247/2017 Amrein/Daniel Frei (*Altkantonsrat*) erklärt die Regierung, ich zitiere wieder: «Die Axpo verfügt über einen gut entwickelten Risikoprozess, der stetig weiterentwickelt wird. Mit Dr. rer. pol. Peter Kreuzberg haben der Kanton und die EKZ einen ausgewiesenen Experten in Sachen Handel und Risikomanagement im Energiebereich als Verwaltungsrat der Axpo Holding mandatiert.» Dazu eine Anmerkung: Herr Kreuzberg hat seine Kenntnisse unter anderem bei Enron Europa (*internationaler Energiekonzern*) als Direktor Handel strukturierte Produkte erworben. Und auf die Anfrage Amrein/Ruedi Lais (*Altkantonsrat*) Kantonsratsnummer 252/2017, Risiken einer Wachstumsstrategie auf die geplante neue Risikogruppenstruktur der Axpo Holding» antwortete der Regierungsrat mit Verweis auf das OR (*Obligationenrecht*): «Die Oberleitung der Axpo Holding und damit die Verantwortung für die Strategie sowie die Risikobeurteilung sind eine unübertragbare Aufgabe des Verwaltungsrates. Der Regierungsrat erwartet, dass der neue Verwaltungsrat der Axpo Holding seinen Pflichten nachkommt und die Aktionäre umfassend und zeitnah über wesentliche Geschäfte und Vorfälle informiert.» Und weiter mit Dr. Peter Kreuzberg befindet sich darunter ein ausgewiesener Experte in Sachen Handel und Risikomanagement im Energiebereich.» So viel zu meinem bisherigen Vorstössen in dieser Sache, und nach den nächsten Rednern werde ich mich noch auf die verschiedenen Voten, unter anderem auch die der Fraktionschefin der Mitte und des Regierungsrates, konzentrieren.

Valentin Landmann (SVP, Zürich): Als ich realisierte, was bei der Axpo abläuft, was an frühkapitalistischem Irrsinn bei der Axpo abläuft, habe ich mir überlegt, Sozialist zu werden. Danach ist mir aber klar geworden, dass es sich ja um einen Betrieb im Staatseigentum handelt. Also habe ich das Projekt «Sozialismus» wieder an den Nagel gehängt. Was bei der Axpo abläuft, ist für die Einwohner der Schweiz meines Erachtens ein absoluter Horror. Es kann nicht sein, was hier passiert: Die

Axpo hat ihr Schwergewicht völlig von der Stromproduktion weg verlagert. Die Versorgungssicherheit der Bevölkerung geht der Axpo, wie Sie sinngemäss ausgedrückt hat, am Arsch vorbei. Es geht nur noch darum, eine riesige, grössenwahnsinnige Handelsplattform zu betreiben. Die Termingeschäfte der Handelsplattform der Axpo umfassen Termingeschäfte mit einem Volumen von circa 60 Milliarden, das ist fast so viel wie der gesamt Bundeshaushalt der Schweiz. Das kann es nicht sein.

Wesentlich wäre, dass man wieder die eigene Stromproduktion stärkt und fördert. Wesentlich für den Einwohner der Schweiz ist auch, dass ein Konzern, der Handel im Strombereich treibt, einkauft, was nötig ist, um zusätzlich zur Eigenproduktion die Stromversorgung zu sichern. Das sind nur etwa 10 Prozent, die da wahrscheinlich fehlen, natürlich mit Schwankungen Sommer und Winter, und den Rest sollte man aus den eigenen Produktionen beziehen. Von der eigenen Produktion bekommen wir praktisch gar nichts mehr, weil die Axpo unsere eigene Stromproduktion bereits auf Jahre hinaus verzockt, verspielt, verkauft hat. Das ist ein Horror und das führt zu den enormen Strompreisen. Es sind nicht unsere Stromproduzenten, die plötzlich zehnmal teurer produzieren, sondern es ist die Handelsplattform der Axpo, die uns diese Wahnsinnsstrompreise einbrockt. Sie hat den Schweizer Strom auf Jahre hinaus verkauft und muss jetzt zu teuersten Preisen einkaufen, damit wir einigermaßen über die Runden kommen.

So geht es nicht, und der Kanton Zürich hat hier eine Verantwortung als wesentlicher Aktionär, er sollte eingreifen. Und es sollte hier ein sachkundiger, aktiver Verwaltungsrat geschaffen werden, der wirklich eingreifen kann und einzugreifen bereit ist. Von mir aus kann Herr Neukom in den Verwaltungsrat gehen oder noch lieber Herr Stocker (*Regierungspräsident Ernst Stocker*), der Finanzspezialist. Auf jeden Fall geht es so nicht weiter.

Ideal wäre, man würde die Stromproduktion und die Handelsplattform wieder in zwei Firmen aufspalten und die Axpo in der jetzigen Wahnsinnsform zerschlagen, damit wieder eine Absicherung der Stromversorgung der Schweiz erfolgen kann. So kann es nicht weitergehen. Ich hoffe, dass der Regierungsrat bereit ist, an einer Generalversammlung der Axpo – der Kanton Zürich hat auch mehr als 10 Prozent und somit die Möglichkeit, eine Generalversammlung zu verlangen – eingreift und entsprechende Massnahmen in die Wege leitet. Sonst ist das Ganze mit Millionengehältern an Tradern mit völligem Wahnsinn beim grössenwahnsinnigen Handel völlig verzockt. Das kann nicht das Ziel eines Staatskonzerns sein. Ich danke euch für die Aufmerksamkeit.

Alex Gantner (FDP, Maur): Wir sind tatsächlich in einer sehr anspruchsvollen Situation. Es gibt verschiedenste Baustellen. Diese wurden auch von verschiedenen Vorrednerinnen und Vorredner entsprechend erwähnt, da möchte ich nicht mehr im Detail darauf eingehen. Es ist sicher gut, dass nun zeitnah eine externe Prüfung aufgelegt worden ist. Das ist von Baudirektor Martin Neukom entsprechend skizziert worden, ergänzt worden auch mit zusätzlichen Fragen, angedeutet von Kollegin Barmettler. Es gäbe sicher noch eine ganze Palette von weiteren Fragen, und eben auch die Selbstkritik gehört sicher dazu.

Meine Einschätzung ist die – und ich komme jetzt wirklich auch wieder auf das Thema des verantwortungsvollen Aktionärs zu sprechen, denn das ist eigentlich der Fokus dieser dringlichen Interpellation und das ist es jetzt alles etwas verwässert worden –, dass der Verwaltungsrat und eben auch die Aktionäre der Axpo – das ist eine privatrechtliche AG, einfach zur Erinnerung – in einem wirklich ganz entscheidenden Punkt die Hausaufgaben überhaupt nicht gemacht haben, und das ist die Gewährleistung der Finanzierung des Unternehmens zu jedem Zeitpunkt. Das Unternehmen kann man mit Fremdkapital finanzieren, das ist natürlich auch entsprechend getriggert worden. Aber dann war irgendwann einmal Ende der Fahnenstange, wie wir auch aus der Presse entnommen haben. Und wenn man Fremdkapital von Banken oder anderen Drittparteien nicht mehr auftreiben kann, dann geht es um die Bereitstellung von Eigenkapital. Und hier ist man an die Grenzen gestossen. Da gab es vor einigen Jahren auch eine Anfrage von mir (*KR-Nr. 312/2015*) betreffend das ganze Prozedere der Kapitalisierung der Axpo beziehungsweise auch der EKZ, das ist ein ganz langer Prozess. Aber das ist etwas, das ich Martin Neukom und dem Regierungsrat wirklich als Auftrag erteilen oder mit auf den Weg geben möchte: Die Kapitalisierung der Axpo und der EKZ muss vorbereitet werden, muss bereitstehen. Da braucht es vielleicht einen vorbehaltlichen Kreditbeschluss des Kantonsrates, der sogar einem Referendum untersteht, damit man wirklich innert diesen 48 Stunden, aus welchen Gründen auch immer – aus Liquiditätsgründen wie im jetzigen Fall, aber es könnten auch mal Profitabilitätsgründe sein, dass man auf einmal einen Riesenverlust erzielen muss in einem Handelsgeschäft oder sonst in einer unternehmerischen Aktivität – das Geld bereitstellen kann. Und dann wird eben allen klar, dem Kanton Zürich und den EKZ, wo wir alle ja beteiligt sind als Kantonsräte mit dem Kantonsrat beziehungsweise dann auch als Bevölkerung, in welchem Risiko wir eigentlich ständig stehen, wenn wir Eigentümer dieser Unternehmung sind, der Axpo und dann

indirekt auch noch bei den EKZ, und dass wir diese Diskussion führen müssen, dass wir eigentlich hier als Aktionär im Risiko stehen, tagtäglich. Und es kann nicht sein, dass in einer Schönwetterperiode, wenn es gut läuft, Dividenden eingestrichen werden können, und wenn es dann schlecht läuft, irgendwie der Bund entsprechend zahlt. Da sind wir in der abschliessenden Verantwortung und müssen auch das Geld bereitstellen. Besten Dank.

Urs Hans (parteilos, Turbenthal): Alle Energien hängen zusammen, und was wir hier jetzt erleben, entspringt keinem Zufall, das ist eigentlich alles so organisiert. Weshalb hat der Regierungsrat nicht in corpore und energisch gegen die Sprengung von Nordstream 1 und 2 durch die USA protestiert? (*Gemeint sind die durch Explosionen entstandenen Lecks in zwei Gaspipelines in der Ostsee. Die Urheberchaft ist nicht geklärt.*) Fehlt ihm schlicht der Mut, für die Interessen der Bevölkerung hinzustehen? Weshalb schweigen dazu die Massenmedien? Diese terroristische Attacke auf die Energieversorgung Deutschlands, Europas und somit auch der Schweiz verschärft die Energieknappheit definitiv und für längere Zeit. Damit werden die Energiepreise ins Unermessliche steigen. Und die Einzigen, die davon wirtschaftlich profitieren, sind die USA. Weshalb schweigt dazu unsere Regierung? Weshalb verlangt die Regierung nicht Schadenersatz durch die USA? Danke.

Beat Habegger (FDP, Zürich): Ich möchte nur eine kleine Anmerkung machen, nämlich zu dieser Forderung, die jetzt mehrmals vorgetragen wurden, dass die Produktion und das Netz oder der Verkauf von Strom wieder unter ein Dach müssen. Ich muss Ihnen sagen, ich hielte dies für einen grossen Fehler, denn letztlich ging es bei dieser Forderung um die Schaffung von regionalen Monopolen. Und solche Monopole helfen nicht gegen die Versorgungskrisen, wie wir sie jetzt beispielsweise erleben. Denn selbst wenn dem Kanton Zürich ja sämtlicher Axpo-Strom zur Verfügung stehen würde beziehungsweise unserem eigenen Kanton der ganze Strom zur Verfügung stehen würde, würde dies nicht unsere Versorgung im Kanton – vor allem nicht über das ganze Jahr hinweg – sichern. Der Kanton Zürich ist immer auch darauf angewiesen, dass wir Strom an Märkten beschaffen können, denn es gibt auch in der Energieversorgung keine Autarkie. Es gibt keine Autarkie in einer Wirtschaft und einer Gesellschaft, die wettbewerbsfähig bleiben und Wohlfahrt schaffen will. Zürich ist keine Insel. Und gerade diejenigen Parteien hier, die sich ja auch dafür rühmen, dass sie weltoffen sind, und die auch die europäische Integration befördern wollen, sollten sich

überlegen, ob sie sich damit nicht etwas ins Bein schiessen, wenn sie solche Forderungen aufstellen. Es ist klar, der Markt wird immer wichtig bleiben. Wir können nicht alles selber tun und wir werden – ich persönlich zumindest werde – solchen Forderungen sicher nicht Unterstützung bieten. Vielen Dank.

Hans-Peter Amrein (parteilos, Küsnacht) spricht zum zweiten Mal: Was nun? Im Tages-Anzeiger vom 17. Oktober 2022 hat Herr Peter Siegenthaler, der frühere Chef der eidgenössischen Finanzverwaltung, sich zu Wort gemeldet und, denke ich, den Nagel auf den Kopf getroffen. Er stellt unter anderem Folgendes fest: «Die heutigen Eigentümer» – und das sind weitgehend die Kantone beziehungsweise ihre Politiker, also Sie – «sind ihrer Aufgabe als Eigentümer nicht voll gerecht geworden. Ihre Aufgabe müsste auch sein, einen steuernden Einfluss auf das Unternehmen zu nehmen. Offensichtlich wurde zu wenig Klarheit geschaffen, was eigentlich der Auftrag des Unternehmens ist. Wenn es nur um eine Gewinnmaximierung geht, also darum, den Eigentümern regelmässig möglichst hohe Dividenden zukommen zu lassen, bräuchte es den Staat nicht. Wenn es aber um die Versorgungssicherheit geht, hätte man genauer hinschauen müssen.» Und in die Zukunft gerichtet, stellt Siegenthaler fest: «Die wichtigste Aufgabe, die bevorsteht, ist eine Klärung der Energiestrategie für die grossen Stromfirmen in der Schweiz: Wie lautet ihr Auftrag?» Er, Siegenthaler, habe in der Zeitung mit Erstaunen gelesen, dass der CEO der Axpo erklärte, Versorgungssicherheit sei nicht die Aufgabe seiner Firma. «Warum gehört dann die Firma der öffentlichen Hand? Warum ist sie dann der grösste Energieerzeuger der Schweiz? Die beteiligten Kantone als Aktionäre müssen sich zusammensetzen und klären, was sie von ihrer Unternehmung wollen», Ende Zitat.

Also: An die Arbeit, Herr Energiedirektor Neukom, und endlich an die Arbeit, geschätzte Kolleginnen und Kollegen der AWU! Kommen Sie endlich Ihren Aufgaben nach! Folgende drei Punkte erscheinen mir prioritär:

Erstens: eine externe Sonderprüfung der Handelsaktivitäten und der weiteren Buchrisiken der Axpo-Gruppe durch internationale Experten, und nicht schweizerische Nichtexperten, die man dann wieder irgendwo findet und von denen es dann vielleicht noch ein Gefälligkeitsgutachten gibt.

Zweitens: eine personelle Erneuerung von Verwaltungsrat und Geschäftsleitung der Axpo.

Und drittens: Die Verantwortung seitens des Kantons und seine Interessen in dieser leidigen Sache müssen geklärt und eventuelle Konsequenzen endlich gezogen werden. Dazu gehört auch das Hinterfragen der Tätigkeiten unserer Aufsichtskommission über die wirtschaftlichen Unternehmen, AWU, und ihrer zukünftigen Besetzung, Frau Präsidentin. Ich denke, hier könnte die Geschäftsleitung mal aktivistisch tätig werden. Meine lieber sozialdemokratischer Freund (*gemeint ist Hanspeter Göldi*) schüttelt den Kopf. Ich weiss, da müsste man ja Verantwortung wahrnehmen. Er kommt jetzt gerade und will noch reden. Es kommt dann gut, wenn auch die Köche sich um die Axpo kümmern (*Anspielung auf den ursprünglichen Beruf des Angesprochenen*). Und zu guter Letzt müssen die politischen Organe in Bern die Frage stellen und abklären, ob die Eidgenössische Elektrizitätskommission, ElCom, ihrer Aufgabe nachgekommen ist und ob die verantwortlichen Damen und Herren bei dieser Behörde nicht zur Verantwortung gezogen respektive ausgewechselt werden müssten. Ja, um das geht es. Und ich denke, vor dem Hintergrund eines 4-Milliarden-Schutzschirms ist das nicht zu viel verlangt. Wir müssen endlich Verantwortung übernehmen und hinschauen und nicht nur parlieren und immer wieder Ausreden finden. Danke für die Kenntnisnahme.

Valentin Landmann (SVP, Zürich) spricht zum zweiten Mal: Es kann nicht sein, das millionenschwere, grössenwahnsinnige Manager und Trader immer wieder mit Riesenpannen, mit Riesenverlusten die Schweiz und die Kantone dazu zwingen einzuspringen, mit der Begründung «unsere Firma ist ja systemrelevant». Es ist ein ganz wesentlicher Grund, dass endlich die Handelsaktivitäten von der Stromproduktion getrennt werden, damit eine Handelsplattform auch mal schlimmstenfalls in Konkurs gehen kann. Aber sogar wenn die Stromproduktion dabei wäre, könnten die Kantone die Stromproduktion ohne Weiteres aus einer Konkursmasse wieder herauskaufen. Und das Problem ist auch: Ich meine, wieso behauptet man in der Presse und überall, wenn die Axpo zahlungsunfähig werde, dann sei es ein Riesenimageschaden, wenn die Schweiz nicht liefern könne, wenn sie Strom versprochen habe? Ja super, und wer sagt denn, dass die Axpo die Schweiz verpflichten kann? Meines Wissens haben die Axpo-Verwaltungsräte und die Geschäftsleitung nur Vollmachten für die Axpo, aber nicht dafür, den Bund für 60-Milliarden-Termingeschäfte zu verpflichten. Ich danke euch für die Aufmerksamkeit.

Daniel Heierli (Grüne, Zürich): Ich möchte eine kurze Bemerkung machen zum Votum von Yvonne Bürgin zu 2015, da war die Axpo schon einmal in Schwierigkeiten: Ein wichtiger Hintergrund ist, dass damals das Speicherwerk Linth-Limmern erweitert wurde. Die Axpo wurde damals mit Spott und Häme übergossen, denn bereits vor vollständiger Inbetriebnahme des Werks musste die Axpo Abschreibungen vornehmen wegen der damaligen niedrigen Stromgrosshandelspreise. Wenn die Axpo damals ein perfekter Marktteilnehmer im liberalisierten Strommarkt gewesen wäre, hätte sie dieses Speicherwerk gar nicht gebaut. Damals wäre sie dann gelobt worden dafür, mindestens von der bürgerlichen Ratsseite, aber heute, glaube ich, sind wir alle froh, dass dieser Speichersee existiert, dass er vergrössert wurde und die Pumpspeicher erweitert wurden. Und ähnlich wurden viele Projekte, um Anlagen zu bauen, durch die sehr tiefen Strompreise, die damals während Jahren geherrscht haben, im Keim erstickt. Ich denke, das ist eigentlich das grösste Marktversagen, das wir erlebt haben.

Ja, Kollege Habicher hat gesagt, er fände es wichtig, dass die Märkte spielen. Ja, sie spielen ja, sie spielen nur etwas verrückt. Ich denke, ich wäre froh, sie würden etwas weniger spielen.

Kollegin Frey-Eigenmann befürchtet, dass der Bund den Rettungsschirm zum Anlass nehmen könnte, den Strommarkt etwas stärker zu regulieren. Ich hoffe es, dass der Bund das zum Anlass nimmt, den Strommarkt etwas stärker zu regulieren. Denn denken wir daran: Auch in einem liberalisierten Strommarkt kommt der Strom nicht aus der Börse in Leipzig. Er muss immer noch produziert werden in realen Werken.

Hanspeter Göldi (SP, Meilen): Wir wurden persönlich angesprochen und ich möchte hier als Vizepräsident der AWU und Mitglied der Subkommission EKZ ein paar Worte sagen. Es ist nicht so, dass die AWU nichts macht und die Problematik nicht gesehen hat. Es ist sicher so, dass wir gestärkt werden können, dass wir lernen werden, dass wir bereits am Lernen sind. Es ist aber auch klar, dass nicht von der linken Seite, sondern von der bürgerlichen Seite gerade im Jahr 2015 eine Diversifizierung der Axpo gefordert wurde. Das heisst, man hat damals gesagt, man will auch auf den Handel setzen und nicht nur auf die Stromproduktion im Inland. Wir wollten hingegen schon lange, dass mehr in die Inlandproduktion, das heisst in die Versorgungssicherheit, investiert wird. Leider wurde immer mit dem freien Markt, mit dem klaren wirtschaftlichen Eigentümervertrag argumentiert: Sie müsse wirtschaftlich sein, die Beschaffung, und mir wurde mehrmals gesagt:

Wenn halt im Ausland viel günstiger nachhaltiger Strom produziert werden kann, dann können, ja dürfen wir nicht mal in der Schweiz produzieren. Da müsst ihr, als Politiker, uns die Werkzeuge zur Verfügung stellen. Ich hoffe, wir lernen alle daraus. Ich hoffe, dass wir schneller handeln können. Und ich kann euch versichern, dass die AWU ihre Aufgaben wahrnehmen wird. Details kann ich noch keine nennen, sonst wäre das Amtsgeheimnis verletzt. Ich danke euch für die Unterstützung.

Lorenz Habicher (SVP, Zürich) spricht zum zweiten Mal: Jetzt haben wir ein Statement von einem AWU-Mitglied gehört, das gesagt hat, wir könnten etwas dazulernen. Und wir hoffen, dass die AWU-Mitglieder das auch machen, denn es ist dringend an der Zeit. Schauen wir doch die Betrachtung von Hanspeter Göldi ein bisschen genauer, im Detail an: Wenn man die Jahresbetrachtung macht, beträgt der Verbrauch in der Schweiz durchschnittlich über die Jahre 2010 bis 2019 62,8 Terawattstunden. Die Produktion der Schweiz beträgt durchschnittlich in den Jahren 2010 bis 2019 63,4 Terawattstunden. Das heisst, die Jahresbetrachtung heute ist ausgeglichen, die Schweiz kann ihren Verbrauch decken. Jetzt gehen wir in Richtung Energiestrategie, die Hanspeter Göldi ja so toll findet, und die Abschaltung der Kernkraftwerke, die Thomas Forrer unbedingt fordert. Und dann machen wir eine Jahresbetrachtung im Jahre 2050. Der Verbrauch wird dort Ansteigen auf 86,3 Terawattstunden, vor allem generiert durch Elektromobilität, die Wärmepumpen und die Wasserstoffelektrolyse. Die Produktion wird aber sinken. Wir rechnen jetzt die Kernkraftwerke aus der Produktion heraus. Wir haben kaum Investitionen in die Wasserkraft. Wir haben die Verluste durch die Restwassermengen, die garantiert werden müssen. Wir haben auch kaum Investitionen in erneuerbare Energien. Dort sind es vor allem die Bewilligungsverfahren, die Einsprachen von Links und Grün – Naturschutz, Vogelschutz, was auch immer für ein Schutz –, die diesen Investitionen zurzeit sehr hinderlich sind. Das sieht man bei den Leitungen im Wallis, die ins Mittelland geführt werden sollten, und so weiter. Wenn man also dann die Produktion anschaut, wie sie 2050 nach Ihrer Energiestrategie dastehen würde, dann sind wir bei 35,7 Terawattstunden. Das heisst, wir haben eine Lücke von 50 Terawattstunden. Und das ist Ihre Energiestrategie, Hanspeter Göldi, Thomas Forrer, und diese Energiestrategie unterstützen wir nicht.

Wir sind hier klar der Meinung: Es braucht die Kernkraft, die weiterläuft. Solange diese Werke sicher betrieben werden können, müssen wir sie am Leben erhalten und die entsprechende Stromproduktion auch

wertschätzen. Zudem braucht es Investitionen in neue Kernkraftanlagen. Und wenn wir denken, wie lange es braucht von der Entwicklung bis der Planung, bis zum Bau, dann sind wir jetzt eigentlich schon viel zu spät.

Kommen wir zur aktuellen Situation: Was macht der Bundesrat zurzeit? Er hat eine Vernehmlassung gestartet für die Winter-Reserve-Verordnung, und ich möchte den Herrn Baudirektor fragen, ob er noch ein paar Worte dazu verlieren kann. Die Winter-Reserve-Verordnung will nämlich ein paar Sachen regeln und vor allem wird der Strom für die Stromverbraucher, für alle durchschnittlich um 1,4 Rappen pro Kilowattstunde steigen. Das ist schon klar. Das ist bedingt durch die Investitionen, die anfallen: Mittelfristige Investitionen in die Reserve-Gaskraftwerke 700 bis 900 Millionen Franken, mittelfristige Investitionen in die Notstromgruppen, die bereitgestellt werden sollten, eingerechnet sind 580 Millionen Franken für Reserve-Wasserkraftwerke, die aufgestockt werden sollten, für die Wasserkraft, also für den Ausbau, sind 2,2 Milliarden Franken vorgesehen. Sie sehen hier, es sind enorme Investitionskosten, die anfallen, und irgendjemand muss es bezahlen, im Moment heisst es «die Stromverbraucher, die Stromverbraucherinnen». Und hier gilt es Gegensteuer zu geben, es gilt die richtigen Investitionen zu machen, und ich frage den Baudirektor: Wo steht der Kanton Zürich mit den EKZ und der Axpo in der Frage der Winterreserven und der anfallenden neuen Kosten?

Thomas Forrer (Grüne, Erlenbach) spricht zum zweiten Mal: Das sind jetzt eben genau die Scheindebatten, von denen ich anfangs gesprochen habe. Wir reden hier wieder über die Energiestrategie 2050, obwohl wir 2017 darüber abgestimmt haben und das Volk, das Stimmvolk, die schweizerischen Stimmbevölkerung das mit guter Mehrheit angenommen hat. Herr Habicher, dasselbe ist auch mit den Atomkraftwerken. Wir reden immer wieder über den Ausbau der Atomenergie. Damit werden wir bestimmt nicht unsere Energieprobleme lösen. Denn diese Energieprobleme sind gegenwärtig und Sie wissen alle, ein Atomkraftwerk braucht ungefähr 30 Jahre, bis es dann endlich läuft. Das sind ungefähr die Erfahrungswerte, die wir aus dem Ausland kennen. Also binden Sie uns doch keinen Bären auf und sagen Sie jetzt nicht in dieser Energiekrise, die noch nicht da ist, die aber unter Umständen auf uns zukommen könnte, wir hätten mit den Atomkraftwerken eine Lösung. Das sind Scheindebatten und ich bitte Sie doch wirklich: Schauen Sie in den Kern des Problems. Eines der Kernprobleme sind eben genau diese Strommarktliberalisierung und die volatilen Energiepreise, die in

den letzten Jahren dazu geführt haben, dass wenig Investitionen in die inländischen, notabene erneuerbaren Energien getätigt worden sind. Und auch die Heimfallregelung ist eines der wesentlichen Probleme, die auch für die Axpo ein Problem darstellt. Sie besitzt nämlich sehr viele Wasserkraftwerke und es besteht die Möglichkeit, dass diese Kraftwerke bei Ablauf der Konzessionen wieder an die Eignerkantone gehen. Auch das ist eine sehr schwierige Situation für die Axpo. Es verhindert nötige Investitionen in den Ausbau der Wasserkraftwerke. Es verhindert nötige Investitionen in die Sanierung gewisser Wasserkraftwerke, die nötig wären, auch da ist das Risiko zu gross. Und schliesslich als letztes Risiko sind da selbstverständlich noch die Atomkraftwerke, an denen die Axpo beteiligt ist. Auch dort ist nie ganz klar, wann sie wieder in Revision gehen müssen, wann wieder Risse entstehen, wann wieder Betriebsprobleme entstehen und genau dann die Produktion ausfällt. Sagen Sie uns bitte nicht, mit den Atomkraftwerken wäre die Versorgungssicherheit gegeben. Und sagen Sie uns bitte auch nicht, mit den Atomkraftwerken hätte die Axpo ein solides Standbein. Das ist alles andere als so.

Stefanie Huber (GLP, Dübendorf): Wir hatten heute wie der Lektionen zum Thema «Strommarkt in Europa», zum Thema «Versorgungssicherheit, Energiestrategie, Bau neuer Kraftwerke». Herr Neukom hat uns eine eher technische Antwort auf die Interpellation gegeben, die vielleicht politische Aspekte wenig gewichtet hat, in den Voten wurde es wieder sehr grundlegend. Wenn die einen davon sprechen, die Märkte unter Kontrolle zu bringen, den Strommarkt neu aufzustellen, müssen wir uns fragen, ob wir hier heute da richtig sind, oder wenn auf der anderen Seite die Lösung aller Axpo-Probleme zusammen mit neuen Kraftwerken präsentiert wird, als wäre es die einzige Wahrheit. Richtig ist: Der Kanton Zürich hat in Bezug auf die Axpo eine Leader-Rolle zu übernehmen. Für uns geht es jetzt darum, parallel zur aktuellen Krise die Lehren zu ziehen und konsequent umzusetzen. Es gibt Fragen, die beantwortet werden müssen. Die Untersuchungen, die jetzt angestossen werden, sind wichtig. Ein Zurück zum Courant normal darf es nicht geben.

Ob die Risiken der Axpo richtig eingeschätzt wurden, das kann man sich tatsächlich fragen. Als Aufsicht, ich bin Mitglied der AWU, haben wir tatsächlich vielleicht wenig gebohrt, zu wenig. Wir haben es versucht – vielleicht nicht konsequent genug. Ob es an unseren Kompetenzen liegt, das ist die andere Frage. Das Konstrukt ist so komplex, dass wir uns als Kantonsrat und Kommission überhaupt erst herantasten

müssen, wie wir die noch recht neuen Aufsichtsvehikel im Fall der Axpo überhaupt nutzen können. Die Anpassungen des Gründervertrags der NOK spielen eine wichtige Rolle. Liebe Axpo-Allianz, wir brauchen hier konstruktive, umsetzbare Vorschläge. Wir als Grünliberale arbeiten konstruktiv mit.

Hans Egli (EDU, Steinmaur): Thomas Forrer hat seine Reden vor allem dazu benutzt, um seine grüne Klimastrategie, Energiestrategie erneut zum Besten zu geben. Und vor allem hat er auch gesagt, der AKW-Strom, die Kernenergie eigne sich nicht zur Sicherstellung der Grundversorgung. Und vor allem diese Aussage hat mich dazu bewogen, hier ein kurzes Votum zu halten. Denn die Kernenergie ist – und das ist leider Tatsache und muss man einfach anerkennen – für die Grundversorgung, für die Versorgungssicherheit, zur Verhinderung der Strommangelgefahr das A und O. Wir werden diesen Winter nur über die Runden kommen, wenn die AKW in Frankreich sicher betrieben werden können. Global gesehen sind noch nie so viele AKW gebaut worden wie heute. Das sind Fakten. Und ich möchte auch daran erinnern, wenn Thomas Forrer uns hier zum Besten gibt, dass zu wenig erneuerbarer Strom in der Schweiz produziert wird: Wer diesen Strom, diese erneuerbare Energie, wer das vor allem torpediert, das sind die Wähler der Grünen Partei. Bei jeder Staumauererhöhung, bei jedem neuen Stauseeprojekt sind es seine Wähler, die diese Projekte verhindern. Und dann einfach zum Aufzeigen, wie der Musterknabe Deutschland hier seine Stromproduktion gegliedert hat, möchte ich hier schon noch betonen: Auch Deutschland kommt nicht ohne Kernenergie über die Runden. Deutschland hat 25 Prozent Windenergie, 8 Prozent Biomasse, 9 Prozent Fotovoltaik. Das Vorzeigeland Deutschland in Sachen Fotovoltaik bringt 9 Prozent seiner Energieversorgung mit Fotovoltaik hin. Wasserkraft hat es 3,8 Prozent, Steinkohle 9,5 Prozent, Braunkohle 20 Prozent, Kernenergie 14 Prozent und Erdgas 10 Prozent. Also wir sehen einfach am Beispiel Deutschland, dass wir mit erneuerbaren Energien unsere Versorgungssicherheit nicht gewährleisten können. Wir brauchen einen Mix von vielen Energieträgern und vor allem brauchen wir natürlich auch die Energieproduktion, die Stromproduktion in unserem Land, um die Versorgungssicherheit in Krisen zu gewährleisten. Darum müssen wir auf alle Energieträger setzen, ob wir wollen oder nicht. Es führt daran kein Weg vorbei. Danke vielmals.

Rosmarie Joss (SP, Dietikon): Die Axpo-Allianz wurde ja mehrfach angesprochen und ich möchte sagen: Ich glaube, wir arbeiten sehr konstruktiv am Thema Axpo. Es geht uns nämlich genau darum, eine sichere langfristige Ausrichtung dieses Konzerns zu erreichen. Und es ist eben auch wichtig, dass die Axpo wieder vermehrt im Fokus der Politik steht. Die Entpolitisierung hat diesem Unternehmen nicht gutgetan. Sie hat dazu geführt, dass sie heute in der Hand branchenfremder Manager ist, die eben nicht in erster Linie die Stromversorgung im Herzen haben, sondern wohl mehr Trader sind. Und es geht genau darum, dass die Politik eben einfordern muss, wofür wir die Axpo haben. Der Kanton Zürich hat die Axpo als strategische Beteiligung für die Stromversorgung dieses Landes. Deshalb ist es ja auch wichtig, dass der Kanton Zürich die Axpo hat, und deshalb ist auch wohl begründet, dass die Beteiligung im Verwaltungsvermögen ist. Nur müssen wir sicherstellen, dass die Axpo das auch weiss und entsprechend handelt. Ob dem heute wirklich so ist, ist fraglich.

Ich denke, wir sollten die jetzige Krise wirklich als Chance nutzen. Denn wir können gewisse Grundlagen, auf denen die Axpo gebaut ist, nochmals überdenken, modifizieren und die Axpo auf das richtige Gleis stellen – zusammen. Hier geht es eben genau um die Frage, welchen Handel es braucht. Es braucht Handel für einen Stromversorger, denn sonst kann man kein Kraftwerk betreiben. Aber welchen weiteren Handel sollte es geben und in welchem Ausmass? Wie muss er beschränkt werden? Was macht man mit wirklich nur wesensfremden, spekulativen Investitionen in Übersee? Und so weiter und so fort. Wir hatten im Rahmen unserer KEVU-Legislaturreise (*Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt*) einen Austausch mit unserer Schwesterkommission im Kanton Aargau. Dort hatten wir gute Gespräche eben genau über die Axpo. Und es hat mich dort übrigens auch sehr gefreut, dass wir uns zumindest mit den Aargauer Vertretern der GLP genau bei diesen Fragen sehr nahe waren. Wir werden entsprechende Vorschläge einbringen und freuen uns, wenn hier auch die GLP Zürich konstruktiv mitarbeitet. Danke.

Regierungsrat Martin Neukom: Herzlichen Dank für diese angeregte Debatte. Kantonsrat Lorenz Habicher hat mich noch gebeten, etwas zur Winterstromverordnung zu sagen, das kann ich hier gerne noch tun: Aktuell läuft eine Vernehmlassung des UVEK (*Departement für Umwelt Verkehr, Energie und Kommunikation*) zur sogenannten Winterreserve, eine Verordnung, die regelt, dass Wasser zurückgehalten werden kann und Gaskraftwerke in der Reserve stehen, damit dann, wenn es

nötig ist, wenn nämlich der Markt nicht mehr spielt, das dann noch Reserven vorhanden sind, um noch Strom zu produzieren. Es ist eine Massnahme für die Versorgungssicherheit. Die Regierung wird diesbezüglich noch Stellung nehmen.

Grundsätzlich finde ich die Stossrichtung sinnvoll. Es ist sogar sinnvoll, fossile Reservekraftwerke in der Reserve zu halten, denn sie sind eine Versicherung, eine Versicherung dafür, dass wir, wenn alles schiefgeht, trotzdem noch Möglichkeiten haben, zusätzlich Strom zu produzieren. Wenn wir uns bewusst sind, wie gefährlich ein Stromausfall in der in der Schweiz wäre, dann ist das aus meiner Sicht sehr wohl gerechtfertigt.

Zweitens: Es wurde gesagt, dass die Entpolitisierung des Verwaltungsrates der Axpo ein Fehler gewesen sei. Hier möchte ich nur klarstellen, damit Sie das richtig einordnen: Die wesentlichen Entscheidungen in der Vergangenheit wurden vom politischen Verwaltungsrat gefällt, einfach, damit Sie sich hier keine Illusionen machen. Die Hedging-Strategie, die sich jetzt eigentlich als Problem herausstellt, die Hedging-Strategie, dass man seinen Strom drei Jahre im Voraus verkauft, wann wurde diese beschlossen? Sie wurde 2014 beschlossen – vom politischen Verwaltungsrat, von dem Sie hier jetzt offensichtlich glauben, dass er alles besser gemacht hätte. Das ist nicht der Fall. Wann wurde die EGL (*Elektrizitätsgesellschaft Laufenburg*) gekauft? Sie wurde unter dem alten politischen Verwaltungsrat gekauft. Wann wurde das Origination ausgebaut? Unter dem alten politischen Verwaltungsrat. Also wenn Sie das kritisieren wollen, dann können Sie auch die Mitglieder des alten, politisch zusammengesetzten Verwaltungsrates kritisieren. Die Entpolitisierung hat erst 2017 stattgefunden, und wesentliche Entscheidungen sind schon vorher getroffen worden.

Was ich gut finde: Ich glaube, ich bemerke in diesem Rat einen Konsens. Wir wollen alle, dass mehr im Inland investiert wird. Das ist gut und richtig, denn die Stromversorgung ist extrem zentral. Wir möchten nicht erleben, dass es zu einem flächigen Problem mit der Stromversorgung kommt. Und die Axpo ist ein grosser Player im Bereich Stromversorgung, ist extrem zentral für die Versorgungssicherheit nicht nur im Kanton Zürich, sondern in der ganzen Schweiz. Und deshalb ist es auch so zentral wichtig, dass hier der Bund mit dem Rettungsschirm eingesprungen ist. Denn es geht nicht nur um die Stromversorgung im Kanton Zürich, es geht um die Stromversorgung in der ganzen Schweiz. Besten Dank.

Ratspräsidentin Esther Guyer: Mit der Diskussion im Rat ist das Geschäft erledigt.

4. Internationale Anbindung des Wirtschaftsraumes Zürich durch direkte Zugverbindungen

Motion Thomas Schweizer (Grüne, Hedingen), Felix Hoesch (SP, Zürich), Thomas Wirth (GLP, Hombrechtikon) vom 20. April 2020

KR-Nr. 167/2020, Entgegennahme, Diskussion

Ratspräsidentin Esther Guyer: Der Regierungsrat beantragt dem Kantonsrat die Motion nicht zu überweisen. Er ist jedoch bereit, die Motion als Postulat entgegenzunehmen. Der Erstunterzeichner hat die Umwandlung am 7. September 2022 abgelehnt.

Thomas Schweizer (Grüne, Hedingen): Es ist höchste Eisenbahn, sich für eine Verbesserung des internationalen Schienenverkehrs einzusetzen. «Zug statt Flug» ist die Devise. Der Kanton Zürich darf hier den Anschluss nicht verpassen. Im Text des kantonalen Richtplans steht heute: «Der Kanton setzt sich für die zeitgerechte Realisierung von leistungsfähigen und schnellen und direkten internationalen Bahnverbindungen zu den benachbarten Metropolitan-Räumen ein.» Das klingt ja schön und gut. Der folgende Satz lässt aber aufhorchen: «Im Vordergrund stehen dabei die Verbindungen nach Schaffhausen–Stuttgart oder nach Buchs–Arlberg». Kennen Sie den Metropolitanraum Buchs–Arlberg?

Dem Schienenverkehr wird also nur wenige Zugskilometer Verbindungsqualität über die Grenzen hinaus zugestanden. Die weiter entfernten Destinationen sind wohl für den Flugverkehr vorgesehen. In der Aufzählung der Metropolitanräume fehlen wichtige Ziele wie Brüssel, Amsterdam, Berlin, Rom, Barcelona, Prag und so weiter. Früher gab es Direktverbindungen am Tag zu all diesen Destinationen und auch Nachtverbindungen. Heute fehlen die Direktverbindungen sowohl am Tag als auch in der Nacht. Oft muss man für solche Reiseziele mehrmals umsteigen.

Es ist Aufgabe des Kantons Zürich, sich als Drehscheibe für den internationalen Bahnverkehr ins Spiel zu bringen. Zürich hat nicht nur den grössten Flughafen, sondern auch den grössten und wichtigsten Bahnhof der Schweiz. Dieser Standortvorteil als wichtiger Knoten im euro-

päischen Netz soll genutzt werden. Der Kanton soll die Potenziale nutzen, sich aktiv für bessere grenzüberschreitende Zugverbindungen zu den Metropolitanräumen einsetzen. Der Kanton ist massgeblich am Flughafen beteiligt. Mit dem Flughafengesetz kann der Kanton Zielsetzungen festlegen und die Entwicklung steuern. Paragraf 1 lautet: Der Staat fordert den Flughafen Zürich zur Sicherstellung seiner volks- und verkehrswirtschaftlichen Interessen. Er berücksichtigt dabei den Schutz der Bevölkerung vor schädlichen und lästigen Auswirkungen des Flughafenbetriebs.

Der Kanton soll sich nicht nur für die Förderung des Flughafens, sondern auch für die Förderung des internationalen Bahnverkehrs einsetzen. Mit «Zug statt Flug» fördert er die volks- und verkehrswirtschaftlichen Interessen in einer viel nachhaltigeren Form. Damit kann auch dem zweiten Satz, Schutz der Bevölkerung vor schädlichen und lästigen Auswirkung des Flughafenbetriebs, Rechnung getragen werden. Eine CO₂-neutrale Anbindung des Kantons Zürich und der Schweiz an die europäischen Metropolen ist ein Gebot der Stunde und kann mit einem leistungsfähigen grenzüberschreitenden Bahnnetz kurz- oder mittelfristig umgesetzt werden.

Die Nachfrage nach internationalen Zugverbindungen hat merklich zugenommen. Eine ökologische und klimafreundliche Ausrichtung des grenzüberschreitenden Verkehrs muss daher sowohl beim Flugverkehr als auch beim Angebot im Schienenverkehr ansetzen. Als Standortkanton des mit Abstand meistfrequentierten Bahnhofs in der Schweiz muss es im Interesse des Kantons Zürich liegen, die gute Lage im europäischen Schienennetz optimal zu nutzen und die Attraktivität der internationalen Anbindung des Wirtschaftsraums Zürich auf die Schiene sicherzustellen und zu verbessern. Dank den Privilegien des Flugverkehrs – Befreiung von der Mehrwert- und Mineralölsteuer – werden Tickets zu künstlich tiefen Preisen angeboten, mit welchem der Schienenverkehr nicht konkurrenzieren kann. Hier muss etwas ändern. Ins Zentrum müssen insbesondere auch Nachtverbindungen gerückt werden. Eine Reise im Nachtzug ist gefühlt nur eine Stunde lang: eine halbe Stunde zum Einsteigen, Einrichten und Einschlafen und eine halbe Stunde zum Aufwachen, Zusammenpacken und Aussteigen. Für den Wiederaufbau und den Ausbau des internationalen Schienenpersonenverkehrs ist der Kanton Zürich gefordert, sich beim Bund und bei den Bahnunternehmen einzubringen und sich bei Strategien einzusetzen. An Konzepten und der Umsetzungsplanung für den Wiederaufbau soll er aktiv mitwirken, insbesondere auch beim Ausbau des Nachtzugnet-

zes. Seit Einreichen der Motion wurden auf nationaler Ebene erste Verbesserungen erreicht. Nachtverbindungen sind neu geplant für Rom und Barcelona. Es ist wichtig, dass sich der Kanton Zürich hier einbringt und die Ansätze unterstützt. Seit 1994 ist übrigens auch London mit dem Kanaltunnel ans europäische Schienennetz angebunden, eine Destination, die ein hohes Potenzial aufweist für direkte Nachtverbindungen. Der Nachtsprung wäre eine ökologische Variante zum Flugverkehr. Mit dieser Motion soll die Regierung verpflichtet werden, sich aktiver für die internationalen Zugverbindungen einzusetzen.

Felix Hoesch (SP, Zürich): Der öffentliche Verkehr ist das Rückgrat unserer Volkswirtschaft, und die internationale Erreichbarkeit ist für unsere Wirtschaft mindestens ebenso wichtig. Also müssen wir das als Gesellschaft kombinieren und mit dem ÖV die internationale Vernetzung ermöglichen. Und ich kann Ihnen aus eigener Erfahrung erzählen, dass vieles schon möglich ist, aber eben zu oft zu kompliziert und zu fehleranfällig. So war ich in diesem Jahr schon an den folgenden Orten: in Stockholm und Kiruna, in Barcelona und Palma de Mallorca, in London, Manchester und Inverness sowie Turin und Venedig, und das wohlgemerkt alles mit Zug und Fähre. Ich könnte Ihnen also einige persönliche Anekdoten erzählen, aber dazu reicht meine Redezeit hier bei Weitem nicht. Aber ich habe hier im Rat schon einmal gesagt, dieses Jahr fliege ich nicht. Und auch diese Worte habe ich gestern auf der Heimfahrt von Mannheim im verspäteten ICE 79 der Deutschen Bahn geschrieben.

Diese Motion will mehr internationale Bahnverbindungen ermöglichen. Damit ist sie nicht gegen den Flugverkehr, sondern hier fordern wir einfach ein gutes Konkurrenzangebot zum Flugverkehr. Denn nur so kann die Eigenverantwortung funktionieren. Meine Zweifel, ob diese Eigenverantwortung dann wirklich gelebt wird, bleiben aber bestehen. Beim Fliegen gilt Ähnliches wie beim Duschen: Wir müssen nicht nicht duschen, aber deutlich kürzer. Beim Fliegen muss gelten: Wir sollten deutlich, deutlich weniger fliegen. Wir müssen eine Lust des neuen, des vielmehr klassischen Reisens entwickeln. Denn aus den flugbegeisterten Kreisen höre ich immer wieder, dass wir nun das Ende der Corona-Krise (*Covid-19-Pandemie*) nutzen müssten, um endlich wieder richtig durchzustarten. Aber die Klimakrise ist noch lange nicht ausgestanden. Und nein, mit Flugverkehr werden wir die Klimakatastrophe nur noch mehr aufheizen.

Der Richtplan ist unser primäres Planungsinstrument. Darum müssen die internationalen Zugverbindungen auch hier beschrieben sein, damit

wir als wirtschaftliches Schwergewicht der Schweiz in Bern unsere klaren Forderungen forth einbringen können. Dafür braucht es diese Motion. Darin sind viele schöne und spannende Städte aufgeführt, aber eine fehlt noch und die ist gleich um die Ecke: Stuttgart. Sie ist nicht aufgeführt, weil sie ja bereits im Richtplan erwähnt wird. Das ist zwar direkt von Zürich erreichbar, aber die Gäubahn ist in schlechtem Zustand. Der Ausbau ist ungewiss und die Anbindung an den neuen Bahnhof Stuttgart 21 ist weiterhin völlig unklar. Auch für uns Zürcherinnen und Zürcher ist die Anbindung ins Stuttgarter Zentrum wichtig, und da macht der Kanton Zürich trotz Richtplaneintrag nichts mit öffentlicher Wirkung. Lassen wir uns als Gesellschaft internationale Erreichbarkeit mit dem ÖV ermöglichen und so die wirtschaftliche Vernetzung voranbringen. Herzlichen Dank für die Unterstützung dieser Motion.

Christian Lucek (SVP, Dänikon): Lesen Sie die Motion genau! Genau, ich spreche es direkt an, denn Sie fordern ja tatsächlich – und Herr Hoesch hat es präzisiert – einen Richtplaneintrag. Sie wollen mehr direkte Zugverbindungen in europäische Metropolen wie London, Brüssel, Madrid, Kopenhagen, Stockholm und weitere, und dies mit einer Teilrevision des Zürcher Richtplans. Echt jetzt? Der Richtplan ist ja schon ein wichtiges Planungsinstrument, aber sollen wir diesen jetzt wirklich von Barcelona bis Oslo ausdehnen? Wie stellen Sie sich das vor? Muss in unserem Richtplan stehen, dass wir den Ausbau des Bahnhofs Stuttgart beschleunigen sollen? Es ist schlicht und einfach das falsche Instrument. Die Motionäre sind sich offenbar der Aussichtslosigkeit dieser Forderung auf kantonaler Ebene bewusst. So wollen sie mit der gleichen Motion erreichen, dass sich der Regierungsrat beim Bund für die Anliegen einsetzt. Ja, was wollen Sie nun? Einen Richtplaneintrag – wie sollte der genau aussehen – oder doch vielleicht eine Standesinitiative? Die Motion ist einfach so unausgegoren, dass man sie schon rein deshalb ablehnen muss.

Aber kommen wir nochmals zum Inhalt, in der Begründung ist die wahre Absicht erkennbar: die Schwächung des Flughafen Zürich als wichtiger internationaler Knoten. Zugegeben, Direktverbindungen erhöhen die Attraktivität, sei es beim Flug- oder auch beim Bahnverkehr. Und ja, bei innereuropäischen Strecken ist die Bahn oft das richtige Verkehrsmittel. Es geht bei den Kurzstrecken halt nicht einfach nur um den kurzen Städtetrip oder das Shopping-Wochenende. Denn viele Kurzstreckenpassagiere kommen eben nicht nur nach Zürich und umgekehrt als Destination, sondern vor allem als Transitpassagiere für attraktive Direktflüge der SWISS (*Fluggesellschaft*), sei es nach Asien,

Südafrika, Nord- oder Südamerika oder Israel. Ohne diese Umsteigepassagiere aus unseren Kursstrecken könnten viele für die Schweiz und den Wirtschaftsraum Zürich äusserst bedeutende Langstreckenverbindungen einfach nicht bedient werden. Diese Zubringerfunktion kann nicht einfach mit dem Zug gewährleistet werden. Ganz davon zu schweigen, dass ein durch deutschen Kohlestrom befeuerter ICE nicht wirklich die Klimakrise löst, so geht die Rechnung auch im praktischen Vergleich nicht auf. Zum Beispiel ist eine Direktverbindung nach London auf der Schiene im Optimalfall in acht Stunden zu schaffen, eine Flugverbindung in weniger als einer Stunde, mit Reserven für Check-In, Transfer et cetera auch mit zwei bis drei Stunden immer noch massiv unter der Reisezeit mit dem Zug. Besonders bei Geschäftsreisen ist der Faktor «Zeit- und Flugplan» viel wichtiger als die Kosten.

Fazit: Die Zuständigkeit und die Kompetenz zum Ausbau des internationalen Bahnnetzes liegen weit weg vom Kanton Zürich. Die Infrastruktur im Kanton steht, bei Rollmaterial und Strecken sind wir vom Ausland abhängig. Das Potenzial liegt bei Strecken, bei welchen sich die Reisezeit zum Luftverkehr nicht gross unterscheiden zum Beispiel Paris, Mailand, et cetera. Das funktioniert bestens. Die entsprechende Nachfrage regelt heute schon der Markt. Die Motion ist ein weiterer Angriff auf das internationale Drehkreuz und damit direkt auf unsere Volkswirtschaft. Wir sind auch hier für ein Nebeneinander der verschiedenen Verkehrsträger. Wie der Schienenverkehr hat auch der Flugverkehr als Teil des öffentlichen Verkehrs seine Funktion und Berechtigung. Wir wollen die internationale Anbindung und keine Degradierung zum Provinzflughafen. Die Motion ist unausgegoren, unberechtigt und nicht umsetzbar. Wie lehnen Sie deshalb ab. Dankeschön.

Stephan Weber (FDP, Wetzikon): Die FDP begrüsst eine gute Anbindung unseres Wirtschaftsraums Zürich mit direkten Zugverbindungen. Der Standort Zürich wird durch attraktive Zugverbindungen gestärkt. Unsere gut ausgebaute und stetig weiter optimierte Bahninfrastruktur soll auch für internationale Zugverbindungen besser genutzt werden, sei es für Geschäftsreisen, Tourismus oder private Reisen. Direkte Verbindung fördern den Zugverkehr am Tag und in der Nacht. Wenn wir als Kanton dieses Ziel erreichen wollen, reicht jedoch ein Richtplaneintrag nicht. Es bedarf einer engen Zusammenarbeit mit dem Bund, da die internationalen Zugverbindungen auf der nationalen Kompetenzstufe liegen. Es geht hier wirklich um ein Miteinander und nicht ein Gegen-einander der Verkehrsmittel.

Entgegen der im Vorstoss genannten sehr fernem Zielorte sieht die FDP eher Grossstädte, Ballungsräume und Wirtschaftsräume im näheren Umfeld im Fokus, dort eben, wo der Zugverkehr eine konkurrenzfähige und attraktive Alternative zum Flugverkehr anbieten kann. Die FDP unterstützt die Überweisung der Motion mit dem genannten Fokus.

Daniel Sommer (EVP, Affoltern a. A.): Ich gebe Ihnen zuerst meine Interessenbindung bekannt: Ich bin Vizepräsident der Interessengemeinschaft öffentlicher Verkehr Kanton Zürich.

Nun zum Vorstoss: Bei gewissen Vorstössen fährt man besser, wenn man primär die grossen Linien vor Augen hat und grosszügig über die kleineren Holperer hinwegsieht. Diese Motion gehört in diese Kategorie, denn grundsätzlich stellen gute Schnellzugverbindungen ins nahe Ausland heute sowohl zeitlich als auch finanziell echte Alternativen zu Kurzstreckenflügen dar. So kann denn die Bahn auf Distanzen bis zu 500 Kilometer gegenüber dem Flugzeug gut konkurrieren. Das bestätigt übrigens auch der Geschäftsführer der Flughafen Zürich AG (*Stephan Widrig*), der überhaupt kein Problem sieht in diesem Angebot. Sollte die Fahrt hingegen nach Warschau oder Madrid gehen, sind schon ordentlich Sitzleder und ein fett bestücktes Portemonnaie gefragt. Dennoch muss es im Interesse des Kantons Zürich liegen, dass der mit Abstand meist frequentierte Bahn auf der Schweiz die gute Lage im europäischen Schienennetz optimal nutzen und die Attraktivität der internationalen Anbindung des Wirtschaftsraums Zürich auf der Schienensicherstellung verbessern kann.

Der Wiederaufbau und Ausbau des internationalen Schienenpersonenvverkehrs ist eigentlich Bundessache. So gesehen ist der Adressat dieses Vorstosses vermutlich nicht ganz der richtige. Aber weil wir bereits einen Richtplaneintrag zum Thema Fernverkehr haben, ist es nicht völlig abwegig, diesen nun zu präzisieren, zu aktualisieren, zu verstärken, zumal es auch einen immer grösser werdenden Teil der Zürcher Bevölkerung gibt, der sich klimaschonende Alternativen zu Kurzstreckenflügen wünscht.

Über das Ziel hinaus schießt aber vor diesem Hintergrund die realitätsfremde Auflistung der Destinationen in dieser Motion. 14 Stunden oder mehr im Zug zu sitzen, ist selbst dem Co-Präsidenten der SP Schweiz (*Cédric Wermuth*) zu viel, weshalb er kürzlich dann doch lieber im Flieger nach Budapest reiste. Die grossen Linien dieses Vorstosses haben den Ausbau der internationalen Anbindung auf der Schiene zum Ziel und die Substituierung von Kurzstreckenflügen. Die Attraktivität des

ÖV wird damit deutlich verstärkt, weshalb die EVP diese Motion unterstützt.

Ruth Ackermann (Die Mitte, Zürich): Zugverbindungen innerhalb Europas sind ökologisch und klimafreundlich, leider jedoch oft für die Passagiere umständlich, zum Teil zu teuer – und dies zum Teil bei geringer Frequenz. Die Mitte-Fraktion ist daran interessiert, dass das Reisen innerhalb Europas mit dem Zug attraktiver wird, unter anderem durch Direktverbindungen zu den wichtigsten Destinationen in Europa. Für weitere Distanzen werden dafür auch Nachtverbindungen benötigt. Zum Glück gibt es viele, die eine Reise mit dem Zug bevorzugen. Die Attraktivität von Zugreisen, mindestens innerhalb von Europa, muss weiter gesteigert werden; dies mit guten Verbindungen und bezahlbaren Tickets. Um Staus und endlose Wartezeiten zu vermindern, müssen alle möglichen Verkehrsträger genutzt werden. Die Mitte-Fraktion unterstützt diese Motion.

Thomas Wirth (GLP, Hombrechtikon): Wir vergessen es immer wieder, wir leben in einer schönen Zeit. Sehenswürdigkeiten, ob sie von der Natur geschaffen sind, wie beispielsweise der Grand Canyon, oder von Menschen, wie beispielsweise der Eiffelturm, sind problemlos zu erreichen. Wir haben auch einen Wirtschaftsstandort, der sich rühmt, dass er so einfach erreichbar ist und eine internationale Anbindung hat, und sagt: Das ist wichtig, dass wir diese haben, um unseren Standard zu erhalten. Und das sind Sachen, die teilen wir. Mit dieser Motion möchten wir eben genau schauen, dass dies auch in der Zukunft so erhalten bleibt.

Die grosse Herausforderung, die wir haben, ist der Klimaschutz. Wir haben uns verpflichtet, das Paris-Abkommen zu erfüllen, dass wir die Klimaerwärmung auf höchstens 1,5 Grad eingrenzen. Und hier haben wir ein Missverständnis ganz vieler Leute, die meinen: Ja, netto null 2050 reicht, wir dürfen einfach bis dann machen, was wir wollen. Dann müssen wir es machen, also müssen wir im Moment keine Massnahmen ergreifen. Wenn man es aber anschaut, das Paris-Abkommen bedeutet eben nicht netto null 2050, sondern wir müssen uns das vorstellen, wie wenn der Klimaschutz eine Badewanne wäre. Jeder weiss: Wenn wir eine Badewanne haben und einfach das Wasser einlaufen lassen, dann läuft es irgendwann über. Und hier wurde mit dem Paris-Abkommen die Grösse der Badewanne bestimmt. Wir wissen, wie viel CO₂ wir in die Atmosphäre lassen dürfen, wie gross die Reserve noch ist. Es handelt sich also eigentlich um ein Budget. Und wenn wir die Badewanne

weiterhin so volllaufen lassen, wie wir es jetzt tun, dann ist sie in sechs Jahren und neun Monaten voll. Dann haben wir diese 1,5 Grad erreicht, und was das bedeutet, wissen wir auch, nämlich, dass es unangenehm ist. Dürre, Hitze, nasse Sommer, Starkniederschläge, Überschwemmungen, in den Wäldern sterben die Bäume, den Wintertourismus können wir nicht mehr – zumindest nicht mehr überall – aufrechterhalten. Das wird uns Milliarden-Investitionen kosten, um hier die Anpassungen vorzunehmen, sei es in der Landwirtschaft, um die Flächen für die Produktion zu erhalten, sei es für den Schutz vor den Naturgefahren oder Anpassungen im Siedlungsgebiet.

Hier greift jetzt also diese Motion ein. Wir wollen die internationale Anbindung des Standorts Zürich erhalten, aber dies im Rahmen des Klimaschutzes. Und wenn wir das machen wollen, brauchen wir Investitionen in andere Technologien und andere Lösungen, denn es ist ganz klar: Die Strategien, wie sie die Luftfahrt verspricht, werden nicht reichen, um hier die Badewanne nicht volllaufen zu lassen. Wir brauchen die Synfuels (*synthetische Treibstoffe*) auf den langen Strecken, aber auf den kurzen Strecken brauchen wir andere Lösungen. Wir brauchen Investitionen in Infrastrukturen, die klimafreundliches Reisen erlauben und wir brauchen neue Geschäftsmodelle, die beispielsweise auch diese Umsteigepassagiere oder die Transitpassagiere eben auch vom Zug auf den Flug bringen für die Langstrecke. Denn dort gibt es kurzfristig oder auch mittelfristig sicher keine andere Lösung. In diesem Sinne bitte ich Sie, stimmen Sie dieser Motion zu. Wir haben damit eine Lösung und einen Lösungsweg, wie die internationale Anbindung für unsere Kinder und Enkel erhalten können, sodass auch sie die Möglichkeit haben, all die Sehenswürdigkeiten, die die Welt anbietet, besuchen zu gehen. Herzlichen Dank.

Manuel Sahli (AL, Winterthur): Als regelmässiger Interrail-Benutzer, zumindest während des Sommers, kann ich Ihnen durchaus bestätigen, wie wichtig solche Anschlüsse sind, wie wichtig regelmässig Verbindungen sind. Hier geht es um einen gewissen Komfort. Wenn ich beispielsweise mit dem Nachtzug von Zürich nach Wien fahre und dann weiter nach Warschau will, macht es einen Unterschied, wenn ich weiss, dass eine internationale Verbindung dann alle vier Stunden oder alle zwei Stunden fährt, je nach Verspätung. Hier rede ich jetzt zugstechnisch quasi von Zubringern oder Wegbringern. Das Gleiche gilt natürlich auch beim Flughafen, und es macht einen Unterschied, wie oft diese internationalen Verbindungen fahren. Und es macht auch einen

Unterschied, um ein Beispiel zu nehmen, was gerade aktuell ist, Zürich–München, das verbessert wurde. Es macht einen Unterschied, ob Sie Zürich–München, erstens, länger fahren und, zweitens, weniger oft, oder ob der Zug, wie jetzt, alle zwei Stunden fährt. Vielleicht nicht ganz, aber plus/minus alle zwei Stunden haben Sie jetzt eine direkte Verbindung zwischen Zürich und München. Das ist ein wesentlicher Komfort und das ist notwendig. Wir müssen diese Schritte gehen, damit der Zug auch eine wirkliche Alternative wird, eine Alternative, um Kurzstrecken zu fahren, eine attraktive Alternative, die die auch genutzt wird; vielleicht nicht vom Hintersten und Letzten. Ich glaube, gewisse Leute, die vorher auch den Flughafen bis aufs Letzte verteidigt haben, werden das wahrscheinlich bis ins Grab nicht einsehen. Wie auch immer, es ist aber klar, dass hier etwas erfolgen muss, und hierfür ist dieser Vorstoss gut. Das Einzige, was man vielleicht ein bisschen kritisieren kann, wo man ein Fragezeichen dahinter setzen kann: Der Regierungsrat will das Ganze als Postulat entgegennehmen oder hat dies beantragt. Ja, man kann es schon so sehen, es ist schon ein bisschen – wie soll man sagen – ein gewisser Kunstgriff dahinter, wenn wir hier in einen kantonalen Richtplan etwas über internationale Verbindungen schreiben wollen, das ist richtig. Gleichzeitig muss man auch festhalten: Wir haben Fernverkehrsverbindungen drin. Warum können wir dann nicht auch noch den internationalen Verkehr explizit festhalten, zumindest beim Knotenpunkt Zürich, dass dies in der Kapazitätsplanung klar berücksichtigt wird, dass auch für den Kanton Zürich in der Verkehrspolitik klar festgehalten ist, dass hier ein Auftrag besteht, dass man dies berücksichtigen muss, dass man das planen muss? Quasi als Richtungsangabe finden wir das sinnvoll, und daher werden wir diese Motion auch unterstützen. Besten Dank.

René Isler (SVP, Winterthur): Diese Motion könnte man auch als Tagträumerei-Vorstoss betiteln, oder wollen Sie wirklich einen Richtplan über Europa? Also ich staune schon, auch ich als Viel-Bahn-Fahrer. Wir wissen doch alle, dass ausserhalb unserer Landesgrenzen die Kapazitäten des Schienenverkehrs gar nicht vorhanden sind. Der liebe Kollege, der auch nach London gefahren ist, das mache ich auch ab und zu. Ich war die letzte Woche auch dort. Aber mit diesen Vorreservierungen ist es schon so eine Sache. Also für Kurzentschlossene wird das Ganze dann relativ ziemlich schwierig. Und bis nach London, das geht mal noch. Aber dann fahr mal weiter mit dem ÖV von London nach Manchester und von dort nach Liverpool. Keine Ahnung, wie Sie eine

solche Reise innerhalb eines Tages absolvieren wollen. Sie könnten einfach auch Ihre Kolleginnen und Kollegen in Bundesbern soweit motivieren, zu sagen, dass das EDA, das Auswärtige Departement, und vielleicht noch das Verkehrsdepartement der Schweizerischen Eidgenossenschaft nach Brüssel geht und dort vorstellig wird. Und was eigentlich ganz stossend ist – da staune ich jetzt aber schon – von Linksgrün – Sie wissen es doch, wir alle wissen es, die mit der Bahn auch ins Ausland fahren: Wissen Sie, wie viele Staatsbahnen in Europa noch gar nicht elektrifiziert sind? Der liebe Sprecher der GLP sagt doch, das sei ja für den Umweltschutz. Ja, dann fördern Sie ja direkt den Diesel-Verbrauch. Gehen Sie mal in die Ostblockstaaten! Der Baudirektor hat mir vorhin auch gerade zugestanden, dass sogar in Deutschland, in Frankreich, in unmittelbarer Nähe nur die Hauptlinie oder der grösste Teil der Hauptverkehrsachsen elektrifiziert ist. Auch in Frankreich: Fast 90 Prozent ist Dieserverkehr, und das wollen Sie fördern? Das müssen Sie aber ihrer Wählerschaft beibringen. Oder geht es soweit, dass der Kanton Zürich eventuell nach Brüssel geht und sagt «Wir finanzieren euch die Elektrifizierung eurer Staatsbahn»?

Ich meine, wir haben ja schon das Glück, dass unser Mann der Firma Stadler Rail (*gemeint ist Alt-SVP-Nationalrat Peter Spuhler, CEO der Schweizer Schienenfahrzeugbaufirma*) wenigstens schon die Staatsbahnen ein bisschen auf einem gewissen Level hochhält mit Stadler Rail in Osteuropa und in Teilen von Europa, auch in Berlin. Ich meine, da sind wir froh, dass wir wenigstens mal die Eisenbahn liefern können, aber das ist auf dem privaten Markt so angesiedelt. Aber es kann doch nicht sein, dass wir, der kleine Kanton Zürich – im Vergleich zu Europa selbstverständlich, wir sind ein guter Kanton, aber im Vergleich zu diesen 27 europäischen Staaten –, dass wir uns das Recht herausnehmen und ihnen vorzuschreiben, wie sie das Bahnnetz aus der Schweiz taxieren wollen. Meines Wissens vor drei Wochen kam ja wieder der Bericht der Deutschen Bahn, dass man die Rheintal-Strecke – das ist ja der Nerv der Deutschen Bahn – etwa im Jahr 2040 – 2040! – vielleicht doppelspurig führen kann. Wenn Sie Richtung Ruhrgebiet fahren wollen, wenn Sie Richtung Holland, in die Benelux-Staaten fahren wollen, dann ist dort alles einspurig. Und dort geht vor allem auch die Bevölkerung auf die Barrikaden wegen dieser Dauerbeschallung auch mit dem Güterverkehr auf dieser einen, einzigen Spur, dieser Rheintal-Strecke. Das ist nicht gelöst, und Sie wollen das noch fördern? Und Sie fördern das mit Diesel-Loks, das müssen Sie sich mal vorstellen. Er schaut genüsslich weg, der Kollege der GLP, der das so postuliert hat wegen des Umweltschutzes und wegen dieser Kosten, die das gibt.

Aber noch einmal: 80 Prozent aller osteuropäischen Staatsbahnen sind nicht elektrifiziert. Oder sagen Sie «dann fahren wir natürlich vom Kanton Zürich nur noch in die Städte, wo wir das elektrisch können, und die anderen sind Abschaum?» Dann machen Sie aber eine Zweiklassengesellschaft. Da sehen Sie mal, wie absurd Ihre Motion ist. Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit, und hoffentlich lehnen Sie diese Motion ab.

Lorenz Habicher (SVP, Zürich): Sie wollen hier die Förderung des Bahnverkehrs in den Richtplan schreiben, in den kantonalen Richtplan schreiben, und es gibt ein paar Hürden dazu. Natürlich, niemand ist gegen die Förderung des Bahnverkehrs im Kanton Zürich. Wir wollen ein leistungsfähiges Bahnnetz im Kanton Zürich und wir wollen auch eine Anbindung in der ganzen Schweiz. Der Fahrplan geht ja von Zürich aus, wenn die Bahn geplant wird, wenn die Fahrpläne für die Schweiz geplant werden. Das heisst, die Wichtigkeit des Bahnhofs Zürich ist klar vorhanden und wir tragen diesem System auch Sorge. Dass man jetzt eine Motion überweisen möchte, die das Ganze von Barcelona bis Oslo ausbreitet, sich als kleiner Kanton Zürich in seiner Richtplanung zuständig erklärt für ein leistungsfähiges Bahnnetz, eine Einbindung in das europäische Bahnnetz, das geht doch zu weit. Geschätzte FDP, es kann doch nicht sein, dass wir behördenverbindliche Festlegungen machen in einem kantonalen Richtplan, wenn die Eisenbahngesetzgebung Bundessache ist. Es kann doch nicht sein, dass wir uns, wie der Bund es macht, an Bahnprojekten im Ausland beteiligen wollen, nur damit die Bahninfrastruktur im Ausland gefördert wird. Es kann doch nicht sein – und Christian Lucek hat das klar vorgebracht –, dass wir hier eine Festlegung im kantonalen Richtplan machen, was sicher der falsche Ort ist. Ich bitte Sie also, Ihre Position zu überdenken und hier keinen falschen Eintrag zu machen. Natürlich kann man sich zum Flugverkehr stellen, wie man möchte, und man kann auch versuchen, indirekt, via Bahn diesen zu entlasten, wenn man von einer Belastung spricht. Man muss aber auch den europäischen Kontext bedenken. Die Deutsche Bahn baut Fernverkehrszüge ab, weil sie nicht rentabel geführt werden können. Es gibt die Österreichischen Bundesbahnen, die wieder auf ein Nachtnetz setzen, weil sie da eine Nische gefunden haben und glauben, sie könnten Geld verdienen. Bis jetzt haben sie das nicht gemacht. Es ist ein staatliches Angebot, das staatlich finanziert wird und auch staatlich bezahlt wird. Und dann haben wir noch unsere Parlamentarier in Bern, die eigentlich für die Eisenbahngesetzgebung, für die Bundessa-

che zuständig sind, wie zum Beispiel Cédric Wermuth und seine «Gschpänli», die dann mit dem Flieger in europäische Metropolen fliegen, weil sie ja noch Termine haben und Anschlüsse und weiterwollen und es eben besser und schneller und günstiger ist, mit dem Flieger zu fliegen. Und da muss ich sagen, dies an den Herrn, der so viel nach Japan geflogen ist (*gemeint ist Felix Hoesch*): Auch dorthin kann man mit dem Zug fahren, das geht auch. Es braucht einfach ein bisschen länger und es ist auch nicht umweltfreundlicher, wenn Sie mit dem Zug nach Japan fahren wollen. Also hören Sie doch auf, hier Wasser zu predigen und selber Wein zu trinken! Ich möchte nicht aufzählen, wie viele der linken Parlamentarier in den Herbstferien mit dem Flugzeug irgendwohin geflogen sind. Das können wir auch noch ausbreiten, aber es bringt doch nichts. Hören Sie auf, solche Vorstösse zu machen. Diese Motion ist sicher falsch, am falschen Ort, und darum ist sie abzulehnen. Ich danke Ihnen, wenn Sie, vor allem die FDP, auf Ihren Beschluss zurückkommen und diese Motion ablehnen.

Ratspräsidentin Esther Guyer: Es spricht nochmals Manuel Sahli. Ich hoffe, kurz, damit wir irgendwann einen Schritt weiterkommen (*Heiterkeit*).

Manuel Sahli (AL, Winterthur) spricht zum zweiten Mal: Ja, man hat es ihr schon angemerkt, dass es eher nervt. Nein, nur kurz eine Antwort darauf, was zum Diesel gross herumgeposaunt wurde: 47 Prozent der europäischen Strecken sind elektrifiziert. Ja, es ist korrekt, es gibt noch ein paar Dieselstrecken. Wenn Sie in Europa herumfahren, Herr Isler, merken Sie aber auch, dass der grösste Teil der Hauptverkehrsstrecken elektrifiziert ist, vor allem auch in den Nachbarländern. Dann haben Sie hier behauptet, der grösste Teil von Frankreich sei nicht elektrifiziert: Also 61 Prozent aller Hauptverkehrs-, TGV-Strecken und so weiter, wo auch unser Fernverkehr fahren würde, sind elektrifiziert. Und selbst auf den nicht elektrifizierten Strecken ist jeder dieser Züge in der Klimabilanz immer noch besser als ein Flugzeug.

Hans-Peter Amrein (parteilos, Küssnacht): Ja, Frau Ratspräsidentin, jetzt kommt noch Hanspeter Amrein, und der Herr Galeuchet (*David John Galeuchet*), neues Mitglied der KEVU (*Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt*), sagt «aus Verzweiflung» und lacht. Herr Galeuchet, ich finde das gar nicht lustig, ich finde das gar nicht lustig. Dann was ihr hier macht, ist nicht einmal eine Politik für die Galerie, sondern ihr steht an und für sich auch gegen das, wofür euer Fraktionschef

(*Thomas Forrer*) und eine Gabi Petri stehen, nämlich zum grössten Teil – wo ich nicht immer gleicher Meinung bin, oder meist – für Realitätspolitik. Das ist unreal Herr Galeuchet, was ihr hier macht. Und die FDP, die müsste sich schon mal fragen, was sie eigentlich hier in diesem Rat predigt und was ihre Wähler von ihr wollen und erwarten. Es kann es doch nicht sein vor dem Hintergrund eines europäischen Bahnsystems, welches vollkommen überlastet ist, und zwar sowohl der Kanaltunnel als auch die Rheinschiene. Ich bin sie gefahren, ich bin sie diesen Sommer mit meinem Sohn nach Hamburg gefahren. Und es war kein Vergnügen. Ich sage es Ihnen, mit dem Nachtzug war es überhaupt kein Vergnügen Und wenn man da mit den Mitarbeitern der österreichischen Bahn gesprochen hat, sehr liebe, nette Menschen, die aus Afghanistan zu uns geflüchtet – Österreicher finden Sie keine für diesen Knochenjob – dann sieht man nachher, dass das nicht funktioniert. Und jetzt kommen wieder ein paar Ideologen hier in diesem Rat mit einer Motion. Wenn schon, müssten Sie eine Standesinitiative machen, Herr Galeuchet, und nicht (*Zwischenruf*) – ja, ja, aber Sie unterstützen es, Sie sind einer, der solchen Stuss unterstützt, ich sage es laut (*Zwischenruf*). Ja, gerade Anstand, wenn er mir dort hinten immer dreinredet, dann ist das sicher Anstand. Ich spreche sehr anständig mit Ihnen, Herr Galeuchet. Also, es geht doch endlich darum, dass wir hier drin Politik machen und schauen, dass dieser Kanton vorwärtskommt und nicht ein ideologischer Vorstoss nach dem anderen von unseren lieben Linksgrünen, wie heute, wieder auf der Traktandenliste ist. Und dann kommt die Frau Präsidentin noch und sagt: Machen Sie vorwärts, Herr Sahli! Das kann es ja auch nicht sein. Meine Damen und Herren, werden Sie etwas realpolitischer und stimmen Sie gegen solchen Unsinn und konzentrieren Sie sich wieder auf das, was man machen muss, nämlich auf Forschung, Entwicklung und dass der Verkehr, die verschiedenen Verkehrsträger nebeneinander funktionieren. Um das geht es. Und dann kann man auch das Ziel erreichen, nämlich eine bessere Klimapolitik.

Ratspräsidentin Esther Guyer: Herr Amrein, Sie haben etwas falsch verstanden. Herr Galeuchet hat über meine Verzweiflung geredet nicht über Ihre. Gut, wir kommen jetzt zur Abstimmung. Der Baudirektor verzichtet auf ein Votum.

Abstimmung

Der Kantonsrat beschliesst mit 119 : 49 Stimmen (bei 0 Enthaltungen), die Motion KR-Nr. 167/2020 zu überweisen. Das Geschäft geht

an den Regierungsrat zur Ausarbeitung einer Vorlage mit Bericht und Antrag innert zwei Jahren.

Das Geschäft ist erledigt.

5. Befristete Unterstützung von Energieerzeugung mittels Wärme-Kraft-Koppelungs-Anlagen in Kombination mit erneuerbaren Energien mit Fördermitteln aus dem Rahmenkredit nach § 16 EnerG

Postulat Ann Barbara Franzen (FDP, Niederweningen), Sandra Bossert (SVP, Wädenswil), Konrad Langhart (Die Mitte, Stammheim) vom 15. Juni 2020

KR-Nr. 211/2020, RRB-Nr. 922/23. September 2020 (Stellungnahme)

Ratspräsidentin Esther Guyer: Der Regierungsrat beantragt dem Kantonsrat, das Postulat nicht zu überweisen. Er hat dem Rat seine schriftliche Ablehnung am 23. September 2020 bekannt gegeben. Der Rat hat zu entscheiden.

Ann Barbara Franzen (FDP, Niederweningen): Mit unserem Postulat hatten wir die Regierung bereits im Jahr 2020 um eine Neubetrachtung hinsichtlich ihrer Haltung gegenüber kombinierten Systemen von Wärmekraftkoppelungsanlagen (WKK) und erneuerbaren Energien gebeten. Insbesondere ging es uns auch um eine mögliche Förderung nach Artikel 16 Energiegesetz, und zwar um eine Unterstützung beispielsweise von befristeten Investitionshilfen. Mit der ablehnenden Haltung in der Postulatsantwort sind wir trotz des unbestrittenen Potenzials, gerade bei Systemen in Kombination mit Photovoltaikanlagen beispielsweise, keinen Schritt weiter. Nun, angesichts der drohenden Energieperspektiven wäre es vielleicht schlau, man würde jede noch so kleine Chance nutzen, und wir fordern umso dezidierter eine Unterstützung ein.

Nochmals kurz zum Potenzial von WKK-Anlagen: Diese produzieren nicht nur Wärme, sondern auch Strom. Auf diese Weise können sie in den Wintermonaten einen wichtigen Beitrag zur Versorgungssicherheit einerseits und zur Stabilität des Stromnetzes andererseits leisten. Somit sind sie eine ideale Ergänzung zu den hauptsächlich in den Sommermonaten leistungsfähigen Fotovoltaik-Anlagen. Ja, gegenüber diesen haben sie den Vorteil einer bedarfsgerechten Stromerzeugung. WKK-Anlagen, insbesondere feste Biomasse-, Biogas- und Wasserstoff-

WKK-Anlagen können potenziell auch dann Strom produzieren, wenn nur eine geringe Einspeisung von beispielsweise Fotovoltaik oder Windkraft erfolgt. Zudem werden, gerade wenn beispielsweise Klein-WKK-Anlagen mit Biogas betrieben werden, wenn also als Brennstoff der Antriebseinheit Biogas verwendet wird, Strom und Wärme klimaneutral produziert. Klein-WKK-Anlagen sind auch für die dezentrale Energieproduktion – wir kennen das Prinzip ja schon von den dezentralen Fotovoltaik-Anlagen – eine interessante Option, nicht zuletzt auch wegen der Entlastung des öffentlichen Stromnetzes.

Wir sind der Meinung, dieses Zukunftspotenzial gilt es auszunutzen. Ich verweise in diesem Zusammenhang auf eine Studie, welche das BFE (*Bundesamt für Energie*) im September 2021 erstellen liess. Eine Gesamtschau möchte ich Ihnen ersparen, aber ich möchte es nicht unterlassen, gewisse wichtige Punkte zu zitieren. Ich zitiere zum Potenzial von WKK-Anlagen: «Durch optimale Konzeption und optimalen Betrieb einer WKK-Anlage kann im Vergleich zu einer ungekoppelten Strom- und Wärmeerzeugung bis zu einem Drittel der Primärenergie eingespart werden, die für die getrennte Erzeugung von elektrischer und thermischer Nutzenergie aufzuwenden wäre.» Ich möchte auf den Drittel Einsparpotenzial der Primärenergie hinweisen. Ich zitiere weiter: «Im Szenario Zero der Energieperspektive 2050 plus werden verschiedene Varianten analysiert, in denen die Erreichung des Ziels von netto null Treibhausgasemissionen im Jahr 2050 in der Schweiz gewährleistet ist. Die Wärmekraftkoppelung spielt dabei eine wichtige Rolle in der Bereitstellung von Strom und Wärme.» Die Studie hält aber auch fest, dass ungünstige Rahmenbedingungen, die eine wirtschaftliche Umsetzung von WKK-Projekten kaum ermöglichen, dazu führen, dass das Potenzial nicht ausgeschöpft wird. Gerade hier, bei der Kostenstruktur, wollen wir für den Kanton Zürich ansetzen. Der Regierungsrat selbst schreibt, dass WKK-Anlagen zu einer Entlastung der Stromnetze beitragen können. In der heutigen Zeit, in denen der Bund vor drohenden Stromengpässen warnt, wäre dieser Nutzen nicht zu unterschätzen – würde man meinen. Zudem erlaubt ja auch gerade das neue Energiegesetz den Einbau von WKK-Anlagen in Neubauten. Werden solche WKK-Anlagen intelligent mit Wärmepumpen kombiniert, dann können die Wärmepumpen kleiner und somit energiesparender und günstiger dimensioniert werden. Aus unserer Sicht müsste gerade auch deswegen das Potenzial von WKK-Anlagen unbedingt erschlossen werden.

Was das Problem des beschriebenen mangelnden Potenzials angeht, liegt das an den fehlenden Rahmenbedingungen und vor allem eben am

Willen der Regierung, die vorhandenen Potenziale zu erschliessen, beispielsweise auch in der Landwirtschaft. Es geht dabei um das Biogas; ein Punkt, den wir zuletzt in diesem Rat beim Postulat von Martin Hübscher (*KR-Nr. 264/2019*) zur Unterstützung von Biogasanlagen im Mai besprochen haben. Zur Ablehnung einer kantonalen Förderung in der Regierungsantwort bleibt anzumerken, dass dem tatsächlich so ist, dass eine mögliche kantonale Förderung von WKK-Anlagen im Unterschied zu anderen Förderbeiträgen nicht durch den Bund ergänzt werden würde und dass man aus diesem Grund darauf verzichten möchte. Das ist wirtschaftlich zwar nachvollziehbar, intelligent ist es aber trotzdem nicht, denn es trägt nicht zur Lösung des Stromproblems im Winter bei. Im Gegenteil wäre es aus unserer Sicht an der Zeit, dass die Regierung ihren Tunnelblick diesbezüglich aufgibt.

Die FDP will kein Gegeneinander-Ausspielen von Fördermassnahmen, aber wir sind dezidiert der Meinung, dass die autarke Energiegewinnung noch viel zu wenig berücksichtigt wird. Wir müssen breite, diversifizierte Unterstützung leisten, eben nicht nur bei der Ertüchtigung der Gebäude, sondern auch bei der Energieproduktion. Dies, so meinen wir, sei eigentlich auch die Haltung der Regierung mit ihrem Credo «Jede Kilowattstunde zählt». Jede Kilowattstunde? Ohne Herrn Orwell (*George Orwell, englischer Schriftsteller*) bemühen zu müssen, dürfen wir doch sagen, dass in den Augen der Zürcher Regierung offenbar nicht alle Kilowattstunden gleich sind. Wir können uns hier zurücklehnen und auf den Bund warten – einmal mehr, die WKK-Förderung wird zurzeit auf Bundesebene diskutiert –, aber wir könnten auch intelligent sein und andere Kantone anschauen. Beispielsweise im Kanton Fribourg werden WKK-Anlagen offiziell gefördert.

Ich fasse zusammen: Da die Wärmekraftkoppelung sehr effizient ist, verursacht sie vergleichsweise geringe spezifische CO₂-Emissionen. WKK-Anlagen kommen in der Regel dort zur Anwendung, wo fossile Heizungen zu ersetzen sind. Jede WKK-Anlage, die zusätzlich zur Wärme auch noch Strom produziert, ist daher einer fossilen Heizung selbstverständlich vorzuziehen. Für uns ist WKK eine intelligente Brückentechnologie, die als erneuerbare – eben beispielsweise mit Biogas betrieben – Ergänzung zu den erneuerbaren Energien zu nutzen ist. WKK-Anlagen liefern Energie dann, wenn sie am meisten gebraucht wird, nämlich im Winter. Und sie entlasten und stabilisieren dadurch das Netz. Ausserdem müsste die Schweiz im Winter weniger Strom importieren. So viel Potenzial, so etwas sollten wir doch fördern. Besten Dank.

Sandra Bossert (SVP, Wädenswil): In weiser Voraussicht haben wir bereits im Jahr 2020 versucht, die Regierung auf eine weitere Möglichkeit hinzuweisen, um erneuerbare Energien zu fördern. Die Vorteile von WKK-Anlagen wurden bereits von Barbara Franzen ausführlich erklärt. Auch kleinere Anlagen können einen hervorragenden Beitrag zu einer möglichen Strommangellage speziell im Winter leisten. Denn wie bereits von meiner Vorrednerin erklärt, können diese wetterunabhängig gesteuert werden. Durch die panische Berichterstattung in den Medien zu einer wahrscheinlichen Strommangellage decken sich viele KMU, Altersheime und Landwirtschaftsbetriebe – ich gehöre auch dazu –, aber auch Private mit Notstromgeneratoren ein. Diese werden dann aber mit Diesel betrieben. Was ist denn nun besser?

Vor den Sommerferien hat sich der Regierungsrat bereits gegen die Unterstützung des Postulats Hübscher betreffend Biogasanlagen ohne Ko-substrat ausgesprochen. Diese Biogasanlagen können ähnlich den WKK-Anlagen nicht ohne finanzielle Unterstützung zur Lösung beitragen. Aber genau diese Anlagen könnten einen wertvollen Beitrag leisten. In der Landwirtschaft kann aus Gülle Energie in Form von Strom und Wärme produziert und dabei können zusätzlich noch Methan-Emissionen reduziert werden. Das produzierte Biogas kann durch die WKK weitergenutzt werden. Dass hier noch grosses Potenzial vorhanden ist, sollte allgemein bekannt sein. Es ist uns bewusst, dass die kantonale Förderung aus dem Rahmenkredit nicht durch den Bund ergänzt wird. Das sollte trotzdem dem Wirtschaftskanton Zürich nicht davon abhalten, alle Möglichkeiten auszuschöpfen, um genügend Strom zu produzieren.

Zusammenfassend: Alle Optionen zur wetterunabhängigen Energiegewinnung müssen weiterverfolgt und offengelassen werden. Und ja, es braucht Geld. Aber was wollen wir denn, eine sichere Versorgung oder mehr Diesel-Generatoren? Danke.

Markus Bärtschiger (SP, Schlieren): Wir können den Ausführungen des Regierungsrats, warum er diese Eingabe nicht entgegennehmen will, vollumfänglich folgen. Die finanzielle Förderung des Ausbaus der Stromerzeugung aus nichterneuerbaren Energien, Betonung auf nicht erneuerbare Energien – und hier geht es um solche, auch wenn hier dauernd betont wird, dass auch Biogas gebraucht werden könnte –, ist weder vom Kanton noch vom Bund vorgesehen. Die Förderung von WKK-Anlagen über den Rahmenkredit 2020 bis 2023 wäre gemäss HFM 2015 (*Harmonisiertes Fördermodell der Kantone*) somit nicht globalbeitragsberechtigt. Sie müsste vollständig mit kantonalen Mitteln

finanziert werden, was einem Verschenken von Bundesmitteln gleichkommt und entsprechend abzulehnen ist. Wenn schon eine Förderung der WKK-Anlagen erfolgen soll, dann müsste diese ausserhalb des Rahmenkredites erfolgen.

Zum Zweiten: Ein zusätzlicher Beitrag an die Entlastung des Stromnetzes ist über eine Anpassung der Vorgaben für die Festlegung der Netznutzungstarife im Stromversorgungsgesetz zu regeln.

Drittens: Es gibt effizientere Möglichkeiten, Gas in Strom beziehungsweise Wärme umzuwandeln. Das kann man im Protokollauszug des Regierungsrates zum Postulat sehr schön nachlesen, Stichwort «Gas- und Dampfkraftwerke». Viertens: Biogas oder synthetisches Gas ist nicht im Übermass vorhanden. Somit sollte es auch entsprechend eingesetzt werden, zum Beispiel zum Fliegen, für Spezialfahrzeuge insbesondere auch in der Landwirtschaft, für die Erzeugung von hochwertiger Prozesswärme. In Ausnahmefällen wird es auch hochwillkommen sein, beim Zuheizen in Wärmeverbänden, im Falle von Revisionen oder Ausfall der Primärenergieträger und bei besonders tiefen Temperaturen.

Zum Fünften: Zu all diesen Informationen und Argumenten, welche uns der Regierungsrat mit auf den Weg gegeben hat, kommt die heutige Situation hinzu. Der massive Preisanstieg durch den Krieg in der Ukraine auf allen Energieträgern und insbesondere auf Gas hat gezeigt, dass die Abhängigkeit vom Gas nicht nur aus politischen beziehungsweise ökologischen, sondern auch aus ökonomischen Gründen massiv verkleinert und nicht noch vergrössert werden sollte, wie das dieses Postulat eigentlich fordert. Wir werden deshalb das Postulat nicht überweisen.

Franziska Barmettler (GLP, Zürich): Hand aufs Herz, niemand hier weiss mit Sicherheit, was es brauchen wird, um die Stromversorgungssicherheit zu gewährleisten, weder im kommenden Winter – aber darum geht es in dieser Vorlage eben nicht – noch in einer absehbaren Übergangsphase, wenn die Kernkraftwerke vom Netz gehen werden und wir zwar bereits ein grosses Angebot an erneuerbaren Energien haben, dieses aber noch nicht ausreichend ist. Vielleicht werden wir dann dezentrale WKK-Anlagen benötigen oder wir werden als Back-up eher gross Gaskombikraftwerke einsetzen, wie dies der Bundesrat vorschlägt. Wir wissen es nicht. Was wir aber wissen, ist, dass wir den Einsatz dieser Anlagen möglichst gering halten und noch lieber vermeiden wollen. Denn entweder muss der CO₂-Ausstoss dieser Anlagen kompensiert oder mit einer Abgabe verteuert werden, was dazu führt, dass der Preis

steigen wird. Oder es muss Biogas oder synthetisches Gas eingesetzt werden, das wir eigentlich lieber nicht fürs Heizen verwenden möchten, da es nicht in grossen Mengen verfügbar ist, zumindest vorläufig nicht. Beides würde dazu führen, dass die WKK-Anlagen nur für eine kurze Laufzeit pro Jahr eingesetzt werden, und es bräuchte einen Finanzierungsmechanismus, damit sich der Betrieb lohnt. Daran ändert auch die vom Postulat vorgeschlagene Kombination von WKK-Anlagen mit erneuerbaren Energien nichts.

Nun fragt sich, ob Fördermittel aus dem Rahmenkredit die richtige Finanzierungslösung sind, wie vom Postulat vorgeschlagen. Dies wäre eher problematisch, da diese Finanzierung vom HFM-Modell abweichen würde, wir haben es gehört, und somit keine Bundesgelder zur Verfügung stünden. Die Förderung müsste vollständig aus kantonalen Mitteln geleistet werden. Es würde damit auch die Förderung neuer erneuerbarer Energien konkurrenzieren.

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass wir in erster Linie den Ausbau der erneuerbaren Energien beschleunigen und die Stromeffizienz fördern müssen, damit der Bau von WKK- oder Gaskombikraftwerken möglichst nicht nötig wird. Eine mögliche Finanzierung für ihren Einsatz als Notlösung soll nicht über den Rahmenkredit erfolgen, dazu würde es eine andere Lösung oder gar eine nationale Lösung brauchen. Wir Grünliberalen lehnen dieses Postulat ab.

Florian Meier (Grüne, Winterthur): Wärmekraftkoppelungsanlagen als Wärmeerzeuger in Gebäuden, sogenannte Blockheizkraftwerke, sind sehr ineffiziente Heizungen. Sie wandeln nur rund 60 Prozent des Brennstoffs in Wärme um, also in nutzbare Wärme. Dafür erzeugen Blockheizkraftwerke mit 30 Prozent zusätzlich noch etwas Strom. 10 Prozent der Wärme gehen ungenutzt verloren. Als Heizungen betrachtet sind sie damit ineffizienter als gut funktionierende Gasheizkessel. Die Gasheizkessel wandeln immerhin fast 100 Prozent in Wärme um. Daran ändert sich auch nichts, wenn die Postulantinnen und der Postulant in der Begründung und der Gasverband in seiner Hochglanzbrochure das Gegenteil behaupten.

Problem Nummer 1 an der Sache: Wärmekraftkoppelungsanlagen erzeugen nur dann Strom, wenn das Gebäude beheizt wird, und auch nur genau mit der gleichen Leistung, wie das Gebäude beheizt wird. In der Übergangszeit schwankt die Stromproduktion stark und im Sommer macht sie Pause. Sie ist also auch nur bedingt wetterunabhängig, denn wenn es kalt ist, wird mehr geheizt. Problem Nummer 2: Gerade einmal 1 Prozent macht das Biogas an der gesamten Gasmenge aus. Soll dieses

eine Prozent im Gebäude verheizt werden, dann fehlt es bei der Herstellung von erneuerbarer Prozesswärme. Die produzierende Industrie ist auf Temperaturen von über 300 Grad angewiesen. Diese können nicht mit Solarthermie oder Wärmepumpen erzeugt werden, sondern nur mit Biomasse oder Biogas. Im Gebäude hingegen gibt es viel einfachere und günstigere erneuerbare Alternativen. Und das dritte Problem, Sie kennen es: Ganz Europa steuert auf eine Gasmangellage zu. Und just in dem Moment fordern Sie die Förderung von solch ineffizienten Gasheizungen. Biogas ist sehr wertvoll, viel zu wertvoll, um es im Gebäude zu verheizen. Viel wichtiger wäre es, das Biogas anstelle von Erdgas zur Erzeugung von Prozesswärme in der Industrie einzusetzen.

Wir Grüne lehnen eine Förderung von jeglichen Biogasheizungen ab. Eine Förderung von Wärmekraftkoppelungsanlagen wird im Gegensatz zu den erneuerbaren Heizungen nicht durch den Bund unterstützt. Mit jedem Franken, der in die Förderung fließen würde, fehlten deshalb 60 Rappen für die Förderung von Sanierungen und erneuerbaren Heizungen. Die Postulantinnen und der Postulant fordern zusätzlich zur Förderung eine Einschätzung von Effizienz und Potenzial von Wärmekraftkoppelungsanlagen. Diese wurde im Antrag des Regierungsrats bereits umfassend erläutert. Die Forderung ist also bereits erledigt. Wir lehnen das Postulat ab.

Konrad Langhart (Die Mitte, Stammheim): Mit diesem Postulat zur befristeten Unterstützung von Energieerzeugung mittels Wärmekraftkoppelungsanlagen in Kombination mit erneuerbaren Energien waren wir Postulanten 2020 wahrscheinlich der Zeit voraus. Nun, das ist nicht weiter ungewöhnlich, das passiert mir immer wieder einmal – sowohl beruflich als auch politisch. Dass ich aber einmal bei einem Vorstoss mitmache, der, wie es scheint, die ganze Klimaallianz rechts überholt, hätte ich jetzt auch nie gedacht. Die Zeit hat uns bekanntlich inzwischen gründlich eingeholt. Spätestens seit dem russischen Terror in Europa ist mit Ausnahme von ein paar Ewiggestrigen wohl allen klargeworden, dass wir die Abhängigkeit von fossilen Energieträgern an allen Fronten reduzieren müssen. Der Energiedirektor (*Regierungsrat Martin Neukom*) selbst wiederholt in den letzten Monaten konsequent, dass im Strombereich jede Kilowattstunde zähle, und da hat er ganz gewiss recht. Umso unverständlicher ist der Antrag der Regierung, keinen Bericht zur Förderung von WKK-Anlagen verfassen zu müssen. Ich bin überzeugt, dass heute, zwei Jahre später, der Antrag auf Entgegennahme gelautet hätte.

Man könnte ja auch die Lage neu einschätzen und umschwenken. Das ist ja nicht einmal eine Schande, im Gegenteil, aber so wie es scheint wird das heute jetzt nicht der Fall sein. Kommt dazu, dass im nationalen Parlament bezüglich WKK-Anlagen ein Umdenken stattzufinden scheint. Es darf keine Technologie-Beschränkungen geben. Zurzeit wird ja das Potenzial der Windenergie im Kanton ausgelotet. Und auch wenn ich da vom Kosten-Nutzen-Verhältnis noch keineswegs überzeugt bin, gegen Abklärungen, Prüfungen oder Weiterentwicklung habe ich nie etwas, solange man bei einem negativen Ergebnis dann auch die Grösse hat, die Übung abzublasen. Genauso hat die WKK-Technik eine Chance verdient. Gerade dezentrale Anlagen sind beispielsweise eine sinnvolle Ergänzung zur Fotovoltaik. WKK-Anlagen haben ihre Stärken vorwiegend im Winter, wenn auch Wärme benötigt wird und die Sonnenleistung eingeschränkt ist. Auch die WKK-Technik macht Fortschritte und Weiterentwicklungen, die, mindestens zeitlich befristet, gefördert werden müssen.

WKK-Anlagen können auch nicht nur mit Biogas klimaneutral betrieben werden, wie man das aus dem Ablehnungsantrag der Regierung schliessen könnte. Auch mit Holz ist eine Doppelnutzung für Wärme und Elektrizität gut möglich. Wärmeverbünde, die Energieholz nutzen, können also auch Strom produzieren. Und Holz ist ein einheimischer Rohstoff, der viel reichlicher vorhanden ist als Biogas.

Letzten Freitag bekam ich ein Mail von einem Weinländer Bürger als Reaktion auf einen Zeitungsartikel zu ebendiesem Vorstoss, den wir jetzt diskutieren. Er schreibt darin unter anderem, ich zitiere: «Das Thema WKK-Förderung liegt mir am Herzen. Nach meiner Meinung geht es für die Winterstromversorgung nicht ohne dezentrale WKK, aber nur mit erneuerbarer Energie betrieben und immer voller Abwärme-Nutzung in Wärmeverbänden. Ich würde es sehr bedauern, wenn der Kantonsrat sich gegen die Förderung von WKK ausspricht, wie im Postulat Franzen verlangt wird. Dezentrale Versorgung, Versorgungssicherheit und lokale Energieverbände sollten von der ganzen Klimaallianz aktiv unterstützt werden.» Und er ist übrigens nicht nur irgendein Bürger, der mir und den KEVU-Vertretern (*Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt*) das Mail geschrieben hat. Vielmehr hat sich dieser Bürger jahrzehntelang mit verschiedenen Projekten für neue erneuerbare Energien im Weinland starkgemacht und er war früher – bitte hören Sie mir zu, liebe Kantonsrätinnen und Kantonsräte der Allianz –, er war früher Kantonsrat der Grünen (*Altkantonsrat Alfred Weidmann*). Also enttäuschen Sie bitte Ihren weitsichtigen Parteikollegen

nicht und stimmen Sie ja zum Postulat. Auch er war seiner Zeit voraus. Besten Dank.

Daniel Sommer (EVP, Affoltern a. A.): Jede Kilowattstunde zählt. Und jeder Franken, der sich in Kilowattstunden umwandeln lässt, zählt doppelt, nämlich immer dann, wenn der Bund pro investierten Zürcher Franken von seiner Seite noch zwei weitere Franken zugibt. Das macht er aber nur, wenn die Technologie im Förderprogramm enthalten ist, das mit den CO₂-Abgaben geöffnet wird. WKK-Anlagen, wie sie hier zur Diskussion stehen, sind leider nicht in diesem Programm. Die Förderung von solchen Anlagen müsste somit vollständig mit kantonalen Mitteln finanziert werden. Wem nebst der Energieeffizienz auch ein effizienter Mitteleinsatz bei Investitionen wichtig ist, sollte darum in diesem Fall auf eine einseitige kantonale Förderung verzichten.

Es kommt noch eine weitere Schwierigkeit dazu, denn bei einer Förderung von WKK-Anlagen müsste sichergestellt werden, dass sie ausschliesslich mit Biogas betrieben werden. Somit sind wir auch hier ein weiteres Mal an einem Punkt, bei dem nüchternes Abwägen gefragt ist. Denn aufgrund des beschränkten Potenzials vom Biogas sollte dieses in der Wärmeversorgung nur in Ausnahmefällen eingesetzt werden. Zur Erinnerung: Der Anteil des im Schweizer Gasnetz eingespeisten Biogases am gesamten Gasverbrauch betrug 2019 verschwindende 1,1 Prozent. Für die Wärmeversorgung von Bauten bestehen zudem meistens gute Alternativen, wie Wärmepumpen oder Holzheizungen. Biogas ist deshalb in WKK-Anlagen nur in einzelnen Fällen eine sinnvolle Lösung.

Fazit: Es gibt einige Ansätze im Vorstoss, die nicht völlig falsch sind. Gerade in der aktuellen Lage, aber auch in Zukunft ist die Diversität in der Energieerzeugung von essenzieller Bedeutung. Der Fokus muss dabei auf der grössten Wirkung von technologischer Bedeutung und dem finanziellen Mitteleinsatz liegen. Bei vorliegendem Vorstoss ist leider beides nicht oder ungenügend erfüllt. Die EVP kann ihn auf dieser Grundlage darum nicht unterstützen.

Noch ein Wort zu Koni Langhart: Er hat sich gewundert, dass er rechts überholt worden ist von der linken Seite. Ich sage dir: Rechts zu überholen ist gefährlich und kann zu Kollisionen führen. Zu deiner Sicherheit bleibst du in Klimafragen besser auf der Mitte-Links-Spur.

Manuel Sahli (AL, Winterthur): Wir haben es hier mit einem klassischen U-Boot-Vorstoss der Gasindustrie zu tun; ein Vorstoss, der schön angefüllt ist mit Begriffen wie Biogas, Fotovoltaik, hört sich alles

schön klimaneutral, klimaförderlich an, wir können ja eigentlich nur zustimmen. Ja, ich fühle mich da wieder an die Debatte zum Energiegesetz erinnert, da hatten wir dasselbe schon einmal. Auch dort wurde uns das alles sehr schön angepriesen. Dass Gas nicht umsonst zu haben ist, dass der Biogasanteil oder das Biogas selbst eher ein Feigenblatt der Gasindustrie ist, als Rechtfertigung von irgendwelchen Anliegen in dieser Richtung dient, ist eigentlich offensichtlich. Und wenn man gerade die aktuelle Entwicklung mit der Ukraine beziehungsweise die russischen Gaslieferungen anschaut, muss jedem bewusst sein, dass wir mit unserem Gasverbrauch haushälterisch umgehen sollten und nicht noch weiterhin Anlagen installieren, die noch mehr Gas verbrauchen, nur um jedes Mal zu behaupten, ja sie könnten ja auch mit Biogas betrieben werden. Also bitte, jeder, der einigermaßen klar studieren kann, weiss, dass dies nur vorgeschoben ist. Sagen Sie es auch ehrlich, dass Sie einfach dreckige Gasanlagen installieren wollen, dass diese höchstwahrscheinlich nicht mit Biogas betrieben werden.

Wenn Sie die Regierungsratsantworten lesen, dann sagen diese eigentlich auch aus, dass es zu wenig Biogas gebe, und das finanzielle Argument wurde auch bereits genannt. Der Bund fördert das nicht, der Kanton müsste dies selbstständig übernehmen. Und dies macht schlichtweg auch unter den vorgenannten Argumenten keinen Sinn. Wir haben bessere Alternativen und die Alternative Liste wird daher dieses Postulat nicht überweisen.

Martin Hübscher (SVP, Wiesendangen): Ich bin als an diesem Postulat Unbeteiligter etwas erstaunt über die Diskussion. Trotzdem möchte ich da replizieren, und zwar replizieren, weil ich erstaunt bin. Es handelt sich um ein Postulat, es ist nicht eine Motion, es ist ein Postulat. Das Postulat wurde am 15. Juni 2020 eingereicht, vor der Kreislaufinitiative, vor der Strommangellage. Und nun sagen Sie uns, wir wollten die nachwachsenden Rohstoffe verhindern und sähen das Problem nicht. Das kann ich nicht verstehen, dass Sie das jetzt nicht unterstützen, ein Postulat, das etwas aufzeigen soll. Sie haben nur ein Argument genannt, nämlich den Kredit. Und zu allem anderen, da muss ich auch Herrn Meier widersprechen: Wärme braucht es auch im Sommer. Oder wie heizen Sie alle Schwimmbäder oder heizen Sie diese jetzt in Zukunft nicht mehr? Für Prozesswärme braucht es nicht immer Dampf. Für alle Trocknungsanlagen brauchen wir normale Wärme, braucht es nicht über 100 Grad. Das kann man gut lösen mit Biogas, aber nicht nur mit Biogas. Wir haben auch gesagt, überall werden jetzt grosse Fernwär-

meverbünde angelegt werden, werden Schnitzelheizungen oder Holzheizungen gemacht. Überall dort könnte man ganz gut eine WKK-Anlage davorhängen und – besser als jetzt Diesel-Generatoren über diese WKK-Anlagen laufen zu lassen – noch zusätzlichen Strom produzieren. Wir haben das eingereicht, als noch nie die Rede war von «jedes Kilowatt zählt». Und dass Sie jetzt hier einem Postulat nicht zustimmen und gleichzeitig x Vorstösse für die Kreislaufinitiative einreichen, was genau dieses Postulat eigentlich auch will, verstehe ich nicht. Es will den Kreislauf fördern. Wir wollen genau das. Und Biogas – dazu habe ich ja selber ein Vorstoss eingereicht, es wurde auch bereits in den Voten erwähnt – haben wir eigentlich genügend, nur nutzen wir es noch nicht. Wir haben genügend. Überall fällt Biogas an, wir nutzen es einfach noch nicht. Und letztendlich können wir das nur machen, weil wir es uns noch leisten können, das nicht zu nutzen. Aber wir haben einer Kreislaufinitiative zugestimmt und erwarten eigentlich von Ihnen, geschätzte Verfechter dieser Initiative oder Initianten, dass Sie jetzt auch Hand bieten für Lösungen zur Umsetzung. Herzlichen Dank.

Ann Barbara Franzen (FDP, Niederweningen) spricht zum zweiten Mal: Herzlichen Dank, mir geht es etwas wie Kollege Hübscher. Es ist für mich unverständlich, wie man sich derart gegen einen Postulatsbericht wehren kann. Aber da wurden doch Dinge gesagt, die einer gewissen Replik jetzt einfach bedürfen. Es geht hier überhaupt nicht um irgendwelche Hochglanzprospekte des Gasverbandes. Es geht darum, dass auf Bundesebene das Energiegesetz (ENG) bereits die Frage von WKK-Anlagen aufgenommen hat. Herr Sahli, zu Ihrer Information, ich empfehle Ihnen wirklich diese Studie des BFE. Lesen Sie diese Studie, sie ist 89 Seiten lang. Das können Sie sich antun und dann werden Sie auch etwas besser argumentieren können. Es geht nämlich um Technik. Mit dem neuen ENG auf Bundesebene wurden die Rahmenbedingungen auch für WKK-Anlagen optimiert. Die Frage des Abnahmepreises für die Stromeinspeisung wurde geklärt. Also da findet ein Umdenken statt und es würde dem Kanton Zürich eigentlich nicht schlecht anstehen, wenn er hier auch einen Bericht auf den Weg geben würde. Bezüglich des Frankens, der da bedauert wird, wenn er eben nicht investiert oder falsch investiert wird, weil dann keine Bundesgelder kommen: Da muss ich Ihnen sagen, jeder Franken, den wir nicht investieren in WKK-Technologie, der tut überhaupt nichts für die Eigenproduktion. Auch das ist unsere Aufgabe, dass wir in Eigenproduktion investieren, und das ist das, was wir hier wollen.

Dann noch zur Leier vom wertvollen Biogas: Ja, da bin ich bei Ihnen, das Biogas, das ist wertvoll. Wir wollen mehr Biogas haben. Und ich freue mich oder besser gesagt, ich hätte gar nichts dagegen, dass Sie uns endlich auch einmal unterstützen, wenn wir das Biogas hier im Kanton Zürich noch mehr fördern möchten. Ich stelle fest, dass es eigentlich statt Potenzialorientierung und Technologieoffenheit immer um das Gleiche geht: Es geht weiterhin um eine Art Planwirtschaft, gerade was das Biogas anbelangt. Geben Sie sich doch einen Ruck und unterstützen Sie diesen Vorstoss zur Eigenproduktion von einheimischer Energie. Besten Dank.

Regierungsrat Martin Neukom: Die mir bekannten Wärmekraftkoppelungsanlagen werden mit Gas betrieben. Und es mutet etwas seltsam an, wenn man mitten in der Gaskrise fordert, dass man mehr Gas verbrauchen soll, dass man Geräte fördern soll, die mehr Gas verbrauchen. Wir haben nicht in erster Linie eine Stromkrise, wir haben in erster Linie eine Gaskrise, und aus dieser Gaskrise entsteht eine Stromkrise, weil in Europa sehr viel Strom mit Gas hergestellt wird und weil, wenn Gas fehlt, die Befürchtung besteht, dass die Leute elektrisch heizen und dann der Verbrauch massiv hoch geht. Also es erstaunt mich etwas, dass man jetzt hier die Wärmekraftkoppelungen fördern will, die letztendlich ja mit Gas laufen. Und nur weil wir mehr Wärmekraftkoppelungsanlagen haben, haben wir deswegen ja nicht mehr Biogas. Also wenn wir darüber sprechen, wie wir erreichen können, dass wir mehr Biogas produzieren, dann, denke ich, sind die politischen Mehrheiten dafür gegeben. Man muss sich einfach bewusst sein, dass das sehr viel kostet. Nun, die Wärmekraftkoppelungsanlagen waren einmal sehr, sehr beliebt in den Neunzigerjahren, weil man damit das Gas effizienter nutzen konnte. Heute sind sie nicht mehr beliebt und werden kaum mehr eingesetzt. Warum? Es hat sich herausgestellt, dass die Wärmekraftkoppelungsanlagen extrem wartungsintensiv sind und deshalb setzt man heute nicht mehr darauf, denn dadurch sind sie einfach besonders teuer. Deshalb bittet Sie der Regierungsrat, dieses Postulat nicht zu überweisen. Danke.

Abstimmung

Der Kantonsrat beschliesst mit 87 : 81 Stimmen (bei 0 Enthaltungen), das Postulat KR-Nr. 211/2020 nicht zu überweisen.

Das Geschäft ist erledigt.

6. Das Potenzial einheimischer Solarenergie besser nutzen

Motion David John Galeuchet (Grüne, Bülach), Franziska Barmettler (GLP, Zürich), Nicola Siegrist (SP, Zürich), Daniel Sommer (EVP, Affoltern a. A.), Manuel Sahli (AL, Winterthur) vom 6. Juli 2020
KR-Nr. 267/2020, RRB-Nr. 1008/21. Oktober 2020 (Stellungnahme)

Ratspräsidentin Esther Guyer: Der Regierungsrat beantragt dem Kantonsrat die Motion nicht zu überweisen. Er hat dem Rat seine schriftliche Ablehnung am 21. Oktober 2020 bekannt gegeben. Der Rat hat zu entscheiden.

David John Galeuchet (Grüne, Bülach): Wir sind aktuell im Energiebereich in einer heraus herausfordernden Situation. Es herrscht immer noch ein grässlicher Krieg in der Ukraine. Der russische Diktator Wladimir Putin dreht Europa den Gashahn zu. Wir müssen mit einer Energiemangellage in diesen Winter rechnen. Betroffen ist ganz Europa. Es wird schwierig sein, sich wie gewohnt gegenseitig auszuhelfen. Auch wenn die Strompreise sich aktuell wieder erholen, waren sie zwischenzeitlich zwanzigmal höher als im Vorjahr. Letzte Woche war der Strompreis in Deutschland immer noch zweieinhalb bis sechsmal höher als vor einem Jahr. Eine kurzfristige Erholung auf das Niveau der letzten Jahre schliessen viele Experten aus.

Nach wie vor ist die Schweiz in einer sehr grossen Abhängigkeit vom Ausland, wenn es um die Energie geht. 72 Prozent der Energie beziehen wir aus dem Ausland. Das müssen wir einfach immer wieder im Bewusstsein haben. In Frankreich stehen immer noch 32 von 56 Reaktoren still, also mehr als die Hälfte, auch zwölf jüngere mussten vom Netz. Allenfalls schaffen es die Franzosen, diese wieder hochzufahren, dies aber nur mit zwei geschlossenen Augen bezüglich der Sicherheit. Anstelle einer Renaissance der AKW in Frankreich muss nun zuerst mal eine Renovation her. Aber dazu fehlen vermutlich auch die Fachleute. Unsere Uralt-Reaktoren sind nicht mehr zuverlässig und stehen immer häufiger ungeplant still. Es ist zu hoffen, dass sie in diesem Winter zur Verfügung stehen. Ansonsten trifft das Worst-Case-Szenario, das der Bund postuliert hatte, ein. Und warum stehen wir da?

75 Prozent der gesamten in der Schweiz verbrauchten Energie wird importiert. Ein Abkommen im Strombereich mit der EU fehlt, und der Ausbau der neuen Energien wurde in der Schweiz blockiert und nicht vorangetrieben, weil sich unsere bürgerlichen Politiker in den letzten 30 Jahren im Energiebereich nicht bewegt haben; dies auch, weil sie gut von den Pfründen der Erdöl- und der Atomlobby gelebt haben. Eine

unabhängige Schweiz? Gerade im Energiebereich ist unsere Unabhängigkeit eben nicht gross. Liebe Vertreterinnen und Vertreter der SVP, tragt ihr eine Augenbinde, wenn es um die Energie geht? Gas von Putin und Öl aus despotischen Staaten für mehr als 10 Milliarden pro Jahr? Es wird Zeit, dass ihr diesen Ballast von Bord werft und den Weg der Energiewende konsequent beschreitet. Denn erneuerbare Energien können wir in der Schweiz erzeugen und den Rest aus vertrauenswürdigen Nachbarländern beziehen. In der EU stammen heute 18,6 Prozent des Stroms aus neuen erneuerbaren Energien, in der Schweiz sind es – Stand 2021 – 8,3 Prozent. Auch Schweizer Unternehmen haben im Ausland investiert, weil dort die Rahmenbedingungen wirtschaftliche Business Cases ergeben. Nach wie vor liegt der Kanton Zürich bei der zugebauten Solarenergie pro Kopf auf dem drittletzten Rang. Nach Zahlen, welche der VESE, dem Verband der unabhängigen Energieerzeuger, stehen wir bei 193 Watt pro Kopf, und damit haben wir nur knapp die Hälfte des Schweizer Durchschnitts. Das genutzte Potenzial im Kanton Zürich oder das genutzte Solarpotenzial im Kanton Zürich liegt bei 3,7 Prozent, auch da gibt es definitiv noch sehr viel Luft nach oben.

Der Regierungsrat schleicht sich in der Antwort auf die Motion hinaus, indem er sagt: Der Bund fördert die Solarenergie. Deshalb lehnt er die Motion ab. Das Tempo beim Bau der Solaranlagen oder der Solarenergie ist aber noch zu tief, obwohl die Branche eine Wahnsinns-Performance hinlegt und auch in diesem Jahr gesamtschweizerisch wohl wieder einen Zuwachs von gegen 40 Prozent erwarten kann und somit einen Rekord-Zubau von circa 900 Megawatt erzielen wird. An dieser Stelle mein Aufruf an die Männer und Frauen – davon gibt es leider noch zu wenige –, daher mein Aufruf an die Frauen: Baut Solaranlagen, welche bei Regen und Sonne auf diesen Dächern stehen und an der Energiewende arbeiten. Herzlich Dank.

Auch der Kanton Zürich, speziell als Wirtschaftskanton mit einem Energieverbrauch von mehr als 13 Prozent, muss die Verantwortung übernehmen, das vorhandene Potenzial an erneuerbaren Energien zu nutzen. Bei den aktuellen Strompreisen ist bei vielen PV-Projekten (*Fotovoltaik*) keine oder kaum eine Förderung nötig. Nur wissen die Investoren nicht, wo die Strompreise in drei oder zehn Jahren stehen werden. Ihnen fehlt also die Investitionssicherheit, speziell, wenn sie den Strom selber nicht nutzen können und ihn ins Netz abgeben. Deshalb fordert die Motion, wirtschaftliche Rahmenbedingungen zu schaffen, Quotenregelungen für Schweizer Solarstromanteile im Strommix der kantonalen Energieversorger, fixe Mindest-Einspeisetarife zu garantieren und

bei höheren Strompreisen aber auch abzuschöpfen, um die Sicherheitsleistungen der kommenden Jahre zu finanzieren. Beim Bau von Solaranlagen fällt ein grosser Teil der Wertschöpfung lokal an, was unter anderem auch eine Studie der ZHAW (*Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften*) zeigt. Davon kann das lokale Gewerbe bei der Planung, beim Bau und auch beim Unterhalt profitieren. Bis 2030 braucht die Solarbranche 20'000 zusätzliche Arbeitskräfte, um die Energiewende zu schaffen.

Wenn heute immer noch unklar ist, dass die Sonne das grösste Potenzial für die Energieproduktion in der Schweiz hat und wir sie zügiger nützen müssen, dem ist nicht mehr zu helfen. Die anderen bitte ich, der Motion zuzustimmen.

Nicola Siegrist (SP, Zürich): Vom Zeitpunkt her ist es eigentlich sehr passend, dass dieser Rat heute über die beiden zusammen eingereichten Vorstösse im Paket für den Ausbau und die Speicherung von erneuerbaren Energien diskutiert. Das freut mich, auch wenn es heute vermutlich nur noch für einen dieser beiden Vorstösse reicht. Weniger freut es mich, dass wir zweieinviertel Jahre warten mussten, dass es in diesem Rat so lange dauert, bis klimarelevante Vorstösse verhandelt werden. Dies zeigt, dass das Tempo dieser Institution nach wie vor nicht hoch genug ist, sowohl für die Bekämpfung der Klimakrise wie auch zur Sicherung der Energieversorgungssicherheit. Die Frage, wie wir schneller werden, sollte demnächst auch mal diskutiert werden.

Zum Vorstoss: Power to the People, darum geht es uns. Es geht um die Gewährleistung der Energieversorgung und um den benötigten elektrischen Strom für die schnell benötigte Dekarbonisierung. Dass dieses Jahr so viel Fotovoltaik zugebaut wurde, hätte vor einem Jahr wohl noch niemand erwartet. Mit den zu steigenden Rücklieferatarifen und den hohen Strompreisen an den Strombörsen lohnen sich heute viele Anlagen, die sich vor einem Jahr oder vor einigen Monaten noch nicht gelohnt hätten. Damit steigt das Tempo, wie mein Vorredner schon gesagt hat, es bleibt jedoch nach wie vor zu tief. Und so ungeplant wie der Angriffskrieg gegen die Ukraine als Auslöser für diesen Boom kam, so unplanbar sind auch die kommenden Jahre. Ich persönlich hoffe schwer, dass die Krise so bald wie möglich endet. Das bedeutet auch, dass sich irgendwann die Energiepreise beruhigen werden. Wie und wann das geschieht, weiss heute jedoch niemand. Für den Bau von Fotovoltaik-Anlagen braucht man aber die Garantie, dass man in fünf Jahren nicht plötzlich wieder ein Defizitgeschäft macht. Die Motion behält

damit ihre Relevanz und Dringlichkeit und wir erwarten vom Regierungsrat, dass dieser die notwendigen Massnahmen vorschlägt, um den massiven und den schnellen Zubau von Fotovoltaik im Inland über die nächsten 20 Jahren umfassend zu sichern. Dafür gibt es verschiedenste Möglichkeiten. Nicht zuletzt geht es auch darum, dass der Kanton eine koordinierende und planende Funktion einnimmt. Gerade der Bau von strategisch wichtigen Anlagen, wie beispielsweise im Berggebiet, mit einem hohen Winteranteil, benötigen eine führende öffentliche Hand, die die Richtung vorgibt. Meine Erwartung an die Regierung in der Bearbeitung dieser Motion ist also, dass wir eine umfassende Strategie für die Fotovoltaik kriegen. Den Anspruch an eine umfassende Strategie lässt die Regierung in ihrer Ablehnung der Motion bisher nämlich auch vermissen.

Für die SP ist klar: Diese umfassende Strategie brauchen wir dringend, und ich hoffe, dass es nicht weitere zweieinhalb Jahre dauert, bis wir im Rat wieder darüber sprechen können. An die Adresse der Freisinnigen und die Fraktion der SVP: Der Krieg und die Energiekrise haben auch bei Ihnen ein Umdenken ausgelöst, das ist äusserst erfreulich. Neben grossen Worten in Diskussionsrunden und Zeitungen müssten Sie nun aber auch Taten folgen lassen. Ich erwarte von Ihnen, dass Sie die vorliegende Motion ebenfalls unterstützen werden. Alles andere würde die Wählerinnen wohl etwas irritieren. Power to the People, mein Motto, meine Motivation für diesen Vorstoss. Ich empfehle Ihnen, die Motion ebenfalls zu überweisen. Herzlichen Dank.

Franziska Barmettler (GLP, Zürich): Es ist erfreulich, was sich in der vergangenen Herbstsession im nationalen Parlament abgespielt hat. In Rekordzeit wurde eine Solaroffensive beschlossen, aber auch der indirekte Gegenvorschlag zur Gletscherinitiative. Zudem hat der Ständerat den Mantelerlass beraten. Natürlich haben der herrschende Krieg und die damit verbundene Energiekrise zu diesen Entscheidungen beigetragen, aber dennoch stimmt der breite Konsens bei der Klima- und Energiepolitik doch zuversichtlich. Wenn wir die Beschlüsse etwas genauer anschauen, dürfen wir sagen, dass die Annahme des Energiegesetzes im Kanton Zürich durchaus eine Inspiration war. So hat das Parlament, analog zu Zürich, finanzielle Unterstützung für den grossflächigen Heizungsersatz sowie eine Solarpflicht für Neubauten beschlossen. Hier sind wir als Kanton mit gutem Beispiel vorangegangen.

Wo wir als Kanton aber noch Aufholbedarf haben, ist beim Ausbau einheimischer Solarenergie. Die Abhängigkeit unseres Kantons von fossilem Erdöl und Erdgas ist problematisch und birgt ein Risiko. Sie muss

reduziert werden. Es braucht einen konsequenten Ausbau einheimischer erneuerbarer Energien, allen voran der Fotovoltaik, auf Dächern, Fassaden und Infrastrukturanlagen. Wir brauchen aber nicht nur risikoarmen Strom, sondern auch mehr Strom, etwa für die Elektrifizierung des Verkehrs und den Ersatz fossiler Heizungen durch Wärmepumpen, aber auch für den Ersatz der Stromproduktion der Kernkraftwerke.

Mit dieser Vorlage möchte die Klimaallianz sicherstellen, dass auch auf kantonaler Ebene die Möglichkeiten in diesem Bereich ausgeschöpft werden. Es kann ja nicht sein, dass der EKZ-Chef (*Urs Rengel, CEO der Elektrizitätswerke des Kantons Zürich*) in einem Interview sagt, dass er zwar etwas tun möchte, ihm aber die Hände gebunden seien. Jetzt gibt es natürlich verschiedene Möglichkeiten, den Handlungsspielraum auszuweiten, und deshalb ist diese PI bewusst offen formuliert. Sie verlangt förderliche Rahmenbedingungen, inklusive Rückliefertarife. Die EKZ haben zwar kürzlich im Zuge der höheren Strompreise den Tarif von 5 auf 8 Rappen pro Kilowattstunde erhöht. So viel hat jedoch das EWZ (*Elektrizitätswerk der Stadt Zürich*) bereits vor der aktuellen Energiekrise bezahlt. Rückliefertarife sind wichtig, weil die mittel- und langfristige Investitionssicherheit von PV-Anlagen heute nicht gegeben ist und weil Anlagen ohne Eigenverbrauch im Kanton Zürich heute nicht wirtschaftlich sind.

Jetzt kann man sich auf den Standpunkt stellen, das vertraglich abgesicherte höhere Rückliefertarife ein Risiko für die EKZ darstellen, insbesondere, falls die Marktöffnung für Kleinkunden irgendwann doch kommen sollte, was ich zwar bezweifle. Dieses Risiko könnte jedoch abgeschwächt werden, etwa indem die Tarife für alle EVU (*Elektrizitätsversorgungsunternehmen*) aus dem Kanton verbindlich geregelt oder in denen die Rückliefertarife mit einem Netzzuschlag mitfinanziert werden. Genau diese Diskussionen möchten und können wir konstruktiv führen, wenn diese PI vorläufig unterstützt wird. Denn eines ist klar: Nichts tun ist keine Option. Obwohl der Regierungsrat diese Motion nicht unterstützt, führt er im neuen Energieplanungsbericht folgende Massnahme auf: Möglichkeiten des Kantons durch Steigerung der Produktion von Strom aus erneuerbaren Energien prüfen, mit Schwerpunkt auf Fotovoltaik und Winterstrom und unter Berücksichtigung der Förderung des Bundes. Nutzen wir die Dynamik auf nationaler Ebene und fangen wir sofort mit der Umsetzung dieser Massnahme an. Die Beschlüsse im nationalen Parlament haben gezeigt, dass ein ambitionierter Klimaschutz in der bürgerlichen Mitte angekommen ist. Zeigen wir, dass dies auch im Kanton Zürich so ist. Wir Grünliberalen unterstützen diese PI.

Christian Lucek (SVP, Dänikon): Zuallererst möchte ich noch an die Gepflogenheiten in unserem Rat erinnern, und dazu gehört zum Beispiel, dass man Interessenbindungen auch offenlegt. Herr Galeuchet, als Leiter Marketing und Kommunikation von Solarmarkt GmbH, als Vizepräsident von Swiss Solar, dem Fachverband für Solarenergie, weisen Sie ganz bestimmt eine hohe Fachkompetenz in diesem Bereich auf, das will ich nicht bezweifeln. Aber es erklärt natürlich auch Ihre flammenden PR-Aktionen in diesem Kantonsrat und künftig in der KEVU (*Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt*) für die Fotovoltaik. Ich habe Verständnis dafür, aber bitte deklarieren Sie es.

Die Motion rennt offene Türen ein. Sowohl auf Bundesebene wie im Kanton werden Vorschriften und Förderanreize zum Zubau von Fotovoltaik-Anlagen gesetzt. Mit der Motion 227/2018 eingereicht, von Herrn Galeuchet, Herrn Forrer (*Thomas Forrer*) und Herr Neukom (*damaliger Kantonsrat und heutiger Regierungsrat Martin Neukom*), wurde der Regierungsrat bereits beauftragt, die gesetzlichen Grundlagen für Massnahmen zum Zubau von grossen Fotovoltaik-Anlagen zu schaffen. Mit dem Geschäft 5614 – Sie erinnern sich, das Energiegesetz – ist der Eigenstromanteil bei Neubauten bereits Pflicht. Der Ansatz zum Ausbau der Energieproduktion im Inland, nicht nur, aber auch durch die Nutzung grosser Dachflächen mit Fotovoltaik-Anlagen, unterstützen wir durchaus und verweisen auf das am 26. September 2022 überwiesene Postulat 238/2022 der SVP, SP, EVP und Mitte betreffend Inland vor Ausland beim Ausbau von erneuerbarer Energieerzeugungsanlagen. Es geht darum, dass tatsächlich auch die Industriellen und die Energieerzeugungsfirmen diese Potenziale nutzen und der Zubau nicht einfach den Privaten überlassen wird und diese dann mit Subventionen überschüttet werden. Die Motion ist daher mehrfach redundant und überholt. Eine Überweisung wäre eine wirkungslose Symbolpolitik, zumal uns Solarstrom allein nicht aus der Misere der Energiestrategie 2050 hilft. Wir unterstützen den Antrag der Regierung und lehnen ab. Ich danke Ihnen.

Alex Gantner (FDP, Maur): Ich glaube, im Ziel sind wir uns einig, und da kann ich auch Kollege Nicola Siegrist und alle anderen von der Klimaallianz beruhigen. Ich glaube, die Ziele stehen im Raum, sie werden auch nicht gross noch diskutiert bezüglich der ganzen Energieversorgung. Aber es geht eben hier einmal mehr um den Weg, und da folgen wir dem Regierungsrat und ich kann mich auch dem Votum meines Vorredners Christian Lucek anschliessen. Der Weg kann und soll auch

ein anderer sein. Daher ist diese Motion – es ist keine parlamentarische Initiative, sondern eine Motion –, die ja doch wieder neue Gesetzesanpassungen auslösen soll und höchstwahrscheinlich nicht nur im Energiegesetz, sondern auch noch in anderen Gesetzen, wirklich nicht nötig. Nicola Siegrist sagt, sein Motto sei «Power to the People». Mein Motto ist «it's happening», das wurde nämlich gerade auch von der Klimaallianz schon bestätigt. Der ganze Zubau bezüglich Fotovoltaik passiert hier im Kanton Zürich, in der ganzen Schweiz, vielleicht mit einer gewissen Verzögerung, vis-à-vis den Trends im Ausland, aber es passiert – wegen des ganzen politischen Diskurses, vielleicht jetzt auch noch akzentuiert wegen der ganzen geopolitischen Lage, aber es passiert. Und es ist ja ein Teil des ganzen Energieumbaus, in dem wir drin sind. Es ist für mich auch keine Energiewende, sondern es ist ein riesiger Energieumbau, in den massiv investiert werden soll. Ich möchte auch daran erinnern, dass schon weitere Vorstösse hier überwiesen worden sind. Da möchte ich mich nicht wiederholen. Nun auch die Inkraftsetzung des kantonalen Energiegesetzes mit MuKE 2014 (*Mustervorschriften der Kantone im Energiebereich*), den Vorgaben, wonach bei Neubauten praktisch eine Solarpflicht, eine Fotovoltaik-Pflicht eingerichtet worden ist. Das sind alles Dinge, die jetzt schon in Kraft sind, die jetzt auch Zeit brauchen. Und was wir in unserem Kanton wirklich nicht haben sollten, ist eine ewige Legiferierung, ewig erneute Anpassung von gesetzlichen Grundlagen: Die Betroffenen sollen jetzt mit den bestehenden gesetzlichen Grundlagen – und das war schon ein grosser Quantensprung – einmal leben, sich anpassen und entsprechend auch investieren. Die ewige Legiferierung geht tatsächlich weiter. Es ist ja im September von Nicola Siegrist und Mitunterzeichnenden der Klimaallianz der Vorstoss 334/2022 eingereicht worden, die parlamentarische Initiative betreffend «Energiewende vorantreiben, Solarpflicht bei Neubauten, Nachrüstung bei bestehenden Bauten und Parkieranlagen». Also auch diese PI, die dann wohl irgendwann einmal vorläufig unterstützt wird, betrifft den gleichen Teil hier. Es läuft also schon so viel und es ist noch einiges in der Pipeline. Es braucht diese Motion, mit der man wohl auch das EKZ-Gesetz entsprechend anschauen muss und die dann auch die ganzen Energieversorgungsunternehmen im Kanton Zürich betrifft, braucht es nicht. Wir sind jetzt in einer Zeitkammer, in der gesetzliche Grundlagen da sind. Lassen wir diese mal wirken für einige Jahre und schauen wir, ob wir dann danach allenfalls etwas adjustieren müssen. Die FDP-Fraktion lehnt die Überweisung der Motion entsprechend ab. Besten Dank.

Manuel Sahli (AL, Winterthur): Zuvor wurde es gerade von Herrn Gantner gezeigt: Ja, das Ganze ist leider mit Verzögerung angelaufen beziehungsweise wir haben es leider bei der einheimischen Solarenergie ein wenig verschlafen und hier müssen wir vorwärtsmachen beziehungsweise aufholen. Der Regierungsrat hat mit Berechtigung auch darauf hingewiesen, aber leider will er diese Motion mit der Begründung auch ablehnen, dass jetzt schon Gesetze erlassen worden seien. Ja, sie wurden erlassen, gleichzeitig muss man aber sagen: Ja, es tut sich viel, hier muss es vorwärtsgehen. Hier müssen wir das Ganze auch mit Nachdruck vorantreiben, auch gerade im Zusammenhang mit dem nächsten Traktandum (*KR-Nr. 268/2020*), das wohl leider nicht mehr behandelt wird, betreffend Speichertechnologien. Es ist wirklich essenziell für die Energiewende, dass wir diesen Zubau genug schnell machen. Die AL wird daher diese Motion auch überweisen. Der Regierungsrat soll aufzeigen, wie er den Ausbau beschleunigen kann, gerne auch im Zusammenhang mit entsprechenden Speichertechnologien. Besten Dank.

Nicola Siegrist (SP, Zürich) spricht zum zweiten Mal: Aufgrund der Voten der Vertreter von SVP und Freisinn muss ich hier doch noch ganz kurz etwas ergänzen: Ich glaube, wichtig zu erkennen ist, dass es ein strategischer Fehler ist, zu meinen, man könne mit 20 unterschiedlichen Geschäften, 20 unterschiedlichen, kleinen Schrauben, die man dreht, ohne eine Gesamtsicht, ohne eine Gesamtstrategie die Energiewende hinkriegen, sowohl auf der Seite der Produktion wie auch auf der Seite der Speicherung, weshalb wir diesen zweiten Vorstoss noch haben, der heute nicht mehr drankommen wird. Es ist ein Fehler zu meinen, man brauche keine Strategie, und unser Vorstoss fordert gerade eine umfassende Strategie: Wie werden die Investitionen sichergestellt, auch dann, wenn sich die Lage am Energiemarkt wieder beruhigt, auch dann, wenn die Bedrohung durch die unmittelbare Energiekrise kleiner ist? Und jetzt sagen Sie, Herr Gantner, das Ziel sei gesetzt. Das freut mich ja äusserst, ich bin mir da nicht ganz sicher, aber es freut mich äusserst, wenn Sie das sagen. Vom Freisinn kommt aber halt einfach in diesem Rat nichts, was diesem Ziel wirklich entsprechen würde. Es bringt nichts, wenn Sie sagen, das Ziel sei gleich und dann nicht Taten folgen lassen. Es mag sein, dass Sie vielleicht die Position zu dieser Motion vor der Energiekrise beschlossen haben – das ist schon zwei Jahre her, seit sie eingereicht wurde –, aber ich empfehle Ihnen dringend, auch aus der Erkenntnis, dass wir eine andere Energiepolitik brauchen, Taten folgen zu lassen und solche Vorstösse in Zukunft einfach zu unterstützen

oder dann eigene Vorschläge zu bringen, die besser sein könnten aus einer freisinnigen Perspektive. Bisher ist es nicht passiert. Und deshalb, wenn Sie davon sprechen, dass es scheinbar schon passiert, «it's happening», dann müssen Sie sich halt in fünf Jahren auch gemeinsam mit der SVP den Vorwurf anhören lassen, dass Sie weiterhin nicht bereit waren, die erneuerbare Energieversorgung auszubauen, falls wir auch in fünf Jahren ein Problem haben sollten mit der Energieversorgung. Zuletzt können Sie einfach ganz sicher nicht sagen, es laufe schon so viel, und dann Vorstösse zu zitieren, die Sie selbst auch nicht unterstützen werden. Sie sprechen von der PI für eine Solarpflicht und sagen, es laufen ja schon so viel, aber ich weiss genau, dass Sie diesen Vorstoss auch ablehnen werden. Sie können sich nicht mit fremden Federn schmücken, ohne dass Sie dann sogar eine Unterstützung dazu beschliessen. Ich empfehle Ihnen dringend, diese Motion anzunehmen, oder ich bin sehr gespannt, was Sie für Alternativvorschläge bringen in den kommenden Monaten. Herzlichen Dank.

Tobias Weidmann (SVP, Hettlingen): Ich bin schon erstaunt, Nicola Siegrist spricht von einer Gesamtschau. Aber das ist ja genau das Problem, das wir mit dieser Motion haben. Schauen Sie doch mal nach Deutschland, die sind zehnmal weiter in der Solarenergie, bei denen macht es bereits 27 Prozent aus. Bei uns sprechen wir von 26 Prozent Elektrizität am gesamten Energiekuchen, davon sind 10 Prozent diese neuen Erneuerbaren, also sprechen wir von 2,7 Prozent. Das Zehnfache haben wir in Deutschland, und schauen Sie nach Deutschland, diese Gesamtschau funktioniert dort nicht, und ich sage Ihnen auch warum: Wenn Sie einfach diese Solarenergie unendlich ausbauen wollen und das Gefühl haben, damit lösen wir das ganze Problem, dann haben wir ein Ungut zu Zeiten, wenn die Sonne scheint. Deutschland bezahlt teilweise pro Wochenende 45 Millionen, damit es jemanden findet, der bei sonnigen Tagen den Strom abnimmt. Wir haben dann zu Spitzenzeiten zu viel Strom. Und dann, wenn wir einfach Strom brauchen, haben wir keinen, auch wenn wir jedes Dach vollpflastern. Das ist, wie wenn Sie eine Hungerkatastrophe verhindern möchten und sagen, wir müssen mehr Nahrungsmittel produzieren, und die fetten Amerikaner und Europäer dann noch mehr essen, aber die hungrigen Kinder davon nichts bekommen. Wir produzieren Strom dann, wenn wir ihn haben. Wir sollten uns aber eine Gesamtschau, ein Konzept überlegen, wie wir Strom dann haben, wenn die Sonne nicht scheint, wenn der Wind nicht da ist und wie Sie das alles speichern möchten. Das sind die Fragen. Und jetzt schaffen Sie zuerst einmal genügend Strom hin. Wir können das mit

Solarenergie zusammen machen, es wird allein aber nicht reichen. Und wenn wir genügend Strom haben, dann können wir noch beginnen, die drei Viertel des Kuchens, die leider sehr CO₂-lastig sind – Erdöl, Gas und all die Treibstoffe –, vielleicht auch zeitnah durch Elektrizität zu ersetzen. Aber machen Sie mal diese Gesamtschau, ja, auf Ihrer Seite. Da wäre ich sehr, sehr froh, wenn das so passieren würde. Danke.

Paul von Euw (SVP, Bauma): Machen wir doch einmal eine Standortbestimmung. Mir scheint es, es geht hier tatsächlich um den Marketingleiter Galeuchet, und er bringt hier ein Verkaufsgespräch, indem er seine Fotovoltaik-Anlagen anpreist. Fotovoltaik-Anlagen sind eine gute Sache. Ich habe nichts gegen Fotovoltaik-Anlagen, ich bin selber in der Energiebranche tätig.

Und Sie sagen, wir seien das dritthinterste Land in der Solar- oder in der PV-Produktion, den Umfang haben Sie nicht gesagt. Wir sind aber zuvorderst bei den erneuerbaren Energien. 80 Prozent des Energieverbrauchs in der Schweiz stammt aus erneuerbaren Energien. Daher kommt es mir etwas so vor, wie wenn Sie hier explizit auch aus Eigeninteresse für PV-Anlagen weibeln, was ja nicht falsch ist. Sie dürfen die Situation hier vorne aber nicht verwässern, denn es bringt einen falschen Eindruck.

Sie sagten, der Strom mit Fotovoltaik-Anlagen könne in der Schweiz produziert werden und die Hilfsmittel in Europa. Ich habe geschaut, woher Ihre Produkte kommen: Hyundai, Huawei, Trina Solar aus China, das ist nicht so europäisch. Hören Sie auf, die SVP anzugreifen, wir machten nichts in dieser Beziehung, und dann predigen Sie Wasser und trinken selber Wein. Das geht nicht. Die Produkte kommen nicht aus dem benachbarten Europa, die Produkte kommen aus Übersee und hauptsächlich aus dem fernöstlichen Raum; das zur Berichtigung.

Dann verlangte vorher Herr Siegrist eine Strategie. Die Strategie wurde meines Wissens im Jahr 2017 in Form der Energiestrategie 2050 verabschiedet und durch das Schweizer Volk angenommen, und das gilt es auch zu respektieren. Nun, diese Strategie oder der Titel – ich behaupte, es ist nur ein Titel «Strategie», Inhalt hat diese Strategie keine, sonst wären wir jetzt nicht in dieser Diskussion, in der wir sind –, dieser Fahrplan hat bereits 2011 angefangen und nicht 2017. Darum haben wir jetzt diese Probleme, die wir haben. Und ich werde Ihnen sagen, ich habe es einleitend gesagt: Fotovoltaik ist eine gute Sache, es ist aber nicht die Rettung. Denn wir müssen diese Strategie dringend haben, wir brauchen eine vernünftige Strategie, die eben über die Fotovoltaik hinaus-

geht. Ich habe es beim letzten Votum hier am Tisch gesagt, wir brauchen Bandenergie. Im Jahr 2050 wird uns diese Energiemenge, die wir heute in der Schweiz beziehen, mit der heutigen Strategie fehlen, da können Sie noch so viele PV-Anlagen installieren. Das sind 50 Terawattstunden, die fehlen uns im Jahr 2050. Und da können wir jetzt nicht irgendwie über Fotovoltaik-Anlagen und ein paar Windräder diskutieren. Ich sage es hier und jetzt und es ist heute schon einmal gefallen: Wir brauchen Bandenergie, und zwar nicht in Form von CO₂-Schleudern, wie sie jetzt Deutschland wieder auffährt, mit Kohlekraftwerken, sondern wir müssen das Thema Kernenergie wieder aufs Tapet bringen. Dazu müssen wir stehen und dann können wir das Problem lösen oder das Problem angehen. Ja, Herr Forrer schüttelt jetzt schon den Kopf, ich weiss, dass Sie das nicht lustig finden, aber es mir eigentlich egal. Denn ich will, dass meine Nachfahren auch noch Energie haben. Sie sind sogar schon etwas älter als ich, Sie brauchen nicht mehr so viel Strom (*Heiterkeit*). Meine Nachfahren müssen auch noch Strom haben. Also ich möchte Sie hier wirklich ermuntern, den Fokus etwas aufzutun.

Und dann hat Herr Siegrist auch gesagt «wir sind froh, dass die Energie jetzt so teuer ist, dann können wir diese Infrastruktur bezahlen, sie wird schneller amortisiert». Das suggeriert aber auch, dass diese Energieform viel teurer sein wird und hauptsächlich auf das Portemonnaie der Kleinen schlägt, nicht derjenigen, die Millionen auf dem Bankkonto haben, sondern es ist der Búezer, den das dann plagt. Und wenn Sie sagen, das stimme nicht, dann stimmt das nur insofern nicht, als diese Anlagen wieder subventioniert werden, mehr subventioniert werden als sämtliche andere Energieproduktionen, und sich aus diesem Grund amortisieren. Der Strom wird teurer, das wird so sein, aber da haben wir sogar einen verfassungsmässigen Auftrag: Das ist in einem ökonomisch vernünftigen Rahmen zu halten.

Ich danke für die Aufmerksamkeit und bitte Sie, diese Motion nicht zu überweisen. Danke.

David John Galeuchet (Grüne, Bülach) spricht zum zweiten Mal: Bei Herrn Lucek möchte ich mich bedanken, mich an die Gepflogenheiten im Rat erinnert zu haben. Definitiv, ich habe es vergessen, meine Interessensverbindungen offenzulegen. Das hat er für mich übernommen, ich denke, damit ist dem Genüge getan.

Wenn Sie sagen, dieser Vorstoss sei überholt, dann hat das natürlich immer auch damit zu tun, dass Sie solche Vorstösse blockieren. Also Sie sind nach wie vor nicht interessiert, dass es mit den erneuerbaren

Energien vorwärtsgeht, weil Sie immer noch diese AKW sehen, die Ihnen die Sicht auf die Zukunft versperren.

Herr Gantner sagt «it's happening». Ja, aber viel zu langsam, Herr Gantner, und es musste viel gemacht werden, damit es vorwärtsgeht, und wir müssen endlich dort hinkommen. Ich bin froh, wenn Sie sagen, wir hätten die gleichen Ziele. Mir geht es ein bisschen wie Herrn Siegrist, das kann ich fast nicht glauben. Aber ja, ich nehme es mal so zur Kenntnis und die Zukunft wird es dann zeigen, ob wir wirklich gemeinsam diesen Weg gehen können.

Auf Herrn Weidmann möchte ich zurückkommen: Er sagt, wir hätten ein grosses Problem im Sommer, wenn diese Solaranlagen laufen. Wissen Sie, diese kann man einfach abstellen, dann gibt es davon keinen Strom. Was noch viel intelligenter wäre, statt sie abzustellen, ist, daraus Biogas zu machen oder «Power to x», wie man heute so modern sagt, dann hätten wir noch einen weiteren Nutzen und einen allenfalls ein bisschen höheren Anteil an erneuerbarem Gas in der Schweiz.

Und Herr von Euw verdreht da vieles. Ich habe gesagt, wir seien, der Kanton Zürich sei im Zubau Dritttletzter in der Schweiz. Also wir sind da wirklich auf einer ganz schlechten Position, und zwar im Pro-Kopf-Zubau, das habe ich auch ganz klar so gesagt. Und ja, es ist korrekt, diese Produkte kommen vielfach aus dem Ausland. Das ist, weil Europa es verschlafen hat, hier gute Wirtschaftspolitik zu machen. Europa war führend, die Schweiz war führend in der Solarindustrie, das müssen Sie sich bewusst sein. Leider haben wir diese Position nicht halten können. Europa ist wieder daran, eine Wirtschaft aufzubauen. Und was anders ist als mit Öl und Gas: Diese Produkte importieren Sie einmal und machen dann 25 Jahre Strom daraus. Das ist also eine Abhängigkeit, die viel, viel kleiner ist.

Und noch zu den Potenzialen: Also wenn Sie das nicht sehen, dass das Potenzial der Sonne das grösste ist, das wir im Inland haben! Wir wissen, dass wir noch ein kleines Potenzial für Wasserkraft haben. Und für den Winter brauchen wir Windenergie. Aber nicht einmal diesen Vorstoss, nicht einmal das wollen Sie in den Richtplan aufnehmen. Sie sträuben sich also an allen Positionen und halten einfach an alten Konzepten fest: «Verbrennen wir weiter Öl!» Danke.

Alex Gantner (FDP, Maur) spricht zum zweiten Mal: Ich möchte noch kurz replizieren – nicht über das Ziel, sondern eben über den Weg. Und unser Weg ist ein anderer als Ihr Weg. Dieser geht immer über Pflicht, über Zwang, über Abgaben, fixe Tarife, also wirklich ein Interventionismus, vor allem auch auf gesetzlicher Grundlage. Unser Weg sind

Anreize. Das kann über befristete Rahmenkredite sein, da haben wir ja bezüglich Ladestationen eine Motion (*KR-Nr. 107/2019*) eingereicht, die dann im Zusammenhang mit der Klimadebatte als einziger bürgerlicher Vorstoss auch überwiesen worden ist und jetzt in der KEVU in der Beratung ist bezüglich der Umsetzung durch den Kantonsrat. Im Zusammenhang mit der MuKE-Vorlage ist der Rahmenkredit für dieses Jahr um 7 Millionen Franken erhöht worden, auch das wieder finanzielle Anreize. Das geht zwar jetzt nicht in Richtung Fotovoltaik, sondern eher in die Gebäude, aber das ist unser Weg. Denn am Schluss muss investiert werden, am Schluss muss vor allem durch Private investiert werden. Und wenn diese am Anfang des ganzen Prozesses unterstützt werden, ist das sicher hilfreich.

Und der andere Punkt sind die Bewilligungsverfahren. Ich meine, auch das ist jetzt zum Glück erkannt worden, auch aufseiten der Baudirektion und der Regierung mit der Beschleunigungsvorlage. Es geht am Schluss ums Bauen, um Baubewilligungen, um diese Verfahren, und auch kann wirklich sehr vieles noch geleistet und verbessert werden, damit wir dann eben schneller sind, dass das «it's happening» dann eben doch noch einen Gang höhergeschaltet werden kann. Besten Dank.

Rosmarie Joss (SP, Dietikon): Wir haben jetzt gerade vorher von Alex Gantner viele schlimme Schlagworte gehört, wie, es gehe um Pflichtinterventionismus und alles andere Böse, was ein liberales Ohr hören kann. Nein, in diesem Vorstoss geht es vor allem um Investitionssicherheit und den Ausbau von erneuerbarer Produktion und nicht, wie bei dem Traktandum zuvor, eher um den Ausbau des Verbrauchs.

Wir haben gerade Verschiedene gehört: Tobias Weidmann hat uns eigentlich gesagt, es brauche gar nicht so viel Fotovoltaik-Investition, wir hätten schon viel zu viel Strom, das bräuchten wir gar nicht, und was wir denn überhaupt alles damit tun wollten. Was wir damit tun wollen? Da würde ich Ihnen empfehlen: Nehmen Sie die Traktandenliste, schauen Sie das nächste Traktandum an, das wir heute leider nicht mehr behandeln werden, dort finden Sie den Vorstoss 268/2020. Es geht um Stromspeicherinfrastrukturen. Es geht eben genau darum, was man mit Fotovoltaik, die im Augenblick nicht so genutzt werden kann, machen kann. Wir haben uns schon einiges bei unserem Vorstosspaket gedacht. Lustig ist ja, dass uns gleichzeitig Lorenz Habicher – daran mag ich mich noch erinnern – heute Morgen (*in der Debatte über KR-Nr. 333/2022*) vorgerechnet hat, dass es ja viel zu wenig Strom gebe in diesem Lande. Und gleichzeitig behauptet heute die gleiche Partei, dass

wir ja schon mehr als genug Fotovoltaik hätten und wir nicht wirklich mehr ausbauen sollten. Ich frage mich, wie das zusammengeht.

Dann hatten wir auch noch andere interessante Aussagen: Paul von Euw hat gesagt, 80 Prozent der Energie sei erneuerbar. Ich möchte Ihnen anraten, gehen Sie zu Ihren Parteikollegen und Öl-Lobbyisten Ueli Bamert. Er wird Ihnen sagen, es sei 80 Prozent des Stroms. Und leider brauchen wir noch immer relativ viel Öl, das ist nicht erneuerbar. Schauen Sie, Strom ist nicht die einzige Energie, die in diesem Land konsumiert wird. Wir müssen da schon noch einiges leisten, um genügend Erneuerbare zu haben. Entsprechend ist es eben wichtig, dass wir auch einen Stromüberschuss produzieren. Und wenn wir dann einen haben, dann können wir auch schauen, wie wir ihn gescheit speichern. Wir haben ein Beispiel gehört, wie «Power to x», die man dann durchaus machen kann. Heute bringen es diese Massnahmen nicht wirklich, denn sie haben einen schlechten Wirkungsgrad. Und Sachen mit schlechtem Wirkungsgrad macht man, ehrlich gesagt, nur dann, wenn man wirklich genug Strom hat, und davon sind wir noch meilenweit entfernt. Da müssten wir, auch wenn wir der Nummer-1-Kanton im Zubau von Fotovoltaik wären, müssten wir noch einen gewissen Weg gehen.

Dann kam ja die grosse Abhängigkeit von den Produkten, die nicht in Europa produziert werden. Ja, aber wenn man das mal installiert hat, dann ist es bei uns. Und man hat nicht eine permanente Abhängigkeit, wie man es beim AKW hat; ich glaube, wir haben keine grossen Uranschiefstätten. Oder eben das Erdöl von Kollege Bamert, das wird auch alles importiert. Hier haben wir wenigstens nur einmal eine Abhängigkeit und nicht am Laufmeter und nicht permanent. Man merkt dann nicht, dass man plötzlich Uran aus Russland importiert, und weiss nicht mehr, wo man das sonst herbekommen kann.

Dann finde ich es auch immer spannend, wie von der SVP die Windenergie schlechtgeredet wird, die kann nämlich durchaus auch etwas beitragen. Und gegen innovative Bandenergie, wie Geothermie, haben wir noch nie etwas gesagt. Weiter wurde behauptet, dass Nicola Siegrist sich über hohe Energiepreise freue. Da Nicola nicht mehr sprechen darf (*er hat schon zweimal gesprochen*), kann ich Ihnen versichern: Er hat das nicht gesagt. Er hat gesagt, und darum geht es ihm, dass die Energie sozial finanziert werden muss. Wir brauchen diesen Vorstoss, denn die Investitionssicherheit muss auch nachhaltig gewährleistet sein. Die Energiepreise werden sich wahrscheinlich normalisieren, und dann muss eben immer noch gewährleistet sein, dass man die Investition zu vernünftigen Preisen amortisieren kann. Und wo eben genau die soziale

Frage der Finanzierung nicht funktioniert, ist übrigens bei der fossilen Abhängigkeit.

Stimmen Sie diesem Postulat für die Investitionssicherheit zu. Ich danke der SVP heute schon dafür, dass sie sich für die Energiespeicherung beim nächsten Traktandenpunkte – es kommt heute leider nicht mehr dazu – auch zustimmen wird. Zusammen kommen wir in die Zukunft. Danke.

Abstimmung

Der Kantonsrat beschliesst mit 88 : 79 Stimmen (bei 0 Enthaltungen), die Motion KR-Nr. 267/2020 zu überweisen. Das Geschäft geht an den Regierungsrat zur Ausarbeitung einer Vorlage mit Bericht und Antrag innert zweier Jahre.

Das Geschäft ist erledigt.

7. Verschiedenes

Fraktions- und persönliche Erklärungen

Fraktionserklärung der GLP zur Umsetzung der Pflegeinitiative

Claudia Hollenstein (GLP, Stäfa): Die ersten Taten sind ständerätlich erfolgt, jetzt ist der Kanton Zürich daran, zu handeln. Der Ständerat hat in der Herbstsession 2022 das neue Bundesgesetz über die Förderung der Ausbildung im Bereich der Pflege verabschiedet. Wir sprechen vom ersten Schritt der Umsetzung der Pflegeinitiative. Es besteht Handlungsbedarf, ein dringender Handlungsbedarf. Die Schere geht auseinander – unaufhörlich, der demografische Wandel und das Bevölkerungswachstum führen unweigerlich dazu.

Immer mehr Menschen benötigen für ganz unterschiedliche gesundheitliche Probleme immer mehr medizinische Leistungen, die von immer weniger Fachpersonen aus der Ärzteschaft und dem Pflegepersonal betreut und begleitet werden. Wenn es nicht gelingt, mehr Menschen für eine medizinische Ausbildung mit hohen Arbeitspensen zu gewinnen, werden die Qualität, Versorgungssicherheit und Zugänglichkeit abnehmen. Um das zu verstehen, benötigt man keine Weiterbildung. Akzentuiert sich der Fachkräftemangel weiter, reduziert er sich oder bleibt bestehen? Die Pflegeinitiative wurde von der Schweizer Bevöl-

kerung angenommen, deutlich. Die grossen Probleme im Gesundheitswesen sind erkannt. Der Bundesrat verschärft sie jedoch mit seinem enormen Spardruck vor allem auf das Personal, und das nationale Parlament verschärft mit seinen unsinnigen, teilweise aus der Luft gegriffen und nicht adäquaten Lösungsansätzen diese Probleme noch. Anstatt sie nur im Ansatz anzugehen und lösen zu wollen, wird eine Gesundheitspolitik betrieben, die weitab von dem ist, was uns schweizweit weiterbringt. Bezeichnenderweise debattieren National- und Ständerat, wie die Zulassung für Ärzte beschränkt werden soll, und das, obwohl immer mehr offensichtlich wird, dass sich auch bei der Ärzteschaft ein grosser Fachkräftemangel abzeichnet.

Es ist an der Zeit, als Kanton nun die Verantwortung an- und wahrzunehmen und zügig sowie weitsichtig unsere Gesundheitsversorgung sicherzustellen und das gesamte medizinisch tätige Personal so zu unterstützen, dass es sich auch lohnt, in diesen Beruf zu kommen und in ihm zu bleiben. Wir fordern die Regierung des Kantons Zürich auf zu handeln. Es ist dringend notwendig.

Gratulation zur Geburt eines Kindes

Ratspräsidentin Esther Guyer: Jetzt haben wir zur Abwechslung eine frohe Kunde, eine sehr frohe Kunde: Es gibt ein neues Kantonsratskind. Raphael Mörgeli ist Vater einer Tochter, einer Frieda Lou, geworden. Herzliche Gratulation und alles Gute. Und ich überreiche dir hiermit den Kantonsratslöwen, damit sie auch manchmal etwas an uns denkt. *(Applaus)*

Neu eingereichte parlamentarische Vorstösse

- **Speditive Abwicklung der Stipendiengesuche**
Motion *Kathrin Wydler (Die Mitte, Wallisellen), Marzena Kopp (Die Mitte, Meilen), Yvonne Bürgin (Die Mitte, Rüti)*
- **Stipendienwesen: Schlankere Prozesse, schnellere Gesuchsbearbeitung**
Motion *Karin Fehr Thoma (Grüne, Uster), Sibylle Marti (SP, Zürich), Judith Anna Stofer (AL, Zürich), Hanspeter Hugentobler (EVP, Pfäffikon)*
- **Fachkräftemangel im medizinischen Bereich: Kanton Zürich quo vadis?**
Postulat *Ronald Alder (GLP, Ottenbach), Claudia Hollenstein (GLP, Stäfa), Sandra Bienek (GLP, Zürich)*
- **Förderung und Weiterentwicklung des Berufes Fachperson Gesundheit EFZ durch Weiterbildungen und Fachausweise**

- Postulat *Claudia Hollenstein (GLP, Stäfa)*, *Ronald Alder (GLP, Ottenbach)*, *Nathalie Aeschbacher (GLP, Zürich)*
- **Einrichtung von Wakeboard-Zonen auf dem Zürichsee**
Postulat *Thomas Forrer (Grüne, Erlenbach)*, *Edith Häusler (Grüne, Kilchberg)*, *Silvia Rigoni (Grüne, Zürich)*
 - **Steuerermässigung für natürliche Personen bei Kaufkraftverlust**
Parlamentarische Initiative *Beat Bloch (CSP, Zürich)*, *Jasmin Pokerschnig (Grüne, Zürich)*, *Melanie Berner (AL, Zürich)*
 - **Anpassung Altersgrenze im Jugendparlament auf 25 Jahre**
Parlamentarische Initiative *Janine Vannaz (Die Mitte, Aesch)*, *Yvonne Bürgin (Die Mitte, Rüti)*, *Hanspeter Hugentobler (EVP, Pfäfersikon)*
 - **Besorgniserregende Betreuungssituation im MNA-Zentrum Lilienberg**
Interpellation *Melanie Berner (AL, Zürich)*, *Jasmin Pokerschnig (Grüne, Zürich)*
 - **Deliktisches Verhalten während des Hafturlaubs und das Öffentlichkeitsprinzip**
Interpellation *Claudio Schmid (SVP, Bülach)*, *Roland Scheck (SVP, Zürich)*, *Hans Egli (EDU, Steinmaur)*
 - **Umsetzung Ausbildungsoffensive im Bereich der Pflege**
Anfrage *Claudia Hollenstein (GLP, Stäfa)*, *Ronald Alder (GLP, Ottenbach)*, *Claudia Frei-Wyssen (GLP, Uster)*
 - **Massnahmen gegen Fachkräftemangel bei den Ärzten**
Anfrage *Ronald Alder (GLP, Ottenbach)*, *Claudia Hollenstein (GLP, Stäfa)*, *Gabriel Mäder (GLP, Adliswil)*
 - **Historische Aufarbeitung der Engelskinder im Kanton Zürich**
Anfrage *Michael Zeuglin (GLP, Winterthur)*
 - **Aufwand und Kostenerhöhung wegen Denkmalschutz bei Zürcher Kliniken**
Anfrage *Pierre Dalcher (SVP, Schlieren)*, *Sonja Rueff-Frenkel (FDP, Zürich)*, *Yvonne Bürgin (Die Mitte, Rüti)*, *Markus Schaaf (EVP, Zell)*
 - **Spitalliste und ADUS-Klinik: Es stellen sich Fragen I**
Anfrage *Stefan Schmid (SVP, Niederglatt)*, *Ann Barbara Franzen (FDP, Niederweningen)*
 - **Spitalliste und ADUS-Klinik: Es stellen sich Fragen II**
Anfrage *Ann Barbara Franzen (FDP, Niederweningen)*, *Stefan Schmid (SVP, Niederglatt)*
 - **Ungleichbehandlung bei Bussen bei Velofahrern und Autofahrern**

- Anfrage *Jacqueline Hofer (SVP, Dübendorf)*
- **Nachweis der Leistungsfähigkeit des Zürcher Strassennetzes gemäss Art. 104, Abs. 2^{bis} der Kantonsverfassung**
Anfrage *Dieter Kläy (FDP, Winterthur), René Isler (SVP, Winterthur), Ann Barbara Franzen (FDP, Niederweningen)*
 - **Weniger Bürokratie bei der ZKB**
Anfrage *Gregor Kreuzer (GLP, Zürich)*
 - **Konfliktpotenzial im Kinder- und Jugendheimgesetz KJG**
Anfrage *Astrid Furrer (FDP, Wädenswil), Jörg Kündig (FDP, Gossau), Pierre Dalcher (SVP, Schlieren)*

Ratspräsidentin Esther Guyer: Ich wünsche Ihnen eine schöne Woche und schreiben Sie nicht zu viele Vorstösse.

Schluss der Sitzung: 12.05 Uhr

Zürich, den 24. Oktober 2022

Die Protokollführerin:
Heidi Baumann

Von der Protokollprüfungskommission der Geschäftsleitung genehmigt am 7. November 2022.